

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gilbert Ziebura

Frankreich

Umriss eines neuen Wachstumsmodells?

Adolf Kimmel

Das französische Parteiensystem

Von der Bipolarisierung zum Konsens?

Robert Picht

Kulturpolitik als Modernisierungsstrategie
Der französische Weg

Friedrich von Krosigk

Französische Außenpolitik im Spannungsfeld
von Mondialismus und Europäischer Integration

B 39/89

22. September 1989

Gilbert Ziebura, Dr. phil., geb. 1924; 1964–1974 o. Professor für Politikwissenschaft unter Berücksichtigung der internationalen Politik an der FU Berlin; 1974–1978 Universität Konstanz; seit 1978 Technische Universität Braunschweig.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911 bis 1914, Berlin 1955; Die V. Republik. Frankreichs neues Regierungssystem, Köln-Opladen 1960; Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik 1872–1934, Berlin 1963; Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970; Frankreich 1789–1870. Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation, Frankfurt 1979; Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt 1984.

Adolf Kimmel, Dr. phil., geb. 1938; Promotion (Neuere Geschichte) an der FU Berlin 1967; Habilitation (Politikwissenschaft) an der Universität des Saarlandes 1979; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Würzburg.

Veröffentlichungen u. a.: Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930–1933, Bonn 1969; Die Nationalversammlung im politischen System der V. französischen Republik, Köln 1983; (Hrsg.) Eurokommunismus, Köln 1977; (Hrsg.) Die Verfassungen der EG-Mitgliedstaaten, München 1987; zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken, vor allem zum politischen System Frankreichs.

Robert Picht, Dr. phil., geb. 1937; 1972 Promotion an der Sorbonne; seit 1972 Leiter des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg; Lehraufträge an deutschen und ausländischen Universitäten.

Veröffentlichungen u. a.: Das Bündnis im Bündnis. Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld, Berlin 1982; (Mitherausgeber) Frankreich-Jahrbuch 1988. Politik, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Opladen 1988; (Mitherausgeber) Frankreich-Jahrbuch 1989, Opladen 1989.

Friedrich von Krosigk, Dr. phil., geb. 1937; Studium der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Geschichte in München, Paris und Seattle (USA); Forschungs- und Lehraufenthalte in England, Australien, USA und Südpazifik; seit 1977 Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Philosophie und politische Aktion bei J. P. Sartre, 1969; Multinationale Konzerne und die Krise in Europa. Eine Untersuchung zum ökonomischen Strukturwandel und seinen politischen Konsequenzen im Rahmen des europäischen Regionalismus, 1978; (zus. mit R. Kreckel u. a.) Regionalistische Bewegungen in Westeuropa. Zum Struktur- und Wertwandel in fortgeschrittenen Industriestaaten, 1986; (zus. mit G. Rath und W. Leidhold) Südsee – Inselwelt im Umbruch. Einzelstaatlicher und regionaler Wandel im Südpazifik, 1988; Zeitschriften- und Buchbeiträge zu Themenbereichen der Internationalen Politik.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,– pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Frankreich: Umriss eines neuen Wachstumsmodells?

I. Rahmenbedingungen: ein Jahr nach der dritten „alternance“¹⁾

1. Eine monarchische Republik

Im Sommer 1989 scheint es, als sei Frankreich ein glückliches Land. Am 14. Juli sonnte sich die Hauptstadt in zwei Großereignissen, die gleichzeitig stattfanden, der 200-Jahr-Feier der Großen Revolution und dem 15. Weltwirtschaftsgipfel der sieben reichsten westlichen Industrienationen. Der Wirtschaftsgipfel tagte in vollendeter Symbolik im 35. Stock der „Arche de la Défense“, einem gewaltigen supermodernen, rechtwinkligen Tor, das genau in der Achse der Champs-Élysée mit großem und kleinem Triumphbogen, dem Obelisken auf der Place de la Concorde und der neuen gläsernen Pyramide vor dem Louvre errichtet wurde.

Präsident Mitterrand wollte demonstrieren, daß er es ernst meint, wenn er — wie schon Charles de Gaulle — danach strebt, Frankreichs „Rang“ im Weltgeschehen zu stärken²⁾. Inmitten der 32 angereisten Staats- und Regierungschefs aus allen Kontinenten konnte er den Eindruck vermitteln, daß Paris die Hauptstadt der Welt sei. Der Versuch Mitterrands, den Gipfel in eine Nord-Süd-Konferenz zu verwandeln, wie es Ägypten, Indien, der Senegal und Venezuela gefordert hatten, scheiterte zwar (vor allem am Widerstand der USA), aber das tat dem prächtigen Schauspiel keinen Abbruch³⁾.

Als alles vorbei war, gab es im In- und Ausland keinen Zweifel: Dieser 14. Juli stellte zuallererst einen Triumph, ja eine Apotheose für den Präsidenten dar. Plötzlich war alle Kritik an der „Groß-

mannssucht“ wie weggeblasen. Sie erschien klein-kariert, kleinmütig. Mitterrand half nach: Man solle sich solch ein Ereignis etwas kosten lassen, denn es stifte das Kostbarste, was es gibt: nationale Identität.

Dabei ist aber ein zentraler Widerspruch zu bedenken, der, wie zu zeigen sein wird, auch auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik lastet. Wie läßt sich das durch derartige Veranstaltungen gesteigerte Nationalbewußtsein mit der als vorrangig bezeichneten Aufgabe verbinden, das Europa von 1993 zu schaffen? Genügt die Aussage, ein starkes Europa brauche ein starkes Frankreich (auch und gerade in ökonomischer Hinsicht)? Oder umgekehrt: Europa als nationale Chance für Frankreich, als entscheidender Hebel für einen tiefgreifenden Umstrukturierungs- und Anpassungsprozeß, der aber doch gerade zu einer Angleichung führt, der notwendigerweise spezifische Eigenarten des tradierten französischen Wachstumsmodells zum Opfer fallen müssen? Können ökonomische und soziale Harmonisierung durch Stärkung kultureller Autonomie kompensiert werden? Wo ist der Weg zwischen Europäisierung (und Globalisierung) der Reproduktionsbedingungen einerseits und Bewahrung der nationalen Identität andererseits? Dieses Dilemma wird nicht nur an Feiertagen verdrängt.

Aber das ist nur *ein* Element des Widerspruchs. Die Feierlichkeiten zum 14. Juli haben den schon lange bestehenden Eindruck verschärft, daß sie nicht zuletzt der Glorifizierung Mitterrands dienen und damit den monarchischen Anstrich seiner Herrschaft verstärken.

Diese Erscheinungen liegen jedoch in der Logik des Verfassungssystems der V. Republik. Sie will, daß sich im Präsidenten der politische Wille des Landes verkörpert. Dies aber bedeutet, daß sich die intermediären Kräfte nicht entfalten können, daß die politische Landschaft wie atomisiert und amorph erscheint, während andererseits der Staat wie eh und je das Sagen hat. Ist dieses Festhalten an einem etatistischen Politikverständnis aber vereinbar mit der immer wieder verkündeten Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft? Noch grundsätzlicher: Wie sieht das Verhältnis von Politik und Ökonomie aus, wenn es auf der einen Seite einen weiterhin

¹⁾ Über den ersten und zweiten „Machtwechsel“ 1981 und 1986 vgl. G. Ziebura, *Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6—7/87, (dort auch die Beiträge von A. Kimmel, M. Christadler, C. Leggewie); ders., *Frankreich 1988: ein prekärer Schwebezustand und Wahlen 1986—1988: Publizistisches Großereignis oder Selbstbespiegelung einer politischen Klasse? Einblicke in die ideologische Befindlichkeit Frankreichs*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1988*, Opladen 1988.

²⁾ Der erste Band der *Memoiren de Gaulles* trägt den Titel „Le rang“.

³⁾ Der Augenblick war im übrigen schlecht gewählt: Die französische Entwicklungshilfe-Politik sieht sich derzeit einer Welle heftiger Kritik ausgesetzt. Im April hat eine Debatte über dieses Thema in der Nationalversammlung stattgefunden, in der Abgeordnete aller Parteien den Mangel an Kohärenz und Effizienz dieser Politik beklagten. Vgl. J. Adda/M.-C. Smouts, *La France face au Sud. Le miroir brisé*. Paris 1989.

Frankreich – Seine Départements und seine Regionen



- Hauptstadt des Départements
- ⊙ Hauptort der Region
- Départementsgrenzen
- Regionsgrenzen

trotz aller Gegenmaßnahmen zentralistischen und damit zwangsläufig interventionistischen Staat gibt, auf der anderen Seite aber die Ökonomie sich entnationalisiert und in übergreifenden regionalen bzw. globalen Zusammenhängen aufgeht? Was geschieht mit dem verstaatlichten Sektor, dessen Anteil am Bruttosozialprodukt (BSP) weit über dem Durchschnitt westlicher Industrieländer liegt? Was ist eine „monarchische Republik“ ohne die Basis einer nationalen Volkswirtschaft? Oder wird, wie es der dominierende Diskurs sagt, der Staat gerade in einem Moment wichtig, wo es um den Übergang in neue Strukturen geht? Muß nicht jeder Staat, der in Frankreich immer die Einheit der Nation garantierte, jetzt als eine Art Rückversicherung fungieren, wenn es darum geht, sich in das Abenteuer eines Europa von morgen zu stürzen, das wiederum ein Jungbrunnen der eigenen Erneuerung sein soll?

2. Die Herrschaftsachse Mitterrand-Rocard-Sozialistische Partei

Es scheint, als betrachte es Mitterrand als seine Hauptaufgabe, kraft der ihm gegebenen Machtfülle die Umriss einer Art von Gesellschaftsprojekt zu skizzieren, das als Globalorientierung für Regierung und Sozialistische Partei (PS), zugleich aber als Kontrast zur liberal-konservativen Alternative dienen soll. Er muß sich dieser Aufgabe schon deshalb unterziehen, weil weder die Regierung noch die Partei dazu imstande erscheinen. Es heißt sogar, er versuche, sich „links“ vom Premierminister und dessen als allzu technokratisch-pragmatisch verdächtigter vorsichtiger Reformpolitik zu profilieren⁵). Mit dieser „Opposition von links“ fülle er zugleich die ideologische Leere, die die Sozialistische Partei erfaßt habe. Tatsächlich hat Mitterrand in der Fernsehsendung „7 sur 7“ am 12. Februar 1989 starke Worte benutzt. Vor dem Hintergrund einer Korruptionsaffäre; in die auch einer seiner ältesten Freunde verwickelt war, wettete er gegen die „Manie“ der Unternehmensaufkäufe, gegen die Art und Weise, an der Börse mit Hilfe der Spekulation „leichtes Geld“ zu machen. „Es ist absolut notwendig, daß diese Form des Dschungels, die gewisse Leute in Frankreich im Namen eines rückständigen Liberalismus einführen konnten, der schon im 19. Jahrhundert überholt war, zurücktritt gegenüber der Vernunft, dem Gewissen, dem Interesse Frankreichs.“⁶) Und er bekundete seine Treue gegenüber den „Kräften des Volkes“, sein Eintreten für Gerechtigkeit und ein soziales Europa.

Die letzte Fassung dieser gesellschaftspolitischen Vision, die sich immer mehr zu verfestigen

⁵) Vgl. J.-L. Andréani, Rocard: rénovateur ou timoré?, in: *Le Monde* vom 27. Mai 1989; J.-M. Colombani, Querelles de faste, in: ebd. vom 10. Juli 1989.

⁶) *Le Monde* vom 14. Februar 1989.

findet sich in einem Interview im *Express* vom 14. Juli 1989⁸). Mitterrand strebt eine Gesellschaft an, die auf einer wohl dosierten Balance von Markt und Staat, von Akkumulation und Regulation beruht, weil nach seiner Auffassung nur auf diese Weise ökonomische Wirksamkeit und Solidarität vereinbar sind.

Während Mitterrand eher einem traditionellen Sozialdemokratismus verhaftet bleibt, gehört Rocard in die starke Gruppe der Modernisten, aus der auch EG-Präsident Jacques Delors stammt⁹). Ihr wichtigstes Merkmal ist der Abschied von jeder Form von Ideologie. Gleich zu Beginn seiner Autobiographie¹⁰) erklärt Rocard, daß nach der ersten und zweiten „alternance“ 1981 und 1986 die großen Entwürfe am Ende seien, daß die Öffentlichkeit nun keine „Botschaften der Hoffnung und der Begeisterung“ mehr von den Politikern erwarte. Nötiger denn je sei es vielmehr, „wirksam zu regieren“. Ausdrücklich betont er, daß er kein Gesellschaftsprojekt zu verwirklichen sucht, sondern höchstens ein „Projekt sozialer Organisation“. Sozialismus ist für ihn lediglich die Verbindung von freiheitlicher Demokratie und Solidarität.

Viel mehr interessiert sich Rocard für das Problem, wie politische Autorität (die Fähigkeit zur Entscheidung) gerade in einer „mediatisierenden Demokratie“ (démocratie médiatique) als Form sozialer Organisation wiederherzustellen ist. In seiner Autobiographie, die zu einem Zeitpunkt erschien, da er selbst für die Präsidentschaft zu kandidieren gedachte, entwickelt er konsequenterweise nicht ein Regierungsprogramm, sondern eine Regierungstechnik¹¹); er analysierte die Modalitäten der Verwaltung moderner, hochkomplexer Gesellschaften, die ebenso komplexe Problemlösungen verlangen. Da gibt es kein Modell, Versprechungen und Demagogie sind kontraproduktiv, Nüchternheit und Sachlichkeit sind gefragt. Sachzwänge werden ernst genommen, was bedeutet, daß die ökonomische und finanzielle Verwaltung im Mittelpunkt stehen muß. Die wachsenden Gefahren, die von innen und außen drohen, verlangen die Schaffung und ständige Vertiefung der „sozialen Kohäsion“, ein Lieblingsbegriff Rocards. Dazu gehört auch ein besseres Vertrauen zwischen Regierenden und Regierten. Wichtigstes Mittel dafür ist die „Kontraktualisierung des öffentlichen Lebens“, d. h. die Anerken-

⁷) Vgl. vor allem J. Daniel, *Les religions d'un président. Regards sur les aventures du mitterrandisme*, Paris 1988, insbes. S. 123–146.

⁸) Abgedruckt in: *Frankreich-Info* (Französische Botschaft in Bonn), Nr. 15/89 vom 18. Juli 1989.

⁹) Vgl. U. Rehfeldt, *Modernisierung und Transformation der Gesellschaft in Frankreich nach 1945: Die Rolle der „Modernisten“*, in: H. Elsenhans et al. (Hrsg.), *Frankreich, Europa, Weltpolitik*, Festschrift für G. Ziebur, Opladen 1989.

¹⁰) M. Rocard, *Le coeur à l'ouvrage*, Paris 1987.

¹¹) Vgl. ebd., insbes. S. 86 ff.

nung der sozialen Akteure als Partner. Nicht wirtschaftspolitischer Dogmatismus zählt, sondern Effizienz. Er will, wie er es einer amerikanischen Wirtschaftszeitung in aller Offenheit erklärte¹²⁾, „dem französischen Kapitalismus mehr Mobilität, Flexibilität und Aggressivität einflößen“, eine Äußerung, die nur wenige Tage nach Mitterrands Angriff gegen Spekulation und das Gesetz des Stärkeren fiel. Das große Credo der Modernisten à la Rocard ist die Versöhnung des Ökonomischen und des Sozialen als Basis einer dynamischen, am Produktivitätsstreben orientierten Gesellschaft.

Präsident und Premierminister trennen mehr als Nuancen und unterschiedliche Akzentsetzungen. Und doch sind sie aufeinander angewiesen. Wie groß die Brötchen sind, die aus dem Teig der Visionen Mitterrands gebacken werden, bestimmt Rocard mit großer Souveränität und Selbstsicherheit. Daß seiner Regierungsarbeit zu viel entideologisierte Pragmatismus, ja sogar technokratischer Synkretismus vorgeworfen wird, ist unvermeidlich und wird (jedenfalls noch) in Kauf genommen. Rocard selbst leistet dieser Kritik Vorschub, wenn er erklärt, es komme ihm darauf an, Alltagsprobleme zu lösen, die die Masse der Menschen belasten. Aber das Dilemma, vor dem die Sozialistische Partei steht, wird immer deutlicher. Diese Mischung aus technokratischem Diskurs und konsensueller Ideologie fördert Relativismus und Entpolitisierung und unterminiert damit das Engagement der Parteimitglieder. Das muß zu Desinteresse bis hin zur Wahlenthaltung führen. Daraus erklären sich, zumindest teilweise, die Verluste bei den letzten Wahlen (in der Europawahl sank die Partei auf 23,6 Prozent der abgegebenen Stimmen)¹³⁾. Das geht soweit, daß der PS der Status einer dominanten Partei abhanden kommt, d. h. einer Partei, die dem Präsidenten eine stabile Mehrheit garantiert. Wird sich die „Methode Rocard“ als Grundlage der Wirtschafts- und Sozialpolitik als dauerhaft erweisen?

In der Partei macht sich Konfusion breit. In Vorbereitung auf den nächsten Parteitag, der im März 1990 in Rennes stattfindet, formieren sich (wie üblich) die diversen Flügel, um ihre Entschließungsanträge zu formulieren. Wo aber sollen die Unterschiede liegen, wenn ihre Führer fast sämtlich der Regierung angehören¹⁴⁾? Auf der Sitzung des PS-Vorstandes vom 1. und 2. Juli 1989 hat Rocard seine Konzeption eines Sozialismus des „unendlich Kleinen“ (die Reform des Alltags) und des „unendlich Großen“ (die internationalen Fragen) verteidigt, ohne auf nennenswerten Widerstand zu sto-

¹²⁾ Interview in Wall Street Journal, zit. in: Le Monde vom 17. Februar 1989.

¹³⁾ So die Kritik von G. Le Gall (Stellv. Sekretär für Wahlforschung und politische Studien der PS), *Relectures électorales*, in: Le Monde vom 8. Juli 1989.

¹⁴⁾ Die wichtigsten Führer von Flügeln sind: Chevènement, Jospin, Fabius, Poperen.

Ben¹⁵⁾. Nur Jean-Pierre Chevènement, Verteidigungsminister und Chef des linken Flügels „Socialisme et République“, hat für die Partei das Recht beansprucht, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung in Frage zu stellen. Lionel Jospin, „Mitterrandist“, ehemaliger Erster Sekretär der Partei und nun Erziehungsminister, wehrte diesen Anspruch jedoch ab: Für ihn gibt es zu dieser Politik — einer wohlhabenden Mischung aus Modernisierung (Stärkung der Angebotsseite) und Solidarität (Kampf gegen die soziale Ausgrenzung) — keine Alternative.

Dennoch entzündet sich Kritik immer wieder daran, daß diese Politik mit der Stagnation der Einkommen, ja sogar mit Kaufkraftverlusten für die breiten Massen erkaufte werde — für die Partei in der Tat der sensibelste Punkt. Deshalb wird die Idee vorgetragen, Lohnfonds einzurichten, um die Arbeitnehmer besser an den Früchten des Wachstums zu beteiligen. Für Rocard und seine Anhänger jedoch ist die Unterscheidung von „Sozialisten der Veränderung“ und „Sozialisten der Unterstützung“ künstlich. Inzwischen sind es die „Rocardiens“, die Mitterrands Wahlkampfparole von 1981 auf ihre Fahnen schreiben: eine „force tranquille“, eine „ruhige Kraft“ zu repräsentieren, also auf Geduld und langen Atem zu vertrauen. Aber die Forderung nach Reideologisierung, nach einer neuen Ideen-Debatte, nach der Auseinandersetzung um ein Gesellschaftsprojekt als Heilmittel gegen den Niedergang der Partei wird lauter. Pierre Mauroy, Erster Sekretär und ehemals Premierminister, wirft der Regierung vor, auf jede Form eines „Sozialismus der Veränderung“ verzichtet zu haben; er faßt sogar die Möglichkeit eines Bündnisses mit den GRÜNEN ins Auge, stößt dabei aber (jedenfalls im Augenblick) in seiner Partei auf Granit¹⁶⁾. Denn das würde bedeuten, sich mit einem Problem intensiver auseinanderzusetzen, dem man bisher aus dem Weg gegangen ist: der Ökologie.

3. Eine florierende Wirtschaft: Licht- und Schattenseiten

Am meisten wundern sich die Franzosen selbst darüber, daß 1988 anscheinend der große Durchbruch geglückt ist: zum ersten Mal seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1974/75 ein beträchtliches Wachstum bei gleichzeitig hoher Geldwertstabilität — für französische Verhältnisse ein sensationelles Ergebnis. Die Sonne der Konjunktur, die Westeuropa und Japan erwärmt, strahlt auch über Frankreich: Das BSP ist von 1,9 Prozent auf 3,5 Prozent 1988 gestiegen und wird 1989 kaum darunter liegen¹⁷⁾.

¹⁵⁾ Vgl. den Bericht von P. Jarreau in: Le Monde vom 4. Juli 1989.

¹⁶⁾ Interview mit P. Mauroy in: *Libération* vom 30. Juni 1989.

¹⁷⁾ Vgl. OECD-Wirtschaftsberichte 1988/89: Frankreich, Paris 1989.

Noch deutlicher vollzog sich der Anstieg der Industrieproduktion: von 2,0 Prozent auf 4,6 Prozent; 1989 wird sie möglicherweise um rd. 5 Prozent steigen. Der Hauptgrund ist die kräftige Zunahme der Investitionen im jährlichen Durchschnitt seit 1987 um real mehr als 9 Prozent¹⁸⁾. Die Wirtschaft hat 1988 (zum ersten Mal seit 1976) etwa 213 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, so daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit Anfang 1989 gebremst zu sein schien. Werden die Bemühungen, die seit 1983 auf eine Sanierung der Wirtschaft mit Hilfe einschneidender makroökonomischer Strukturanpassungen setzen, endlich von Erfolg gekrönt?

Alle Beobachter (mit der OECD an der Spitze) sprechen der Stabilitätspolitik, wie sie seit 1983 verfolgt wird, höchstes Lob aus. Hier liege das Geheimnis des Erfolges; sie zahle sich jetzt aus. Der Argumentationsgang spiegelt die vorherrschenden wirtschaftspolitischen Theorien wider und scheint sie zu bestätigen. So habe die Deregulierung der Finanzmärkte eine bessere Finanzierung der Unternehmen ermöglicht und der Abbau der Kapitalverkehrs- und Preiskontrollen dazu geführt, die geldpolitische Steuerung im wesentlichen den Marktmechanismen zu überlassen. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sowie die Straffung der Geld- und Kreditpolitik hätten entscheidend dazu beigetragen, den Anstieg der Löhne wie der Preise zu verhindern; die Bekämpfung der Inflation wurde in Frankreich sogar weiter vorangetrieben als bei seinen wichtigsten Handelspartnern¹⁹⁾. Tatsächlich sind die Verbraucherpreise 1987 um 3,1 Prozent, 1988 aber nur um 2,7 Prozent angestiegen, werden 1989 aber — wie in allen westlichen Industrieländern — wieder um einen zusätzlichen Punkt ansteigen. Entscheidend ist, daß damit die Inflationsrate kaum über derjenigen der Bundesrepublik liegt: Die Differenz im Inflationsgefälle, die 1983 noch 6,76 Prozent betrug, fiel 1987 bereits auf 2,29 Prozent und betrug 1988 0,6 Prozent²⁰⁾. Insgesamt ist der Franc auf diese Weise zur voll konvertiblen Hartwährung aufgestiegen.

Das, was viele als einen (nachgeholten) Prozeß der Normalisierung im Vergleich zu den führenden westlichen Industrieländern betrachten, läßt sich auch an anderen Elementen der französischen Wirt-

¹⁸⁾ Entwicklung des Wachstums der Investitionen (sämtliche Unternehmen; Veränderungsrate in Prozentpunkten zu konstanten Preisen):

im Durchschnitt 1970—1973	= 9,0	1984	= -2,1
im Durchschnitt 1974—1979	= -0,3	1985	= 4,1
im Durchschnitt 1980	= 4,2	1986	= 3,9
im Durchschnitt 1981	= -2,5	1987	= 4,4
im Durchschnitt 1982	= 0,0	1988	= 9,1
im Durchschnitt 1983	= -4,1		

Vgl. ebd., Tab. 13, S. 28.

¹⁹⁾ Vgl. P. Morin, Une analyse du processus de désinflation, in: *Economie et Prévision*, (1988) 82.

²⁰⁾ Vgl. OECD-Bericht Frankreich (Anm. 17), Tab. 5, S. 15.

schaftspolitik zeigen. Der Lohnanteil an der Wertschöpfung verringert sich und liegt nun wieder auf dem Niveau von vor 1973. Die damit verbundene Wiederherstellung der Gewinnspanne der Unternehmen bewirkte ab 1985 gemäß dem OECD-Bericht eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeiten. Zugleich war, wie in anderen Ländern auch, die Verringerung der Lohnstückkosten eine Hauptursache des Abbaus der Inflation. Hinzu kamen günstige internationale Rahmenbedingungen wie die Dollar-Baisse, die Verbilligung der Energie- und Rohstoffpreise und damit der Importpreise. Die Verringerung der importierten Inflation hat zur Hälfte zur Dämpfung des Preisauftriebs beigetragen.

All das erklärt den kräftigen Wachstumsschub von 1988. Von besonderer Bedeutung für Frankreich aber ist es, daß sowohl sozialistische wie liberal-konservative Regierungen an dieser Entwicklung beteiligt waren. Es sieht sogar so aus, als würde sich über die Grundprinzipien dieser Politik — Geldwertstabilität und Produktivitätssteigerung bei möglichst bescheidenem Kaufkraftanstieg — ein ordnungspolitischer Konsens bilden, der die traditionelle Rechts-Links-Polarisierung transzendiert. Die Vorstellung, man könne die Konjunktur mit Hilfe der Geldentwertung ankurbeln, gehört wohl endgültig der Vergangenheit an. Die Regierung bemüht sich, das Haushaltsdefizit, das bereits von 3 Prozent des BSP auf 1,7 Prozent (1988) gesunken ist, weiter zu vermindern. Auch angesichts teilweise scharfer sozialer Konflikte, wie sie immer wieder von den verschiedensten Berufsgruppen (bisweilen außerhalb der Gewerkschaften) entfacht wurden, sind Rocard und sein Wirtschafts- und Finanzminister Bérégovoy nicht von dieser Linie abgewichen: Konzessionen gegenüber Lohnforderungen hielten sich stets in engen Grenzen.

Andererseits kann niemand die Schattenseiten der Entwicklung verschweigen, nämlich die immer noch hohe Arbeitslosenquote sowie das kaum zu verringende Außenhandelsdefizit. Beide Indikatoren haben sich sogar seit dem Frühjahr 1989 verschlechtert. Im Juni waren 2,526 Mill. Personen arbeitslos gegenüber 2,517 Mill. im Vormonat (die Quote stieg von 9,9 auf 10,0 Prozent), nachdem 1988 schon ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Für 1990 schätzt die OECD, wie für die meisten westlichen Industrieländer, einen weiteren Anstieg auf 10,25 Prozent. Damit liegt Frankreich in dieser Gruppe an der Spitze. Besonders gravierend ist der vergleichsweise hohe Anteil von Jugendlichen (1987 23 Prozent; USA 11,7 Prozent; Bundesrepublik 7,9 Prozent; Japan 5,2 Prozent)²¹⁾; nur in Italien und Spanien liegt dieser Anteil noch höher.

²¹⁾ Vgl. ebd., Tab. 14, S. 32.

Gezielte beschäftigungspolitische Maßnahmen²²⁾ reichten nur aus, um die Arbeitslosigkeit nicht weiter ansteigen zu lassen.

Im ersten Halbjahr 1989 hat sich im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1988 das Außenhandelsdefizit von 9,1 auf 17,2 Mrd. Franc verschlechtert. Nach Schätzungen des INSEE-Instituts soll das Defizit 1989 insgesamt 45 Mrd. Franc erreichen gegenüber 33 Mrd. 1988²³⁾. Am meisten beunruhigt das Defizit im Handel mit Industriegütern, das 1987 bereits 10 Mrd. Franc betrug und sich 1988 auf 42,5 Mrd. erhöhte. Besonders betroffen sind Ausrüstungsgüter, darunter neuerdings auch Hochtechnologie-Produkte. 1987 machte Frankreichs Anteil am Export von Erzeugnissen hoher bzw. mittlerer Technologie am Gesamtexport der OECD-Länder nur 8 Prozent aus (Bundesrepublik 19,7 Prozent; Japan 18,4 Prozent; USA 15 Prozent). Der starke Verlust von Weltmarktanteilen in diesem Bereich, der fast einem Zusammenbruch der Weltmarktposition gleichkommt, geht auf die Konkurrenz Japans und der vier „kleinen Tiger“ (Taiwan, Südkorea, Hongkong, Singapur) zurück²⁴⁾. Schließlich ist der Umstand bedrohlich, daß das Defizit im Bereich der Industrieprodukte im Austausch mit allen Partnern und Regionen gleichmäßig entstand.

Damit werden deutliche Wettbewerbsschwächen offenbar. Noch immer, nach jahrzehntelanger Industrie- und Technologiepolitik ist das Spezialisierungsprofil der Industrie unzureichend, werden Produkte hergestellt, die zu teuer sind und für die keine Nachfrage besteht. Der Anpassungsprozeß entwickelt nicht jene Dynamik, die erforderlich ist, um dem wachsenden Konkurrenzdruck gewachsen zu sein. Hieraus erklärt sich auch die Hektik, mit

der sich Frankreich auf den Binnenmarkt 1993 vorbereitet. Die Furcht vor einer „Razzia“ der Amerikaner, Japaner und Westdeutschen im Augenblick, da sich die Grenzen öffnen, wird größer. Andererseits setzt sich der Gedanke durch, daß eine gezielte Exportorientierung flankierender Maßnahmen bedarf, wie der Reform des Bildungssystems (insbesondere der Berufsausbildung) sowie der Förderung von Forschung und Entwicklung. Auch hier liegt Frankreich noch immer hinter den Anstrengungen der führenden westlichen Industrieländer zurück. 1987 lag der Anteil für Forschung und Entwicklung am BSP bei 2,28 Prozent (Japan 2,7 Prozent; USA 2,72 Prozent; Bundesrepublik 2,7 Prozent). Der Anteil der von der Industrie finanzierten Forschung betrug 68,4 Prozent (Japan 97,9 Prozent; Bundesrepublik 84,2 Prozent; USA 65,6 Prozent)²⁵⁾.

Schließlich öffnet sich, wie in den meisten westlichen Industrieländern, die Schere zwischen Unternehmergewinnen und Masseneinkommen immer mehr. Der Anteil der Einkommen aus Lohnarbeit ging von 63,3 Prozent 1985 auf 60 Prozent 1988 zurück, während das Volkseinkommen gleichzeitig kontinuierlich zunahm²⁶⁾. Der größte Teil der Kaufkraftsteigerung der verfügbaren Einkommen ging 1988 an die Unternehmer, die damit wesentlich zu diesem Zuwachs beigetragen haben²⁷⁾. Damit bleibt das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit mit Hilfe einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (Modernisierung) zu verbessern, und dem Versprechen, zugleich für soziale Gerechtigkeit zu sorgen (nationale Solidarität), die zentrale Herausforderung für die Politik.

II. Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Modernisierung und Solidarität

1. Widersprüche der „gemischten Wirtschaft“

Bereits in seinem „Brief an alle Franzosen“ während des Präsidentschaftswahlkampfes gab Mitterrand die Parole aus: „Weder Nationalisierung noch Privatisierung.“ Die Grenze zwischen öffentlichem

und privatem Sektor sollte stabilisiert bzw. eingefroren werden. Es ging darum, die tumultuöse Phase der Wirtschaftspolitik zwischen 1981 und 1988 abzuschließen und ihre Ergebnisse zu sanktionieren. Die Kämpfe sollten abgeschlossen sein.

Allerdings stellt sich die Frage, ob damit alle Probleme gelöst sind, die sich zwangsläufig aus den ungleichen Bedingungen ergeben, wie sie in beiden Sektoren herrschen. Im öffentlichen Sektor braut sich ein Widerspruch zusammen, der erst langsam erkannt wird. Einerseits scheint der Staat seine Rolle gegenüber den verstaatlichten Unternehmen zu revidieren. Während sie früher als eine Art Verfügungsmasse der Wirtschafts-, aber auch der Sozialpolitik fungierten, als Speerspitze der ökonomischen und sozialen Modernisierung, sieht es nun so aus, als würde sich der Staat zurücknehmen und sich mit der Aufgabe eines normalen Ak-

²²⁾ Wichtigste Maßnahmen: Programm für gemeinnützige Arbeiten (Travaux d'utilité publique, TUC) und berufsvorbereitende Praktika (Stage d'insertion à la vie professionnelle, SIVP).

²³⁾ Zahlen in: FAZ vom 1. August 1989. 1986 war die Handelsbilanz fast ausgeglichen. Vgl. auch Wirtschafts- und Finanzministerium (Hrsg.), Les Notes bleus, 1. Mai 1989 (hier die Ergebnisse der Zahlungsbilanz 1988).

²⁴⁾ Zahlen in: Le Monde vom 31. März 1989.

²⁵⁾ Zahlen in: OECD-Bericht Frankreich (Anm. 17), Tab. 21, S. 62.

²⁶⁾ Vgl. Centre d'études des revenus et des coûts (CERC), Dokument Nr. 93/1989.

²⁷⁾ Vgl. OECD-Bericht Frankreich (Anm. 17), S. 97.

tionärs begnügen. Das bedeutet aber eine Abschwächung der traditionellen Industriepolitik²⁸⁾, die lange Zeit die Ambition verfolgte, den Prozeß sektoraler Umstrukturierung durch gezielte Intervention voranzutreiben. Mit der Zeit stellte sich heraus, daß, wie der OECD-Bericht es formuliert²⁹⁾, „die mit der interventionistischen Politik verbundenen wirtschaftlichen Nachteile und budgetären Belastungen die positiven Effekte . . . überwogen“. So kam es, daß das staatliche Engagement zurückging (Verminderung der Subventionen und des Volumens der Vorzugskredite). Im wesentlichen wird nur Forschung und Entwicklung steuerlich begünstigt. Zugleich wurden die öffentlichen Unternehmen aufgefordert, nach privatkapitalistischen Kriterien zu wirtschaften, also Profit zu machen.

Wird damit, andererseits, der öffentliche Sektor nicht in eine schwierige Lage manövriert? Er leidet an chronischer Unterfinanzierung, bleibt aber von den Kapitalspritzen des Staates abhängig. Wie soll er seine Kapitalbasis verbessern, um die Modernisierung zu finanzieren? Natürlich ist der Staat kein normaler Aktionär. Er zeigte sich erheblich großzügiger, wenn er zwischen 1982 und 1988 den öffentlichen Unternehmen mehr als 100 Mrd. Franc überwies, aber auch damit nur die größten Löcher zu stopfen vermochte. Rocard hat ihre Zulassung an der Börse, um sich privates Kapital zu verschaffen, grundsätzlich ausgeschlossen. Hinter diesem Widerspruch verbirgt sich ein zentrales Problem: Wie rechtfertigt sich der umfängliche öffentliche Sektor, wenn sich die traditionellen politischen, strategischen, ökonomischen und sozialpolitischen Begründungen langsam als obsolet erweisen? Soll der öffentliche Sektor nur deshalb nicht angetastet werden, um dem Staat ein gewisses Eingriffspotential zu erhalten, etwa für den Fall einer Krise? Wie sind die Vollendung des Binnenmarktes und die zunehmende internationale Verflechtung, die weitgehend vom privaten Kapital gesteuert werden, mit dieser Form von „gemischter Wirtschaft“, die in einer historisch anderen Situation entstanden ist, vereinbar? Erweist sich Mitterrands „weder . . . noch“ nicht in einem Augenblick als Fessel, da immer lauter der Ruf nach mehr Dynamik erschallt?

Jedenfalls scheint es, als entfalte der private Sektor mehr Energien als der öffentliche, um sich auf die europäische und die Weltmarktkonkurrenz einzustellen. Hier läuft der Konzentrationsprozeß auf

vollen Touren³⁰⁾. Zusammenschlüsse, vor allem aber Firmenaufkäufe, sei es durch französische Unternehmen oder durch ausländische Konzerne, füllen die Nachrichten und liefern Schlagzeilen. Die (relative) Gesundung der Unternehmensfinanzen, die Deregulierung der Finanzmärkte sowie neue Finanzierungstechniken erleichtern diesen Prozeß. In den drei zentralen Industriesektoren (Zwischen-, Ausrüstungs- und Konsumgüter) ist das ausländische Kapital (EG, Drittländer) bei Aufkäufen schon heute überrepräsentiert. In letzter Zeit wird die Öffnung für ausländische (inkl. japanische) Direktinvestitionen sogar vom Staat beschleunigt, wahrscheinlich, um der nach Öffnung der Grenzen erwarteten massiven Penetration zuvorzukommen.

Eine Untersuchung³¹⁾ hat ergeben, daß die Unternehmen, die sich in der Gruppe der 300 Umsatzstärksten unterhalb der Spitzengruppe der 20 Größten befinden, im internationalen Vergleich zu klein sind. Diese Gruppe erwirtschaftet immerhin 28 Prozent der industriellen Wertschöpfung in Frankreich und leistet die Hälfte aller Exporte. Sie hat einen großen Beitrag zum Wiedererstarren der Industrie geleistet, erscheint nun aber im Vergleich zu britischen und deutschen Unternehmen strukturell zerbrechlich, weil unterdimensioniert und noch immer zu hoch verschuldet. Um diese Gruppe stärker am Internationalisierungs- und Konzentrationsprozeß zu beteiligen, muß, wie bereits gefordert wird, eine neue Partnerschaft mit dem Staat gefunden werden. Dahinter steht, wie anderswo auch, der Versuch, innerhalb der eigenen Industrie „europäische Leader“ zu schaffen. Geht das, indem man sich auf die Marktkräfte verläßt? Wie dem auch sei: In dem sich herauskristallisierenden Wachstumsmodell der neunziger Jahre ist das Verhältnis von Politik und Wirtschaft, von Staat und Markt, von Akkumulation und Regulation weitgehend ungeklärt. Hat es die gemischte Wirtschaft à la Mitterrand in dieser Hinsicht leichter oder schwerer? Sicher ist nur, daß die Stunde der Wahrheit bald schlägt.

2. Vorrang der Stabilitätspolitik

Da der konjunkturelle Aufschwung offensichtlich in erster Linie der Stabilitätspolitik zu danken ist, kann es keinen Zweifel geben, daß diese fortgesetzt werden muß. Für die OECD ist die wichtigste Bedingung für den weiteren Erfolg, daß das Reallohnwachstum unter der Produktivitätssteigerung bleibt, weil es sich hier um den Eckpfeiler der strukturellen Anpassung handelt. Außerdem ist der Kontext günstig, der Abbau des Haushaltsdefizits

²⁸⁾ Vgl. W. Neumann/H. Uterwedde, Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich, Opladen 1986; U. von Alemann et al., Technologiepolitik. Grundlagen und Perspektiven in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, Frankfurt 1988.

²⁹⁾ OECD-Bericht Frankreich (Anm. 17), S. 75f.

³⁰⁾ Vgl. E. Abbou, L'évolution récente du mouvement de concentration des entreprises: bilan et perspectives, in: Revue de la concurrence et de la consommation, Juli-August 1988.

³¹⁾ Bericht in: Le Monde vom 6. Juli 1989.

und die reich fließenden Steuereinnahmen erweitern den Handlungsspielraum des Staates. Dennoch gibt es, was die konkrete Handhabung der Stabilitätspolitik betrifft, Konflikte — manchmal unterschiedlich, manchmal offen. Sie treten immer dann auf, wenn es um die fällige Erhöhung des garantierten Mindestlohns (SMIC) geht. Die Fronten, die entstehen, sind stets dieselben: Rocard will ihn (etwas) kräftiger erhöhen als der Finanzminister Bérégovoy, den die Furcht vor der Inflation umtreibt. Dem Premierminister liegt eine Geste am Herzen, um die Ungleichheiten wenigstens ein wenig abzumildern. Für Bérégovoy handelt es sich um eine gefährliche Versuchung zur „Laxheit“. Hier offenbart sich ein zweites Spannungsverhältnis, das im gegenwärtigen Wachstumsmodell unvermeidlich eingebaut ist: zwischen Stabilität und Solidarität. Aber gegenüber den Forderungen der Beamten und Angestellten, die schon auf dem Tisch liegen, zeigt sich auch Rocard unnachgiebig. Hier wird es wieder einen harten Kampf um Kompromisse geben.

Die Probleme häufen sich jedoch. Als Leitlinie gilt weiter, daß der Anstieg der Staatsausgaben unter der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes bleiben muß — ein Dogma jeder Stabilitätspolitik. Andererseits müssen die von Mitterrand als vorrangig bezeichneten Bereiche Forschung und Entwicklung, Bildung, Beschäftigung und „nationale Solidarität“ finanziell besser ausgestattet werden, als es im Haushalt 1989 der Fall war. Im Blick auf Europa 1993 muß die vergleichsweise hohe steuerliche Belastung gesenkt werden (Verringerung der Mehrwertsteuersätze; weitere Erleichterung der Unternehmensbesteuerung). Hinzu kommen dringend nötige Maßnahmen, die das System der sozialen Sicherheit ins Gleichgewicht bringen. Gleichzeitig soll die Sanierung der öffentlichen Finanzen fortgeschrieben werden.

Schließlich gibt es außenwirtschaftliche Zwänge. Die Stabilität des Franc innerhalb des Europäischen Währungssystems muß gewährleistet sein, wenn ab dem 1. Juli 1990 der Kapitalverkehr in der Gemeinschaft liberalisiert wird. Dazu gehört das Bemühen, das Gefälle der kurzfristigen Zinsen gegenüber der Bundesrepublik zu verringern. Aber diese Politik wurde durchkreuzt durch Zinssteigerungen auf den internationalen Finanzmärkten und einem wieder einsetzenden Abwertungsdruck auf den Franc. Damit wurden die Grenzen nationalstaatlicher Finanz- und Währungspolitik schmerzhaft deutlich. Die Stabilitätspolitik kann nur durchgehalten werden, wenn die interne und die externe Dimension zur Deckung gebracht werden.

3. Der „Plan 1989—1992“

Einen guten Einblick in die Vorstellungswelt von Frankreichs modernistischen Sozialdemokraten

gibt der Entwurf des „X. Plans 1989—1992“³²⁾. Die „planification“, Herzstück der Reformmaßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg, ist seit Ende der siebziger Jahre sowohl von den konservativen wie von den sozialistischen Regierungen vernachlässigt, nun aber — nach der dritten „alternance“ — wieder zu neuem Leben erweckt worden. Mit einem, wie es im Text heißt, „exceptionellen Verfahren“ (im Vergleich zur normalen Erstellung eines Plans), wurde innerhalb kürzester Frist (drei Monate) ein Entwurf vorgelegt, an dessen Entstehung weder, wie vorgeschrieben, die Sozialpartner noch die Ministerien mitgewirkt haben. Dafür gewann der Text an Spontaneität und Klarheit der Argumentation. Er gibt eindeutig die Intentionen von Rocard wieder, der sich ein zusätzliches Regierungsinstrument verschaffen wollte. Dieser Plan verkörpert auch personell die Öffnung der Sozialisten zur Mitte, denn der für den Plan zuständige Staatssekretär beim Premierminister, Lionel Stoléru, gehört zu jenen sechs Regierungsgliedern, die aus dem Lager der Zentristen bzw. der UDF (der Partei Giscard d'Estaings) stammen.

Der Plan versteht sich als Produkt einer „planification stratégique“, deren Ziel es ist, der Gesamtheit der nationalen Politik in einer „immer ungewisseren, komplexeren und interdependenten Welt“ in einem mittelfristigen Zeitraum dadurch Kohärenz sowie Stoßkraft zu verleihen, daß einige wenige Grundorientierungen definiert werden. Dazu gehört in erster Linie die Vorbereitung auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, woraus sich die zeitliche Begrenzung dieses Plans versteht. Heraus kommt eine Art Grundgesetz für die Aktion einer Regierung der linken Mitte, die sich um einen breiten gesellschaftlichen Konsens bemüht. Der Plan will ausdrücklich die Wachstumsdynamik, wie sie sich seit 1988 entfaltet hat, nutzen und stabilisieren. Dabei treten die Umrisse einer „Politik der dritten Art“³³⁾ jenseits der traditionellen Rechten wie Linken schärfer hervor, als es bislang der Fall gewesen ist.

Die Originalität des Plans besteht darin, für Frankreich eine Wachstumsstrategie zu konzipieren, die sowohl die Realitäten der Weltwirtschaft wie die Entwicklung zum einheitlichen westeuropäischen Wirtschaftsraum berücksichtigt. Dabei ist das Bemühen unverkennbar, Grundlagen eines spezifisch französischen Wachstumsmodells zu definieren und dadurch zu bewahren, daß sie (so weit wie möglich) durch den europäischen Binnenmarkt noch gestärkt werden. Das ist deshalb erforderlich, weil die Bedrohungen zunehmen. Sie erwachsen einmal aus

³²⁾ La France, l'Europe. Xème Plan 1989—1992. Projet de loi soumis à l'examen du Parlement. 22. März 1989; dazu den Artikel des Plan-Kommissars P.-Y. Cossé, in: Le Monde vom 25. März 1989.

³³⁾ G. Ziebur (Anm. 1), S. 20 ff.

den sich verschärfenden Instabilitäten der Weltwirtschaft. Damit wird die eigene, in ein interdependentes System eingebettete Ökonomie verwundbar. Die Autoren des Plans glauben nicht, daß die Marktkräfte allein ein Gleichgewicht bewirken. Sie fordern eine Verstärkung der internationalen Kooperation, die aber voraussetzt, daß der Staat die Fähigkeit zur Organisation des eigenen Wirtschaftsraums nicht verliert. Das gilt in ganz besonderer Weise für Frankreich: Eine Schwächung des Staates würde das innergesellschaftliche Gleichgewicht verändern und die sozialen Ausgrenzungen verschärfen. Hinzu kommt eine zweite Bedrohung, dieses Mal von innen, nämlich durch den Anpassungsrückstand, der mehr Geduld für langfristige Reformvorhaben verlangt als anderswo. Mit diesen beiden Bedrohungen kann — so die zentrale Aussage — nur ein handlungsfähiger Staat fertig werden.

Die Chancen für eine vom Staat nachhaltig geförderte Wachstumsstrategie sind besser als je zuvor. Die Modernisierung macht Fortschritte. Entscheidend jedoch ist das Datum 1993. Es geht nicht so sehr darum, Frankreich darauf vorzubereiten, als vielmehr darum, diesen Termin zu nutzen, um das Land grundsätzlich an die Gegebenheiten einer neuen Welt anzupassen. Dabei hilft der Umstand, daß sich Frankreich auf dem Weg zur Sammlung der gesellschaftlichen Kräfte befindet. Realismus, Pragmatismus, Kompetenz und Effizienz sind die allgemein anerkannten Leit motive. So kommt es, daß die Gesellschaft „leichter zu regieren ist“. Es gibt also Grund zum „räsonnierten Optimismus“. Der Plan strebt einen Staat an, der vom „naiven Liberalismus“ gleich weit entfernt ist wie vom „systematischen Interventionismus“, dem es also gelingt, nach dem Abbau öffentlicher Kontrollen im Verbund mit unabhängigeren Unternehmern neue „Synergien“ zu entfesseln. Markt und Plan sind dabei insofern komplementär, als letzterer als Instrument mittelfristiger struktureller Anpassung dient.

Wie aber sieht das angestrebte Wachstumsmodell aus? Absolute Priorität fällt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu, weil sie es ist, die die „soziale Kohäsion“ bedroht. Dazu muß ein durchschnittliches jährliches Wachstum von mindestens 2—2,5 Prozent erreicht werden. Ferner muß eine neue Verteilung der Früchte dieses Wachstums erfolgen. Nachdem zwischen 1973 und 1983 die Arbeitnehmer und zwischen 1983 und 1988 die Unternehmer privilegiert waren, muß die Neuverteilung zwischen 1989 und 1992 zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen stattfinden. Alle geben ihren Teil dazu: die Arbeitnehmer durch bescheidene Lohnzuwächse, die Unternehmer durch Abzweigung eines Teils der Investitionen, die Allgemeinheit durch höhere Besteuerung des Reichtums. Zum anderen soll das Wachstum so gestaltet werden, daß es rei-

cher an Beschäftigung ist durch verbesserte Ausbildung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verminderung der Arbeitskosten sowie Reorganisierung der Arbeitsbedingungen und -zeiten.

Kern der Strategie aber ist das, was der Plan ein kompetitives Wachstum nennt. Hierunter fallen alle angebotsorientierten Maßnahmen: Modernisierung des Produktionsapparats, Rückgang der Inflationsrate, hohes Niveau der Investitionen (ihr Wachstum soll 1989—1992 doppelt so hoch ausfallen wie dasjenige der Wirtschaft insgesamt) und Verstärkung der Exporte. Dem Staat fällt eine doppelte Aufgabe zu: Sorge um die „soziale Kohäsion“ sowie Anpassung der Rahmenbedingungen, darunter vor allem die Reform des Steuersystems, das mit dem Binnenmarkt unvereinbar ist (Abbau der dominierenden indirekten Steuern, insbesondere der Mehrwertsteuer und Schaffung einer europäischen Quellensteuer³⁴), nachdem diese gerade von der Bundesregierung abgeschafft wurde!). Schließlich muß Frankreich entscheidend an der Gestaltung des „Europa von morgen“ mitwirken, um die innere wie äußere Entwicklung möglichst optimal zu synchronisieren. Die Schwerpunkte der Regierungsaktion nach innen sind bekannt: Erziehung und Ausbildung, Forschung und Wettbewerb, Solidarität.

Letztes Ziel aber ist die Entstehung eines „dezentrierten Staates in einer dezentralisierten Nation“, um endlich die Kluft zwischen politischer und ziviler Gesellschaft zu überwinden. Das Gutachten, das der Wirtschafts- und Sozialrat, eine beratende Instanz, zum Planentwurf erstellt hat³⁵), kritisiert eher prozedurale und formale Schwächen als die Grundaussrichtung der inhaltlichen Aussagen. Ins Gewicht fällt allerdings der Vorwurf, daß der Entwurf zu allgemein, zu programmatisch formuliert ist, die Instrumente für die Umsetzung der Zielvorstellungen in konkrete Politik also nicht benannt sind. Ist der Plan so etwas wie geronnene Ideologie, der Versuch einer Reideologisierung der prakti-

³⁴) Vgl. J. François-Poncet/B. Barbier, *Une stratégie pour la France: l'Europe*, Paris 1988. Hierbei handelt es sich um eine vom Senat in Auftrag gegebene Untersuchung, die ebenfalls die einschneidende Reform des französischen Steuersystems als unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung am europäischen Binnenmarkt verlangt. In ihr wird nachdrücklich die Forderung nach einer europäischen Quellensteuer erhoben, um nicht alle Einnahmen aus der Besteuerung des Sparkapitals zu verlieren (S. 27 ff.). Das Problem ist keinesfalls vom Tisch, wie man in der Bundesrepublik zu glauben scheint. Interessant ist auch, daß in dieser Untersuchung eine Anpassung des öffentlichen Sektors verlangt wird (entweder erneute Privatisierung oder zumindest partielle Entstaatlichung). Der Grundtenor aller Ausführungen verdeutlicht, daß die konservativ-liberalen Kräften ganz klar die Möglichkeit erkannt haben, den europäischen Binnenmarkt für ihre Vorstellungen zu instrumentalisieren. Bezeichnend aber ist, daß die sozialistische Fraktion im Senat dieser Untersuchung zugestimmt hat!

³⁵) *Projet de loi approuvant le Plan 1989—1992*. Gutachten von Y. Chaigneau, in: *Journal officiel* vom 3. März 1989.

schen Politik als Ersatz für ein fehlendes Gesellschaftsprojekt? Man kann es so sehen. Bemerkenswert ist, daß, wie die Gewerkschaft Force Ouvrière zu Recht moniert, jeder Hinweis auf die Industriepolitik fehlt. Verliert sie an Bedeutung, was angesichts der vielen Fehlschläge auch kein Wunder wäre? Mitterrand jedenfalls ist die Grundtendenz des Plans zu liberal. Dient der Hinweis auf Europa 1993 vornehmlich als geheime Hintertür, durch die neoliberale Ideen verstärkt in das sozialdemokratisch-modernistische Projekt fließen? Ist Rocards Plan ein Beleg für diese Tendenz?

4. Solidarität: Mythos oder Realität?

Was haben die vielen schönen Reden über die notwendige Stärkung der nationalen Solidarität in Wirklichkeit erbracht? Wie ist es um die „soziale Modernisierung“ bestellt? An Bemühungen hat es nicht gefehlt. Am besten entspricht den Absichten der dritten „alternance“ das Gesetz über die Einführung eines „Mindesteinkommens zur sozialen Wiedereingliederung“ (revenu minimum d'insertion, RMI), das wichtigste Mittel im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung, das mit Hilfe einer Zusatzsteuer auf Spitzeneinkommen finanziert wird. Handelt es sich um eine Umverteilungsmaßnahme traditionellen Stils? Die Belastung der Reichen hält sich in Grenzen. Was aber die Nutznießer betrifft, kann man dem Gesetz, das am 1. Dezember 1988 in Kraft trat, Originalität nicht absprechen. Es richtet sich an alle, die über kein oder nur ein geringes Einkommen verfügen und sich besonderen Schwierigkeiten gegenüber sehen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz (Dauerarbeitslose, Drogenabhängige usw.). In den Genuß eines Mindesteinkommens können Franzosen (unter streng definierten Bedingungen auch Ausländer) kommen, die älter als 25 Jahre sind; Jüngere nur dann, wenn sie ein oder mehrere Kinder zu versorgen haben. Die Unterstützung beträgt pro Monat 2 000 Francs für eine alleinstehende Person; für eine zweite Person im Haushalt kommen 1 000 Francs hinzu, 600 für jede weitere Person. Die Gesamthöhe dieses Einkommens muß aber unterhalb des garantierten Mindestlohns (SMIC) bleiben, um die Arbeitenden nicht zu benachteiligen. Entscheidend ist, daß sich der Unterstützte als Gegenleistung auf der Grundlage eines Vertrages zu eigenen Aktivitäten verpflichten muß, sei es Arbeit zu finden, sei es sich weiterzubilden. Damit soll die Entwicklung zur „sozialen Autonomie“ gefördert und die Entstehung einer Unterstützungsempfängermentalität verhindert werden. Ob damit Erfolge zu verzeichnen sind, läßt sich noch nicht sagen. Bis zum 31. Mai dieses Jahres wurden 405 000 Anträge eingereicht, davon 311 000 (77 Prozent) bewilligt. Es geht also um beträchtliche Gruppen, denen zumindest eine neue Perspektive eröffnet wird. Aber die

Frage muß gestellt werden, ob eine „soziale Behandlung“ genügt, um das Problem der grassierenden Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen. Auf keinen Fall ist das Gesetz geeignet, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, es kann sie allenfalls etwas mildern³⁶⁾.

Anders verhält es sich mit einer zweiten Maßnahme, die darauf abzielt, einen Ausbildungskredit (crédit-formation) für diejenigen zu schaffen, die die Schule ohne Abschluß verlassen haben. Sie sollen eine zweite Chance erhalten und mit Hilfe dieser finanziellen Unterstützung einen Schulabschluß erwerben³⁷⁾. Nach allgemeiner Meinung ist dieser mutige Schritt der Regierung geeignet, die Qualifizierungspolitik in Frankreich zu revolutionieren.

Typisch für die Arbeitnehmerpolitik der dritten „alternance“ ist schließlich das Gesetz zur Neuordnung des Kündigungsverfahrens bei Entlassungen aus ökonomischen Gründen. Diese Frage, bei der es um die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes geht, ist seit langem zwischen rechts und links umstritten³⁸⁾. Bis 1986 mußte praktisch bei allen Entlassungen innerhalb von 30 Tagen um eine Erlaubnis bei der Arbeitsmarktbehörde nachgesucht werden. Unter der konservativen Regierung Chirac wurde diese Regelung mit dem Argument aufgehoben, daß sie Neueinstellungen behindere. Sofort stieg die Zahl der Entlassenen ohne soziale Absicherung (vor allen ältere Arbeitnehmer) an. Die Neuformulierung stellt in vielerlei Hinsicht ein arbeitsrechtliches Novum dar. Zum ersten Mal wird der Begriff „Entlassung aus ökonomischen Gründen“ rechtlich definiert. Dies ist zugleich eine Absicherung des ungerechtfertigt Entlassenen, denn die Beweislast liegt nun beim Arbeitgeber. Außerdem muß die Betriebsleitung in regelmäßigen Abständen Pläne über mittelfristige Maßnahmen zur Arbeitskräfteanpassung vorlegen. Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern müssen bei mehr als zehn Entlassenen Sozialpläne ausarbeiten. Als Mindestmaßnahme wird allen Entlassenen ein Recht auf Umschulung zwecks Verbesserung ihrer Mobilität zubilligt. In dieser Hinsicht ist Frankreich erst dabei, das nachzuholen, was in der Bundesrepublik, wenigstens zum Teil, an Schutzmaßnahmen bereits besteht — ein weiterer Hinweis auf die „Normalisierung“. Dazu gehört auch, daß die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen immer mehr „von oben“ kommt und nicht Ergebnis sozialer Konflikte ist.

³⁶⁾ Vgl. G. Gontcharoff, De la loi à son application: les mécanismes de mise en oeuvre du RMI, in: Problèmes économiques, Nr. 2 130 vom 21. Juni 1989.

³⁷⁾ Vgl. A. Lebaube, in: Le Monde vom 9. Februar 1989.
³⁸⁾ Einzelheiten in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, Juli 1989, S. 7f.

die ja überflüssig gemacht werden sollen. So verwundert es nicht, wenn der Niedergang der Gewerkschaften weitergeht. Innerhalb von zehn Jahren hat die kommunistisch orientierte CGT, die den

„Plan 1989–1992“ in Bausch und Bogen verworfen hat, mehr als 55 Prozent ihrer Mitglieder verloren³⁹⁾. Der Organisationsgrad der Arbeitnehmer im privaten Sektor liegt bei zehn Prozent.

III. Das Ende des Sozial-Colbertismus

Unter diesem Titel erschien 1988, kurz vor der dritten „alternance“, ein Buch aus der Feder eines (ehemaligen) Mitarbeiters und Bewunderers von Jacques Delors – also eines Vertreters jener modernistischen Sozialdemokraten, die heute in Frankreich das Sagen haben⁴⁰⁾. Alle Grundideen des „Plans 1989–1992“ sind hier zu finden, manchmal in wörtlicher Wiederholung. Der Autor vertritt die These, daß der „Sozial-Colbertismus“, die „französische Form des Fordismus“, bereits im Verlauf der siebziger Jahre in den Strudeln der Weltwirtschaftskrise Schiffbruch erlitten hat. Der „Sozial-Colbertismus“ stelle eine Mischung aus vier Elementen dar: die Autonomie des Sozialen, also das Produzieren von Sozialleistungen unabhängig von ökonomischen Ergebnissen; die massive Regulation durch den Staat; ein niedriges Niveau der „ökonomischen Kultur“; ein schwach entwickeltes Unternehmertum, da es wirtschaften konnte, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Ein solches Modell, in dem die Synthese zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen einfach bzw. mechanisch ist, könne nur in Zeiten bequemen Wachstums und hoher Kapitalrentabilität funktionieren.

Diese Zeiten seien vorbei. Jetzt gehe es darum, die Komplementarität des Ökonomischen und Sozialen in einer langen, geduldigen Arbeit neu zu definieren, mit anderen Worten: die Umrisse eines neuen Wachstumsmodells zu fixieren. Für den Autor sind die Grundlinien klar, sie umfassen eine Kombination aus Abbau der Inflationsrate und ökonomischer Stimulierung – gewissermaßen eine Synthese

aus Friedman und Keynes, wie er es bezeichnet. Ziel ist eine Gesellschaft, die mehr Wettbewerbsfähigkeit und zugleich mehr genossenschaftliches Zusammenleben (*convivialité*) verwirklicht. Das ist in der Tat der Nenner, auf den sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der dritten „alternance“ bringen läßt: die Versöhnung des Ökonomischen mit dem Sozialen, eine wahre Zauberformel.

Von diesem angestrebten Ideal eines Wachstumsmodells ist Frankreich weit entfernt. Wie sieht der „dekonzentrierte Staat“, transparent und bürgerfreundlich, aus, wenn sich (wie gerade die Feierlichkeiten zum 14. Juli gezeigt haben) die im Verfassungssystem angelegte Tendenz zur „monarchischen Republik“ weiter fortsetzt? Wie stellt sich das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft dar, wenn die Herrschaftsachse Mitterrand–Rocard–Sozialistische Partei im wesentlichen aus einer Exekutive besteht, an deren Spitze zwei eigenwillige Köpfe stehen, während die politische Gesellschaft sich im Zustand der Atomisierung befindet und die Liberalisierung der Kapitalkräfte ihren Lauf nimmt? Ist die gegenwärtige, im „Plan 1989–1992“ konzentriert dargestellte Politik geeignet, die internen und externen Herausforderungen *gleichzeitig* zu bewältigen und dabei noch die Gestaltung der Zukunft Europas im Sinn der eigenen Interessen nachhaltig zu beeinflussen? Wettbewerb und „convivialité“: eine wunderbare Perspektive. Aber von der eigentlichen Herausforderung der neunziger Jahre in Ost und West, der ökologischen Modernisierung, ist nirgendwo die Rede. Auch der „Plan 1989–1992“ erwähnt sie mit keinem Wort. Zeigt hier das neu entstehende Wachstumsmodell seine Achillesferse, bevor es in die Phase der konkreten Bewährung eintritt?

³⁹⁾ Vgl. Le Monde vom 8. März 1989.

⁴⁰⁾ J.-B. de Foucauld, La fin du Social-Colbertisme, Paris 1988.

Das französische Parteiensystem

Von der Bipolarisierung zum Konsens?

I. Ende der stabilen Bipolarität?

Das Parteiensystem der V. französischen Republik zeichnete sich über 20 Jahre durch eine für die Geschichte der französischen Demokratie ungewöhnliche Stabilität aus. Es war in zwei einander in scharfer Konfrontation gegenüberstehende Blöcke gespalten, die ihrerseits aus je zwei unterschiedlich großen Teilen bestanden: der rechte, bürgerliche Block aus den Gaullisten und den — konservativen, liberalen und christdemokratischen — Nichtgaullisten; der linke aus den Kommunisten und den Sozialisten. Maurice Duverger beschrieb dieses System treffend und anschaulich als „quadrille bipolaire“¹⁾.

Die rechte Mitte vermochte sich zwar bei den Parlamentswahlen²⁾ als eigenständige Gruppierung zu behaupten, aber da sie als Koalitionspartner nicht benötigt wurde, konnte sie im politischen System keine Rolle spielen. Nachdem sie bei der Präsidentenwahl von 1974 Valéry Giscard d'Estaing unterstützt hatte und danach in die Regierung eingetreten war, schloß sie sich vor der Parlamentswahl von 1978 mit Giscard's Republikanischer Partei (PR) sowie einigen kleineren Gruppen zum Parteienbündnis UDF (Union für die französische Demokratie) zusammen. Dieses sollte innerhalb des bürgerlichen Lagers ein Gegengewicht gegen den übermächtigen Gaullismus bilden; man einigte sich daher in den Wahlkreisen auf nur einen Kandidaten aus den Reihen der UDF und fand sich in der Nationalversammlung zu einer einzigen Fraktion zusammen.

Die klare Strukturierung des Parteiensystems wurde vor allem bewirkt durch die Institution des Präsidenten der Republik, der die zentrale Figur im politischen System darstellt, und durch den 1962 eingeführten Wahlmodus (Direktwahl nach dem absoluten Mehrheitswahlsystem mit Stichwahl), der eine bipolare Anordnung der Parteien geradezu erzwingt. Das absolute Mehrheitswahlsystem verlangt von den Parteien — wenn sie Erfolg haben wollen — den Abschluß von Wahlbündnissen, die sich zu stabilen Regierungskoalitionen und schließlich zu den beiden Blöcken verfestigt haben.

¹⁾ Vgl. Maurice Duverger, *La République des citoyens*, Paris 1982, S. 165 ff.

²⁾ Mit Parlament ist immer nur die Nationalversammlung gemeint.

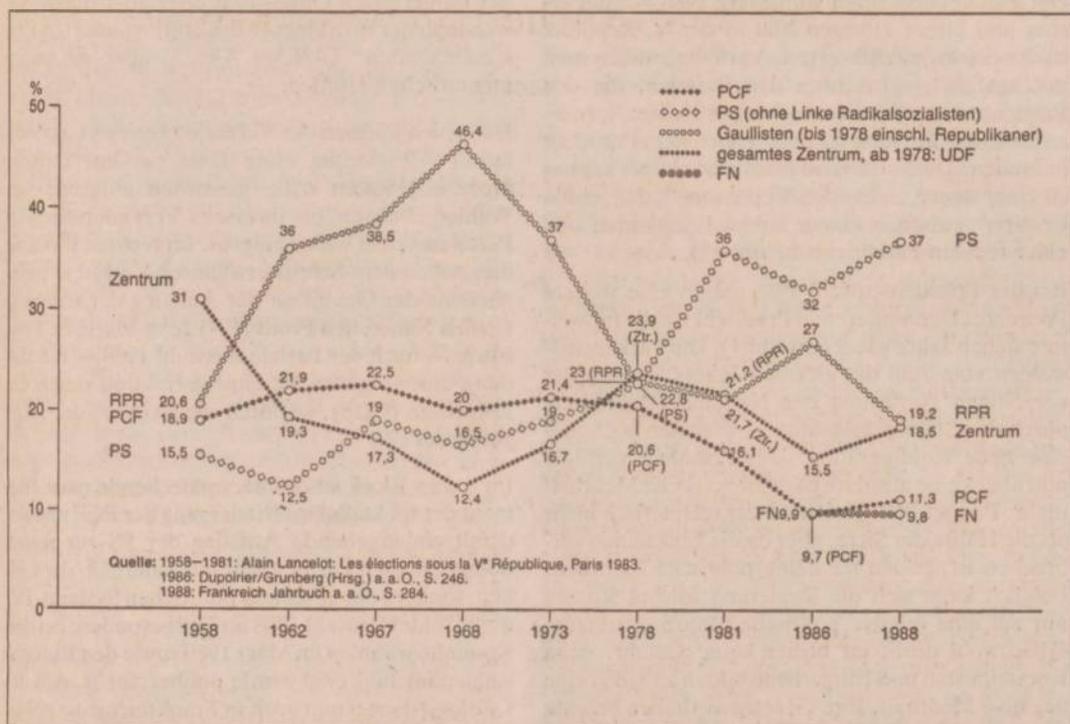
Innerhalb der beiden Blöcke kam es in den siebziger Jahren zu weitreichenden Veränderungen. Die Hegemonie der Gaullisten innerhalb der Rechten ging nach dem Tod von Staatspräsident Georges Pompidou (1974) sukzessive verloren. Zunächst unterlag der gaullistische Kandidat, Jacques Chaban-Delmas, bei der Präsidentenwahl gegen Giscard d'Estaing. Mit dem Rücktritt Jacques Chiracs (1976) entging den Gaullisten dann auch das Amt des Premierministers, und die Parlamentswahl von 1978 zeigte erstmals ein ziemlich ausgeglichenes Stärkeverhältnis — beim Stimmenanteil, noch nicht bei den Parlamentssitzen — zwischen den Gaullisten und ihren Verbündeten.

Innerhalb der Linken dominierten die Kommunisten (PCF) sowohl hinsichtlich der Wählerstimmen als auch — noch deutlicher — der Organisation, Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei (sowie mit dem Marxismus hinsichtlich der Ideologie). Erst nach ihrer Neugründung gelang der Sozialistischen Partei (PS), die sich 1972 mit den Kommunisten auf ein Gemeinsames Regierungsprogramm verständigte, ein ungewöhnlich schneller Wiederaufstieg. Bei den Parlamentswahlen 1978 übertraf die PS erstmals seit 1945 wieder die PCF, wenn auch nur leicht. Die vier relevanten Parteien der V. Republik waren nun nahezu gleich stark.

Der Verlust der gaullistischen und der kommunistischen Hegemonie trug in erheblichem Maße zu den überraschenden Umwälzungen in den achtziger Jahren bei. Auf der Rechten gab es nun nicht mehr nur einen — den gaullistischen — Kandidaten bei der entscheidenden Wahl in der V. Republik, der Präsidentenwahl, sondern ab 1974 immer zwei scharf miteinander rivalisierende Präsidenten. Da eine Partei, will sie zu den großen gehören, bei den Präsidentenwahlen einen eigenen Kandidaten aufstellen muß, sind diese Rivalitäten bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich. Sie wurden jedoch eine der wichtigsten Ursachen der Niederlagen der Rechten 1981 und 1988.

Auf der Linken verschwand mit der Hegemonie der Kommunisten das größte Hindernis für einen Machtwechsel. Das Absacken von Georges Marchais (PCF) auf 15,4 Prozent 1981 half François Mitterrand (PS) entscheidend bei seinem ersten Wahlsieg; denn es konnte nun nicht mehr glaubhaft

Abbildung: Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung 1958 bis 1988
(abgerundete Werte in Prozent — jeweils 1. Wahlgang, außer 1986)



Quelle: Udo Kempf, Frankreichs Parteiensystem im Wandel, in: Der Bürger im Staat, 39 (1989) 2, S. 103.

behauptet werden, die Kommunisten würden die Politik einer Linksregierung maßgeblich bestimmen. Wie in anderen Demokratien, so ging es jetzt auch in Frankreich nur noch um einen systemimmanenten Wechsel.

Der Machtwechsel von 1981 mochte nach 23 Jahren gaullistischer und liberal-konservativer Präsidenten, Regierungen und Parlamentsmehrheiten als normal, ja als überfällig erscheinen. Längerfristige gesellschaftliche Entwicklungen und kurzfristig wirkende politische Faktoren machten ihn — so erscheint es zumindest im Nachhinein — wahrscheinlich, so überraschend er damals auch gekommen war³). In der französischen Gesellschaft nahmen die Gruppen, die traditionell mehrheitlich die Rechtsparteien wählten (Selbständige, Einwohner ländlicher Gemeinden, praktizierende Katholiken, nicht-berufstätige Frauen), ab, während mit der fortschreitenden Urbanisierung, dem Anwachsen der neuen, lohnabhängigen Mittelschichten, dem Rückgang der religiösen Praxis und der zunehmenden Berufstätigkeit der Frau die die Linksparteien favorisierenden Gruppen stärker wurden. Die poli-

tische Konstellation von 1981 machte aus der soziologischen Mehrheit eine politische: der Verlust der ökonomischen Kompetenz Giscard d'Estaings und seines Premierministers Raymond Barre („der erste Ökonom Frankreichs“) bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation; der „Krieg der Häuptlinge“ (Giscard gegen Chirac), der zu einer nur ungenügenden Stimmenübertragung in der Stichwahl führte; der schon erwähnte Niedergang der PCF, der der PS zur Hegemonie innerhalb der Linken verhalf und diese damit auch für bürgerliche Wähler akzeptabel und wählbar machte.

Der Machtwechsel von 1981 blieb indes kein einmaliges, mehr oder weniger zufälliges Ereignis; vielmehr bildete er lediglich den Auftakt zu weiteren Veränderungen und Umbrüchen im politischen und im Parteiensystem, so daß nicht mehr Stabilität, sondern Diskontinuität als der für die Analyse der V. Republik in den achtziger Jahren passende Begriff erscheint. Es wird gar die Frage aufgeworfen, ob die bisher so solide und stark erscheinende V. Republik nicht in eine tiefe Krise geraten ist. Welches sind diese Veränderungen? Wodurch wurden sie herbeigeführt? Welche Perspektiven eröffnen sich?

³) Vgl. Jacques Chapsal, La vie politique sous la V^e République, Bd. 2: 1974–1987, Paris 1987³ (mit weiteren Literaturverweisen).

II. Die Wahlen von 1986 und 1988

Die Parlamentswahlen vom März 1986 — zum ersten und bisher einzigen Mal in der V. Republik nach einem modifizierten Verhältniswahlssystem durchgeführt — brachten den Parteien, die den Präsidenten unterstützten, eine Niederlage⁴⁾. In einer solchen Situation hatte sich noch kein Präsident befunden. Da Mitterrand nicht zurücktrat, kam es zu einer neuen „lebenden Verfassung“, der „cohabitation“ zwischen einem linken Präsidenten und einer rechten Parlamentsmehrheit⁵⁾.

Bei der Präsidentenwahl 1988 gab es eine weitere Premiere: Der amtierende Präsident wurde für weitere sieben Jahre wiedergewählt⁶⁾. Die Parlamentswahlen vom Juni des gleichen Jahres — nach der vorzeitigen Auflösung der Nationalversammlung durch den Staatspräsidenten — brachten nochmals eine neue Konfiguration: Der Präsident verfügte nun über keine absolute parlamentarische Mehrheit mehr. PS und PCF besitzen zwar rechnerisch mehr als die Hälfte der Sitze, aber da die Linksunion zerbrochen ist, bilden sie keine politische Mehrheit. Folglich kann sich die Regierung Michel Rocard nur auf eine relative politische Majorität stützen. Gleichwohl droht ihr bisher keine Gefahr, denn Kommunisten und Bürgerliche bilden lediglich eine negative Mehrheit. Ihre Gesetzesvorhaben brachte die Regierung bisher durch Enthaltung oder Zustimmung der Kommunisten und/oder eines Teils

der bürgerlichen Opposition oder aber durch Anwendung der Instrumente des „rationalisierten Parlamentarismus“ (Art. 49 Abs. 3) über die parlamentarischen Hürden.

Die neuen Formen der Verfassungspraxis („cohabitation“, Regierung ohne feste parlamentarische Mehrheit) waren nötig geworden aufgrund von Wahlergebnissen, die ihrerseits Veränderungen im Parteiensystem widerspiegeln. Im rechten Block ist dies neben dem bereits erwähnten Verlust der Hegemonie der Gaullisten der Aufstieg der rechtsextremen Nationalen Front (FN) Jean-Marie Le Pen sowie — nach der Parlamentswahl 1988 — die Bildung einer eigenen Parlamentsfraktion durch die Zentristen (CDS), wodurch die Existenz der UDF gefährdet ist.

Im linken Block ist das hervorstechende neue Element der spektakuläre Niedergang der PCF und der damit einhergehende Aufstieg der PS zur neuen dominierenden Partei, nicht nur innerhalb der Linken, sondern des gesamten politischen Systems. Bei der Präsidentenwahl 1988 und insbesondere bei den Kommunalwahlen im März 1989 sowie den Europawahlen im Juni 1989 wurde unübersehbar, daß die Ökologie-Partei nun auch in Frankreich eine politische Kraft geworden ist, die keine „quantité négligeable“ mehr darstellt.

III. Wahlenthaltung und Politikverdrossenheit

Bevor auf diese Punkte näher eingegangen wird, ist noch auf einen aufsehenerregenden Aspekt der letzten Wahlen hinzuweisen: die außerordentlich hohe Wahlenthaltung. Schon bei der Präsidentenwahl 1988 lag sie mit 18,6 Prozent (im ersten Wahlgang) und 15,9 Prozent (in der Stichwahl) für diese „Königswahl“ der V. Republik recht hoch. Die Parlamentswahl vom 5. und 12. Juni 1988 erreichte mit 34,3 Prozent im ersten Wahlgang die höchste Stimmenthaltung bei derartigen Wahlen seit 1875! Im zweiten Wahlgang ging sie nur unwesentlich auf 30,1 Prozent zurück. Bei den Kantonalwahlen im September/Oktober 1988 blieb sogar jeder zweite Wahlberechtigte zu Hause, und beim Referendum

über Neukaledonien am 6. November 1988 gab es mit 62,6 Prozent einen davor unvorstellbaren Wert. Die Kommunalwahlen vom März 1989 stießen zwar wieder auf ein deutlich größeres Interesse, aber die 27,2 Prozent Enthaltungen im ersten Wahlgang bilden auch für diesen Wahltypus ein in der IV. und V. Republik nicht erreichtes Niveau. Bei der Europawahl lagen die Enthaltungen mit 51,2 Prozent klar höher als 1984 (43,4 Prozent)⁷⁾.

Eine erste Erklärung dieser beunruhigend angestiegenen Wahlmüdigkeit liegt sicher in der selbst für die V. Republik ungewöhnlichen Häufung der Wahltermine. In nur gut einem Jahr mußten die Franzosen bis zu zehnmal an die Urne gebeten werden, mindestens aber siebenmal⁸⁾. Auch dem

⁴⁾ Vgl. ebd., S. 518ff.; Elisabeth Dupoirier/Gérard Grunberg (Hrsg.), Mars 1986: la drôle de défaite de la gauche, Paris 1986.

⁵⁾ Vgl. u. a. Maurice Duverger, La cohabitation des Français, Paris 1987; Adolf Kimmel, Die „cohabitation“: Verfassungsprobleme und politische Praxis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6—7/87, S. 14ff.

⁶⁾ Zwar wurde auch General de Gaulle im Dezember 1965 zum zweiten Mal gewählt, die Erstwahl von 1958 war aber noch keine Direktwahl durch die Bevölkerung.

⁷⁾ Die Enthaltungen müßten sogar noch höher angesetzt werden, denn die Prozentanteile beziehen sich auf die Wahlberechtigten, die sich in die Listen eingetragen haben. Schon von diesem Recht machen aber nicht alle Gebrauch.

⁸⁾ Je nachdem, ob bei den Parlaments- und Kommunalwahlen ein zweiter Wahlgang nötig war und ob das Département bei den Kantonalwahlen an der Reihe war.

plichtbewußtesten Staatsbürger konnte das zuviel werden; deshalb ist es verständlich, daß man über die Zusammenlegung von bestimmten Wahlen nachdenkt. Neben der Überbeanspruchung des Wählers haben teils alte, teils neue Faktoren zur Wahlenthaltung beigetragen: eine als relativ unwichtig empfundene Parlamentswahl unmittelbar nach der entscheidenden Präsidentenwahl (ähnlich schon 1962 und 1981); eine gewisse Demotivierung und Desorientierung durch das Fehlen klar erkennbarer Alternativen und durch als widersprüchlich betrachtete Entscheidungen (Aufruf Mitterrands zur „Öffnung“ einerseits, sofortige Auflösung der Nationalversammlung andererseits); unzureichendes Angebot (bei den Parlamentswahlen stellten sich die Grünen nicht zur Wahl); notorisch geringes Interesse (Europawahl) und bewußte Entdramatisierung des Referendums durch Mitterrand sowie die Empfehlung eines Wahlboykotts (durch die uneinige gaullistische Parteiführung). Werden diese Gesichtspunkte bedacht, so ist man geneigt, die alarmierenden Zahlen zu relativieren.

Gleichwohl bleibt ein ungewöhnlich hohes Maß an Verweigerung, sich der Wahl als einer in der repräsentativen Demokratie besonders wichtigen Form der politischen Willensbildung zu bedienen. Nimmt man die sinkenden Mitgliederzahlen der politischen Parteien und der Gewerkschaften hinzu, die ohnehin schon zu den niedrigsten in der EG gehören⁹⁾, so muß daraus auf eine verbreitete Politikverdrossenheit geschlossen werden. Umfra-

gen ergeben, daß man nur ein sehr geringes Vertrauen in die Politik setzt, die die Menschen bedrängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen¹⁰⁾.

Wenn allen drei führenden Kandidaten bei der Präsidentenwahl vorgeworfen wird, sie seien von den Realitäten des täglichen Lebens der Menschen zu weit entfernt¹¹⁾, dann kommt darin eine beunruhigende Entfremdung zwischen der „politischen Klasse“ und der Gesellschaft zum Ausdruck. Die relative Erfolglosigkeit der verschiedenen Politiker, Parteien und Programme in ihren Bemühungen um die Überwindung der Wirtschaftskrise — zuerst Giscard und Barre, dann Mitterrand und die PS mit einer neokeynesianischen, anschließend mit einer stabilitätsorientierten Politik, schließlich die Regierung Chirac mit neoliberalen Rezepten —, hat die Skepsis gegenüber der Politik sicher vergrößert. In der Wahlenthaltung kommt, ebenso wie in den Stimmen für die Nationale Front, ein Protest gegen die als zu passiv, zu resignativ empfundene Haltung der Politik(er) gegenüber Problemen wie z. B. Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Den Politikern ist dieses mangelnde Vertrauen zwar durchaus bewußt — aber ob dieses gestärkt wird, wenn man als Beweis für die Öffnung zur Gesellschaft einige Nicht(partei)politiker in die Regierung aufnimmt, erscheint zweifelhaft. Vorhaben wie etwa die Amnestie für gewisse „Unregelmäßigkeiten“ bei der Parteien- und Wahlkampffinanzierung sind eher geeignet, es weiter zu untergraben.

IV. Veränderungen im Parteiensystem: das rechte Spektrum

Von den bereits erwähnten Veränderungen ist sicher der plötzliche Aufstieg der FN die aufsehenerregendste und derzeit auch folgenreichste¹²⁾. Wäh-

rend die extreme Rechte in der V. Republik bis 1983/84 über ein Schattendasein nicht hinausgekommen war¹³⁾, erreichte Le Pen bei der Präsidentenwahl 1988 sensationelle 14,4 Prozent. Im Juni 1988 verschwand die FN allerdings wieder aus der Nationalversammlung¹⁴⁾ (obwohl sie immer noch 9,65 Prozent der Stimmen enthielt), in die sie 1986 dank der Verhältniswahl eingezogen war; aber die Kommunalwahlen (10,2 Prozent im Durchschnitt in den Orten, in denen sie angetreten war) wie die Europawahl zeigen, daß zwar eine Erosion erkennbar ist, daß es aber zumindest verfrüht wäre, ihren raschen Niedergang vorherzusagen.

⁹⁾ Zuverlässige Angaben sind nicht möglich; die offiziellen Zahlen sind bei allen Parteien weit überhöht. Colette Ysmal schätzt in ihrem Bericht auf dem Kongreß des französischen Politologenverbandes in Bordeaux vom Oktober 1988 (S. 4f.) die Mitglieder der gaullistischen RPR auf unter 100 000, die der UDF auf ca. 30 000. Die PS gibt inoffiziell etwa 120 000 Mitglieder an, die PCF dürfte nicht mehr als 200 000 haben.

¹⁰⁾ Um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen, setzen 30 Prozent ihre Hoffnung auf die verantwortlichen Politiker, aber 41 Prozent auf die Unternehmer! Vgl. *Le Figaro/Etudes Politiques, Elections législatives 1988*, Paris 1988, S. 23.

¹¹⁾ Vgl. *SOFRES (Hrsg.), L'état de l'opinion. Clés pour 1989*, Paris 1989, S. 103. Für Mitterrand 49 Prozent der Antworten auf die beiden einschlägigen Fragen, für Chirac 43 Prozent (26 Prozent bemängelten bei ihm seine „Aggressivität“), für Barre 62 Prozent! Vgl. eine andere Umfrage mit ähnlichem Ergebnis in: *Le Monde/Dossiers et Documents, Les élections législatives 5/12 juin 1988*, Paris 1988, S. 14.

¹²⁾ Vgl. neben den Wahlanalysen, die auf diese Frage meist intensiv eingehen, den Sammelband von Nonna Mayer/Pascal Perrineau (Hrsg.), *Le Front National à découvert*, Paris 1989.

¹³⁾ Bei der Präsidentenwahl 1974 kam Le Pen auf nur 0,75 Prozent der abgegebenen Stimmen; 1981 scheiterte seine Kandidatur sogar, weil er die erforderlichen 500 Unterschriften (von Parlamentariern, Generalräten, Bürgermeistern) nicht zusammenbrachte. Bei den Parlamentswahlen vom März 1978 kam die FN auf 0,75 Prozent, im Juni 1981 auf nur 0,2 Prozent.

¹⁴⁾ Die einzige FN-Abgeordnete ist inzwischen aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die Partei findet ihre Wähler vorzugsweise in städtischen Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil und einer hohen Kriminalitätsrate; unter jungen Männern mit einem niedrigen Bildungsgrad, besonders unter Arbeitslosen oder sich vom sozialen Abstieg bedroht Fühlenden; aber — ähnlich wie die Poujade-Bewegung 1956 — auch im alten, selbständigen Mittelstand. Von der gemäßigten Rechten unterscheidet sich die FN vor allem durch eine stärkere Verankerung in den unteren gesellschaftlichen Schichten, durch ein populistischeres Erscheinungsbild. Bei den von ihr bevorzugten Themen zeigt sie große Ähnlichkeiten mit den deutschen Republikanern (beide bilden im Europaparlament eine gemeinsame Fraktion): Ausländerfeindlichkeit (besonders gegenüber den Nordafrikanern), harte Bekämpfung der Kriminalität (unter Einschluß der Todesstrafe), Steuersenkungen sowie Zurückhaltung gegenüber der europäischen Integration. Der Erfolg der FN ist vor allem Ausdruck eines Protests: gegen sich verschärfende soziale Probleme und Gefährdungen, gegen eine für zu gemäßigt gehaltene Opposition der bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Herrschaft, gegen die „politische Klasse“ schlechthin.

Es liegt auf der Hand, daß — ebenso wie die CDU/CSU — die UDF und noch mehr die RPR durch den Aufstieg der FN vor besondere Probleme gestellt werden; denn das Gros ihrer Wähler entzieht die FN der gemäßigten Rechten, die dadurch gegenüber der Linken geschwächt wird. Hinzu kommt, daß sich die bürgerlichen Parteien — wiederum der Union vergleichbar — uneins sind in der Frage, wie sie der FN begegnen sollen. Die Schwierigkeiten, die die extreme der gemäßigten Rechten bereitet, traten besonders deutlich bei der Präsidentenwahl 1988 zutage: Chirac mußte den schwierigen Spagat versuchen, bei der Stichwahl sowohl die Wähler Le Pen wie die Barres zu gewinnen, was ihm nicht in ausreichendem Maße gelang. Hat der Sozialist hingegen nur eine sehr schwache kommunistische Konkurrenz, so kann er — wie es Mitterrand erfolgreich gelungen ist — besonders intensiv um die Wähler der Mitte werben, ohne daß er auf der linken Seite mit nennenswerten Einbußen rechnen muß.

In einer Hinsicht sind RPR und UDF in einer besseren Position als die CDU/CSU: Mit Hilfe der Mehrheitswahl kann die FN aus dem Parlament wie aus vielen Stadt- und Gemeinderäten herausgehalten werden, wenn sich die gemäßigte Rechte einigt und keine Kompromisse mit der FN eingeht¹⁵⁾. Der Verlust von einigen wenigen Sitzen, den diese Stra-

tegie die gemäßigte Rechte kostet, erscheint als das kleinere Übel; denn der Abstieg der FN, der durch ihr Scheitern bei den Parlamentswahlen beschleunigt wird, nutzt den Gaullisten und Liberal-Konservativen à la longue mehr.

Dauerhafter als der Aufstieg der extremen Rechten dürfte der Verlust der gaullistischen Hegemonie im rechten Lager sein¹⁶⁾. Die Entwicklung der letzten 15 Jahre hat deutlich gemacht, daß es sich bei dieser Hegemonie um ein an die charismatische Person General de Gaulles gebundenes, vorübergehendes Phänomen gehandelt hat. Der gesamten Rechten schadet diese Schrumpfung des Gaullismus insofern, als sie sich vor allem im Rückgang des Anteils von Wählern aus dem „einfachen Volk“ äußert, wodurch sie ein ausgesprochen bürgerliches Profil erhält¹⁷⁾. Nichtkommunistische oder nichtsozialistische Wähler aus unteren Sozialschichten weichen nun eher zur Stimmenthaltung oder eben zu einer Stimmabgabe für die FN aus. Auf den Nachteil, der sich aus der Konkurrenzsituation zwischen den bürgerlichen Parteien bei den Präsidentenwahlen ergibt, wurde bereits hingewiesen. Auch die durch die liberale Wende des RPR von 1981 herbeigeführte programmatische Annäherung hat diesen Personenkonflikt bisher nicht entschärfen können. Zumindest aber erleichtert die ideologisch-programmatische Homogenisierung ein ziemlich reibungsloses Zusammengehen bei den Parlamentswahlen.

Die dritte Veränderung ist erst nach der Präsidentenwahl 1988 eingetreten und in ihrem weiteren Verlauf und in ihren Konsequenzen noch nicht zu übersehen: die Bildung einer eigenen Parlamentsfraktion durch das zentristische Element, insbesondere das CDS, innerhalb der UDF. Es ist noch nicht auszumachen, ob damit das Ende dieser fragilen Parteienkonföderation beginnt, ob die Zentristen nur ein klareres eigenes Profil zeigen wollen, aber — trotz gewisser Eigenwilligkeiten — innerhalb des Rechtsblocks verbleiben, oder ob sie damit ein eventuelles Zusammengehen mit den Sozialisten im Sinne der „Öffnung“ vorbereiten. Solange das Mehrheitswahlsystem beibehalten wird, wird das Zentrum wohl innerhalb des Rechtsbündnisses verbleiben müssen und die Öffnung nur in Form einer konstruktiven Opposition gegen eine sozialistische Regierung — d. h. in gelegentlicher Zusammenarbeit, aber ohne Eintritt in die Regierung — praktizieren können. Eine „französische FDP“, wie sie

¹⁵⁾ Bei der Parlamentswahl 1988 traten RPR und UDF schon im ersten Wahlgang als URC mit einem gemeinsamen Kandidaten an, wodurch die Chancen der FN, im zweiten Wahlgang als stärkste Partei der Rechten noch präsent zu sein, erheblich geschmälert wurden.

¹⁶⁾ Betrug der Anteil der gaullistischen Wähler innerhalb des rechten Blocks bis 1973 zwischen 65 Prozent und 79 Prozent, so erreichte er danach nicht mehr 50 Prozent. Vgl. Le Figaro/ Etudes politiques (Anm. 10), S. 16.

¹⁷⁾ Vgl. das Wahlverhalten bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen 1988 in den Tabellen. Der Verlust der gaullistischen Arbeiterwähler, besonders im Industriegebiet Nordfrankreichs, hatte allerdings schon unter Pompidou begonnen.

Tabelle 1: Präsidentenwahl vom 24. April und 8. Mai 1988

	1. Wahlgang	Stichwahl
	(Angaben in Prozent)	
Wahlbeteiligung	81,4	84,1
François Mitterrand (PS)	34,1	54,0
Jacques Chirac (RPR)	19,9	46,0
Raymond Barre (UDF)	16,5	
Jean-Marie Le Pen (FN)	14,4	
André Lajoinie (PCF)	6,8	
Antoine Waechter (Ökologe)	3,8	
Pierre Juquin (PCF-Dissident)	2,1	
Arlette Laguiller (Trotzkistin)	2,0	
Pierre Bousset	0,4	

Quelle: Le Monde, Dossiers et Documents (Anm. 11).

Abkürzungen

CDS	Centre des Démocrates Sociaux	(Zentristen, christdem.)
FN	Front National	(Rechtsextreme)
MRG	Mouvement des Radicaux de Gauche	(Linksliberale)
PCF	Parti Communiste Français	(Kommunisten)
PS	Parti Socialiste	(Sozialisten)
RPR	Rassemblement pour la République	(Neogaullisten)
UDC	Union du Centre	(Parlaments-Fraktion der Zentristen)
UDF	Union pour la Démocratie Française	(Liberal-Konservative)
URC	Union du Rassemblement et du Centre	(Wahlbündnis RPR und UDF bei den Parlamentswahlen im Juni 1988)

Tabelle 2: Wahl zur Nationalversammlung am 5. und 12. Juni 1988

	1. Wahlgang (in Prozent)	Sitzverteilung
Wahlbeteiligung	65,7	
Extreme Linke	0,4	
PCF	11,3	27
PS/MRG	37,5	275
Ökologen	0,4	
RPR	19,2	130
UDF	18,5	90
		UDC 41
Sonstige Rechte	2,9	
FN	9,8	
		Fraktionslose 10

Quelle: Wahlergebnisse nach Le Monde/Dossiers et Documents (Anm. 11); Sitzverteilung nach dem Bulletin der Nationalversammlung vom 29. Juni 1988.

Tabelle 3: Wahlverhalten nach sozialen Gruppen (Angaben in Prozent)

	Präsidentenwahl 8. 5. 1988 (Stichwahl)		Parlamentswahl 5. 6. 1988 (1. Wahlgang)				Gesamt- bevölkerung
	Mitterrand	Chirac	PCF	PS	URC	FN	
Gesamtergebnis	54	46	11	37,5	40,5	10	
Männer	54	46	13	37	38	12	47
Frauen	54	46	9	38	44	7	53
18—24 Jahre	60	40	10	40	32	15	15
25—34 Jahre	63	37	13	45	32	9	21
35—49 Jahre	51	49	11	36	44	8	24
50—64 Jahre	51	49	10	36	43	10	22
über 65 Jahre	47	53	10	32	47	10	18
Beruf des Haushaltsvorstands:							
Landwirt	35	65	2	13	79	5	6
Handwerker, Händler, Unternehmer	37	63	7	28	58	7	7
neue Oberschicht (cadre, prof. intellect. sup.)	36	64	3	34	50	11	9
neue Mittelschicht (prof. interméd., employé)	61	39	12	42	34	10	24
Arbeiter	68	32	16	44	28	11	26
Nicht-Erwerbstätige, Rentner	52	48	11	37	41	10	28
regelmäßig praktizierende Kath.	27	73	2	19	73	5	
gelegentlich praktizierende	44	56	6	29	54	10	
nicht praktizierende	58	42	12	42	34	11	
religionslos	75	25	25	54	11	9	

(Ökologen und extreme Linke wurden nicht übernommen)

Quellen: SOFRES-Nachwahlumfragen vom 19. und 25. Mai und vom 14. und 23. Juni 1988, aus SOFRES (Hrsg.), L'état de l'opinion 1989, Paris 1989, S. 82 f., 86 f.; die Zahlen für die Gesamtbevölkerung aus SOFRES (Hrsg.), L'état de l'opinion. Clés pour 1988, Paris 1988, S. 36.

Barre vorschwebt — die einmal von den Sozialisten, einmal von der Rechten zur Mehrheitsbildung benötigt würde, und die auch zu beiden Koalitionen fähig wäre —, ist mit dem Mehrheitswahlsystem kaum zu vereinbaren.

Eine weitere mögliche Veränderung wird immer wieder diskutiert, doch dürfte sie in absehbarer Zeit ebenfalls nicht eintreten: Dem Zusammenschluß

von UDF und RPR zu einer großen liberal-konservativen Partei stehen zu viele Bedenken und Widerstände entgegen¹⁸⁾.

¹⁸⁾ Der jüngste Verstoß Giscard d'Estaings nach der Europawahl, bei der RPR und UDF mit einer gemeinsamen Liste angetreten waren — die Zentristen aber mit einer eigenen —, wurde von Chirac zurückgewiesen. Vgl. Le Monde vom 23. Juni 1989.

V. Veränderungen im Parteiensystem: das linke Spektrum

Analog zum rechten Spektrum ist auch beim linken die einschneidendste und folgenreichste Veränderung am äußersten Rand eingetreten. Hier handelt es sich freilich nicht um einen Aufstieg, sondern um einen Abstieg, wie er noch vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten worden wäre: den Niedergang der PCF¹⁹⁾. Um das Ausmaß dieses Abstiegs zu ermessen, muß daran erinnert werden, daß die PCF in der IV. Republik konstant etwa ein Viertel der Wähler gewann und damit deutlich stärker war als die Sozialistische Partei (damals: SFIO). Mit Beginn der V. Republik erlebte die PCF zwar bereits einen Einbruch, aber sie konnte sich bei den Parlamentswahlen bis 1978 bei gut 20 Prozent halten und war damit bis 1978 die stärkste Kraft auf der Linken. Bei den Parlamentswahlen 1981 ging sie auf 16,1 Prozent zurück, 1986 gar auf 9,7 Prozent. Die leichte Erholung 1988 auf 11,3 Prozent, die vor allem dem Umstand zu verdanken ist, daß die Partei — unter Bruch ihrer bisherigen Praxis — einige ihrer populären Bürgermeister als Kandidaten aufstellte, bedeutet keine Trendwende. Auch wenn die PCF nicht in die völlige Bedeutungslosigkeit absinken, sondern sich bei etwa zehn Prozent stabilisieren dürfte, kann dieser Niedergang der einst so mächtigen Partei kaum überschätzt werden. Mitterrands kühne Äußerung auf einem Treffen der Sozialistischen Internationale in Wien 1972, es sei sein Ziel, von den fünf Millionen Stimmen der PCF drei Millionen für die Sozialisten zu gewinnen, ist ziemlich genau Wirklichkeit geworden.

Die Gründe für diesen einzigartigen Verfall einer kommunistischen Partei in einer westlichen Demokratie sind vielfältig. Die Entwicklung der französischen Gesellschaft stellt die PCF vor schwierige Probleme, denn die stärkste und solideste Basis des französischen Kommunismus — das klassische Arbeitermilieu (vor allem im Bergbau, der Eisen- und Stahlindustrie, den Werften) — schrumpft, wobei die Schrumpfung durch die Wirtschaftskrise noch beschleunigt wurde. Die neuen, aufsteigenden Gruppen der „neuen Mittelschicht“ erreicht die an ihrer Ideologie, ihrer Rhetorik und ihrem gesamten, sehr altmodisch wirkenden Erscheinungsbild festhaltende Partei nicht. Veränderungen im geistig-kulturellen Klima haben ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt: Im Gefolge der Maikrise 1968 begann eine allmähliche Hinwendung zu einem ausgeprägten individualistischen Wertesystem. Damit einhergehend ist eine Abschwächung der Jakobiner-

kultur, die auf den Staat als den Agenten des Wandels und des Fortschritts setzte, zu konstatieren. Schließlich wurde dieser Trend verstärkt durch eine (wirtschafts-)liberale Wende in der angelsächsischen Welt (Wahlsiege Margaret Thatchers 1979 und Ronald Reagans 1980). Das liberal-individualistische Wertesystem, das in den achtziger Jahren dominierend wurde, läuft der kollektivistischen Ideologie der PCF strikt entgegen.

Eine entscheidende Rolle hat auch das Ende des Sowjetmythos gespielt, der in Frankreich außerordentlich wirksam gewesen war. Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ hat in Frankreich ungleich stärker gewirkt als bei uns und der PCF einen harten Schlag versetzt. Nur eine entschlossene und glaubhafte Distanzierung vom sowjetischen Modell und der sowjetischen Außenpolitik nach dem Beispiel der italienischen Kommunisten hätte die PCF davor bewahren können, von der Diskreditierung, in die das Sowjetregime in den siebziger Jahren geriet, miterfaßt zu werden. Der „Gorbatschow-Effekt“ kommt für die PCF wohl zu spät, um ihr zu nutzen. Außerdem verursacht er in der Partei auch Unsicherheit und Verwirrung, denn — und dies ist ein weiterer wichtiger Grund für den Niedergang — die überalterte und unbewegliche Parteiführung ist nicht in der Lage, sich auf die neuen, für die Partei gewiß schwierigen Gegebenheiten einzustellen.

Für die PCF ist besonders alarmierend, daß die Wählerverluste gerade in den dynamischen Sektoren überdurchschnittlich hoch sind: bei den jungen Wählern (bis 35 Jahre) und den Arbeitern. Da die PCF bei den Arbeitern von der PS klar übertroffen wird, ist ihr Anspruch, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, immer weniger begründet. Die Wählerverluste sind der sichtbarste Ausdruck des Niedergangs des französischen Kommunismus. Als mindestens ebenso gravierend muß der drastische Rückgang seines gesellschaftlichen Einflusses gewertet werden: Von den breiten Sympathien, die die PCF ehemals unter den Intellektuellen genoß, ist nichts geblieben; der erhebliche Mitgliederschwund der PCF-nahen Gewerkschaft CGT hat ihre Machtposition in der Arbeiterschaft noch stärker in Mitleidenschaft gezogen als die Wählerflucht; der Verlust vieler Rathäuser²⁰⁾ hat die Partei einer wichtigen Möglichkeit beraubt, gesellschaftlichen Einfluß auszuüben. Der Rückgang der Mitgliederzahlen und die Motivationsprobleme bei den verbliebenen

¹⁹⁾ Aus der umfangreichen Literatur nur: Jean Ranger, *Le déclin du Parti communiste français*, in: *Revue française de science politique*, 36 (1986), S. 46 ff.; François Platone, in: E. Dupoirier/G. Grunberg (Anm. 4), S. 189 ff.; Erich Schmitz, *Der Niedergang der Kommunistischen Partei Frankreichs*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 28 (1987) 4, S. 403 ff. (mit weiterer Literatur).

²⁰⁾ Bei der Kommunalwahl 1989 verlor die PCF zwei ihrer drei Städte mit über 100 000 Einwohnern und sieben von 53 (1977 hatte sie sogar noch in 72 regiert!) zwischen 30 000 und 100 000 Einwohnern. Die Verluste fallen in den kleineren Gemeinden noch höher aus. Insgesamt wurde die PCF aus einem Viertel der Rathäuser hinausgewählt. Vgl. *Le Monde* vom 27. April 1989.

Mitgliedern vervollständigen das düstere Bild. Ein Wiederaufstieg zu alter Macht und Größe erscheint unter diesen Umständen ausgeschlossen.

Die einschneidende und dauerhafte Schwächung der PCF verlief parallel mit einer ähnlich dramatischen Wiedergeburt der Sozialistischen Partei, die sich am Ende der sechziger Jahre in einem Zustand der Agonie befand. Als Folge dieser doppelten Entwicklung dominiert die PS innerhalb der Linken heute ähnlich deutlich und unangefochten wie die Gaullisten innerhalb der Rechten während der Präsidentschaften de Gaulles und Pompidous. Für die Präsidentenwahlen hat dieses Kräfteverhältnis ebenfalls vergleichbare Auswirkungen, denn der sozialistische Kandidat hat – wie in der ersten Phase der V. Republik der gaullistische – die Gewißheit, der Kandidat der Linken in der Stichwahl zu sein. Er kann also seinen Wahlkampf von vornherein zur Mitte hin orientieren, wo die Wahlen entschieden werden. Die Präsidentenwahlen von 1981 und 1988 haben gezeigt, daß die kommunistischen Wähler eine geradezu vorbildliche „republikanische Disziplin“ üben und für den Sozialisten in der Stichwahl stimmen, auch wenn er – wie Mitterrand 1988 – kaum noch ein sozialistisches Programm vorlegt und wenn die PCF-Führung einen entschiedenen Kurs gegen die PS einschlägt.

So wie der sozialistische Präsidentschaftskandidat die kommunistischen Stimmen benötigt, um gewählt zu werden, so sind die meisten PS-Kandidaten bei den Parlamentswahlen auf die Stimmen der PCF-Wähler im zweiten Wahlgang angewiesen. Solange das System der absoluten Mehrheitswahl beibehalten wird, solange ist die Linksunion als *Wahlbündnis* unentbehrlich. Aber während es von der PS „nur“ zum Sieg benötigt wird, braucht es die PCF zur Sicherung ihrer parlamentarischen Existenz. Dieser Zwang bewirkt ein im Ergebnis sehr zufriedenstellendes Funktionieren der gegenseitigen Wahlabsprachen. Trotz einiger Reibereien haben die Kommunalwahlen vom März 1989 demonstriert, daß das Bündnis auch zustande kommt, wenn die PCF in einer (Teil-)Opposition zur pragmatisch-gemäßigten Politik der sozialistischen Regierung steht. Eine offene Koalition der PS mit Parteien der rechten Mitte bzw. der Rechten erscheint freilich unter den bestehenden institutionellen Zwängen kaum möglich – vorausgesetzt, es gäbe in der PS und bei den bürgerlichen Zentristen überhaupt eine Mehrheit für diese Regierungsformel.

Die starke Schwächung der Wählerbasis der PCF hat für die PS freilich auch einen gravierenden Nachteil: Da sie nicht alle Wähler, die der PCF den Rücken kehren, zu sich herüberziehen kann, wird es für die Linke immer schwieriger, eine Mehrheit bei den Wahlen zu gewinnen. Die Uneinigkeit der Rechten und das Wahlsystem haben dieses Manko

wenigstens insofern ausgeglichen, als sie der PS zur relativen Mehrheit im Parlament und zur strategischen Regierungsposition verholfen haben²¹⁾.

Nachfolgend wird noch kurz die vieldiskutierte Frage einer „Sozialdemokratisierung“ der PS aufgegriffen. Betrachtet man die soziale Heterogenität der Wählerschaft als Merkmal einer modernen sozialdemokratischen Partei (im Unterschied zum stärker ausgeprägten Klassencharakter der sozialistischen Parteien vor 1945), so ist die PS eine sozialdemokratische Partei, denn sie gewinnt Wähler aus allen sozialen Schichten. Ihre Sozialstruktur ähnelt von allen französischen Parteien am stärksten der sozialen Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung²²⁾. Gleichwohl sind noch gewisse Abweichungen feststellbar, die sich aber auch bei anderen sozialdemokratischen Parteien finden: Die PS-Wähler sind überrepräsentiert bei den jüngeren Jahrgängen, den Arbeitern, der unteren neuen Mittelschicht, den Lehrberufen sowie den nicht-praktizierenden Katholiken und den Religionslosen. Sie sind unterrepräsentiert bei älteren Wählern (und besonders Wählerinnen), den Selbständigen, den freien Berufen, der unselbständig beschäftigten neuen Oberschicht und den praktizierenden Katholiken.

Von den skandinavischen und mitteleuropäischen Schwesterparteien unterscheidet sich die PS durch ihre geringe Mitgliederzahl, ihre relativ schwache Organisation und das Fehlen einer mit ihr verbundenen gewerkschaftlichen Organisation. Diese Besonderheiten sind aus der spezifischen Geschichte der französischen Arbeiterbewegung und aus der französischen politischen Kultur zu erklären. Sie bewirken, daß die PS eher die Züge eines „(Präsidenten-) Wahlvereins“ trägt als die einer modernen Massen- und Apparatepartei.

Am spektakulärsten ist ihre ideologische Entwicklung. Zwei Jahre Regierungserfahrung (1981 bis 1983) und die Notwendigkeit, sich den wirtschaftlichen Zwängen der EG zu stellen, haben ausgereicht, aus einer marxistischen eine reformistische Partei zu machen. Der Forderung nach dem „Bruch mit dem Kapitalismus“ ist die Bekehrung zum Markt abrupt gefolgt. Auch ideologisch gehört die PS zur sozialdemokratischen Parteien-Familie, sie steht dabei nicht einmal mehr besonders weit links.

Die Kommunal- und Europawahlen haben der PS klargemacht, daß sie nun auch mit der grünen Herausforderung konfrontiert wird. Dank des Mehrheitswahlsystems ist sie dabei in einer günstigeren

21) Es hätte im Juni 1988 nur sehr geringer Stimmenverschiebungen bedurft, um der PS allein oder aber der Rechtskoalition zur absoluten Mehrheit zu verhelfen. Vgl. Jean-Luc Parodi, in: *Le Figaro/Etudes Politiques, Elections législatives 1988*, S. 52 ff.

22) Vgl. Tabelle 3, sowie für die Entwicklung seit 1978 *Journal des Elections*, (1988) 1, S. 18.

Lage als die SPD, denn den französischen Grünen wird der Einzug ins Parlament sehr viel schwerer fallen. Die PS kann durch eine stärkere Berücksichtigung grüner Themen und mit größerer Aussicht auf Erfolg als die SPD versuchen, die zur Partei der Grünen tendierenden Wähler zu halten bzw. zurückzugewinnen. Durch Absprachen mit der Führung der Grünen, die im übrigen deutlich weiter in

der Mitte oder sogar rechts steht als die der bundesdeutschen Grünen, oder gar durch die Einführung der von den Grünen geforderten Verhältniswahl würde sich hingegen die PS eine Konkurrenz großziehen. So entspricht es durchaus den Interessen der PS, der grünen Partei die kalte Schulter zu zeigen, sich aber verstärkt Umweltfragen zuzuwenden²³⁾.

VI. Konsensuelle Gesellschaft – bipolares Parteiensystem?

Neuere Analysen stellen immer häufiger in Frage, ob mit dem herkömmlichen Rechts-Links-Schema überhaupt noch das französische politische System am Ende der achtziger Jahre adäquat analysiert werden kann. Die gesellschaftliche und kulturell-ideologische Entwicklung in Frankreich in den letzten Jahren werden als Abschwächung, wenn nicht gar als Überwindung der Blockbildung interpretiert²⁴⁾.

Die durch die technologisch-wirtschaftliche Modernisierung bewirkte Schrumpfung des klassischen Arbeitermilieus und der Wandel der Arbeits- und Lebenswelt in großen Teilen der Arbeiterschaft führten zu einer Aufweichung der antagonistischen Klassenstruktur (Proletariat vs. Bourgeoisie). Die neue, in sich differenzierte, unselbständig beschäftigte neue Mittelschicht (cadres supérieurs, professions intermédiaires, employés) – die nicht in das überkommene Klassenkampfschema eingeordnet werden kann – ist zur wichtigsten Gruppierung, zur „groupe central“ (Giscard d'Estaing) beim Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft geworden. Dem gesellschaftlichen Wandel – der zwar nicht als Vereinheitlichung im Sinne einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ übertrieben werden darf, der aber doch tendenziell eine Homogenisierung ist – entspricht eine Annäherung der ideologischen Positionen durch eine stärkere Orientierung an gemäßigt-pragmatischen Einstellungen, wie sie in der Mitte des politischen Spektrums vorherrschen. Auch hier sollte man aus der ideologischen Détente nicht vorschnell einen

umfassenden Konsens machen, aber die „ideologische Bürgerkriegssituation“ scheint doch vorbei zu sein.

Auf der Rechten wie auf der Linken sind die spezifischen Profile, der Gaullismus und der Marxismus – die Veranlassung gaben, von einem französischen Sonderweg innerhalb der westlichen Industriegesellschaften zu sprechen – bis zur Unkenntlichkeit verschwommen. Die „voluntaristischen und konstruktivistischen Visionen des Politischen“²⁵⁾ sind von der großen Mehrheit aufgegeben worden.

Der Neogaullismus des RPR unterscheidet sich vor allem in der Wirtschafts-, aber auch in der Europapolitik kaum noch von der liberal-konservativen UDF. Das die gaullistische Wirtschaftsphilosophie ursprünglich kennzeichnende staatsinterventionistisch-colbertistische, eben entschieden voluntaristische Element²⁶⁾ wie auch der propagierte „dritte Weg“ einer Sozialverfassung zwischen Kapitalismus und Kollektivismus haben sich in einem ziemlich normalen Liberalismus quasi aufgelöst. Andererseits aber hat die Regierung Chirac von 1986 bis 1988 eindeutig aufgezeigt, daß der Sozialstaat nicht abgebaut werden soll. Der französische Wirtschaftsliberalismus wird nicht bis zur letzten Konsequenz, wird nicht bis zum Thatcherismus getrieben. Das Aufkommen der FN wirkt der Tendenz zwar entgegen, aber da sie keine geschlossene ideologische Position vertritt, sollte ihre Bedeutung in dieser Hinsicht nicht zu hoch eingeschätzt werden.

Noch wichtiger als die ideologische Anpassung des Gaullismus ist aber, daß der Marxismus nicht nur in der intellektuellen Szene diskreditiert ist, sondern auch auf der politischen Linken keine bedeutende Position mehr darstellt. Die PCF, die dem Marxismus-Leninismus treu geblieben ist, hat die ideologische Hegemonie verloren. Die PS, deren Parteiprogramm „Projet socialiste“ von 1980 noch einen recht klaren, wenn auch mitunter aufgesetzt wir-

²³⁾ In diesem Sinne sind die jüngsten Beschlüsse der Parteiführung zu verstehen; vgl. *Le Monde* vom 4. Juli 1989. Aus den neueren deutschsprachigen Analysen zur PS sind hervorzuheben: Hans Manfred Bock, *Die stufenweise Auflösung der Linksunion und die Perspektiven der Linksparteien in Frankreich*, in: Lothar Albertin u. a. (Hrsg.), *Frankreich-Jahrbuch 1988*, Opladen 1988, S. 63 ff. und Claus Leggewie, *Die Sozialistische Partei Frankreichs: Sozialdemokratie oder Postsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6–7/87, S. 35 ff.

²⁴⁾ So insbesondere François Furet/Jacques Julliard/Pierre Rosanvallon, *La République du Centre*, Paris 1988. Ferner verschiedene Beiträge in den Publikationen von *Le Figaro/Études Politiques* zu den Präsidenten- und Parlamentswahlen 1988; auch die Aufsätze von Gilbert Ziebur (S. 13 ff.) und Adolf Kimmel (S. 49 ff.) im *Frankreich-Jahrbuch 1988* (Anm. 23) gehen auf diese Frage ein.

²⁵⁾ Pierre Rosanvallon, in: F. Furet u. a. (Anm. 24), S. 138.

²⁶⁾ De Gaulle nannte den Wirtschaftsplan einmal „eine glühende Verpflichtung“.

kenden Marxismus propagierte, hat inzwischen ihr Bad Godesberg hinter sich gebracht. Während Michel Rocard mit seinem wirtschaftspolitischen Realismus und seinen marktwirtschaftlichen Vorstellungen in den siebziger Jahren in der Partei noch deutlich in der Minderheit war, ist heute die Partei „rocardisiert“. Die „Pädagogik ökonomischer Sachzwänge“, der sie sich in der Regierungsverantwortung nicht entziehen konnte, hat erstaunliche Ergebnisse gezeitigt. Die Grundsätze einer bürgerlich-liberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden nicht mehr in Frage gestellt; der Glaube an Markt und Wachstum ist – von der PCF abgesehen – Allgemeingut geworden.

Die Unterschiede, die es zwischen der PS und der gemäßigten Rechten noch immer gibt – z. B. bei der Vermögenssteuer oder der Frage weiterer Privatisierungen –, werden nicht zu einer Wahl der Gesellschaftsform („choix de société“: der Wahlkampfeslogan der PS von 1981) hochgespielt. Es geht nur noch um graduelle Differenzen bei den Reformabsichten – und deren Grenzen! –, bei der Rolle des Staates in der Wirtschaft oder in der Frage der Solidarität mit den sozial Schwachen²⁷⁾. Ein bezeichnendes Indiz für die Einebnung des ideologischen Grabens kann darin gesehen werden, daß den Kategorien „links“ und „rechts“ für die Lösung der wichtigen anstehenden Probleme in der Bevölkerung immer geringere Bedeutung beigemessen wird²⁸⁾.

Da sich der Konsens auch auf die Verfassungsordnung sowie auf die Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt – dagegen nur in geringerem Maße auf gesellschaftspolitische Fragen wie die Ausländerpolitik oder die Schulfrage –, stünde unter Berücksichtigung der Einstellungen zu den politischen Grundfragen einer Koalitionsregierung zwischen Sozialisten und Bürgerlichen nichts mehr im Wege. Meinungsumfragen lassen deutlich erkennen, daß eine sozialistisch-zentralistische oder sogar bis zur Rechten ausgedehnte Regierungsformel von einer starken Minderheit oder sogar von einer Mehrheit gewünscht wird; in jedem Falle wird sie einer rein linken oder einer rein rechten Regierung deutlich vorgezogen²⁹⁾. Es versteht sich von selbst, daß die Zustimmung bei denen, die eine solche Regierung bilden würden – PS und Zentristen –, besonders hoch ist, bei denen, die von ihr ausgeschlossen wären – Gaullisten und Kommunisten – besonders niedrig.

²⁷⁾ Vgl. die Umfrageergebnisse in *Le Figaro/Etudes Politiques* (Anm. 21), S. 42 f.

²⁸⁾ Umfragen in *SOFRES* (Hrsg.), *L'état de l'opinion 1989*, S. 134 f.: Im März 1988 erklären 48 Prozent die Kategorien für überholt, gegenüber 38 Prozent im März 1981.

²⁹⁾ Die verschiedenen Umfragen erbringen zwar voneinander abweichende Zahlen, aber die Tendenz ist eindeutig. Vgl. *Le Monde* vom 28. Oktober 1988; Jérôme Jaffré, *France au centre, victoires socialistes*, in: *Pouvoirs* Nr. 47, Paris 1988, S. 174; *SOFRES* (Anm. 27), S. 119.

Die Fähigkeit Mitterrands, bei der Präsidentenwahl die Position der Mitte wesentlich glaubhafter zu vertreten als der Gaullist Chirac, ist eine der Ursachen für seinen überraschend klaren Erfolg. Da er keineswegs von allen seinen Wählern als *Sozialist* gewählt wurde³⁰⁾, verwundert nicht, daß sich unmittelbar nach seiner Wahl 47 Prozent für eine liberale, aber nur 38 Prozent für eine sozialistische Politik aussprachen³¹⁾.

Die von Mitterrand noch vor der Präsidentenwahl verkündete Absicht, eine eventuelle sozialistische Regierung zur Mitte hin zu öffnen, fand ein überwiegend positives Echo. Die Auflösung der Nationalversammlung, die in der Logik der Institutionen der V. Republik und sicher auch im Interesse Mitterrands und der Sozialisten lag, mußte allerdings den halbherzigen Öffnungsversuch erst einmal beenden, weil das Mehrheitswahlsystem wieder die Blockbildung erzwang. Damit wird das Dilemma deutlich: Die Institutionen der V. Republik mit einem dominierenden Präsidenten und das Mehrheitswahlsystem sind für die Stabilität und Effizienz der Exekutive nötig – aber sie verhindern, daß die gesellschaftlichen und ideologischen, konvergierenden Tendenzen politisch umgesetzt werden. Der Wunsch, von der Mitte aus regiert zu werden, von einer gleichzeitig reformerischen und gemäßigten Koalition, kann nicht realisiert werden. Es entsteht eine Verschiebung zwischen den Anforderungen der Gesellschaft und den Antworten des politischen Systems. Die V. Republik erlaubt keine Regierung von der Mitte aus, sondern nur linke oder rechte Regierungen, die eine gemäßigte Politik der Mitte betreiben können³²⁾. Die Öffnung kann nicht als eine Regierungsformel, und insofern nicht (partei)politisch praktiziert werden, sondern lediglich ideologisch und programmatisch. Diese Form der Öffnung wird von der Regierung Rocard versucht, wobei sie personell wenigstens symbolisiert wird durch die Präsenz einiger Zentristen im Kabinett.

Allerdings stehen nicht nur die Institutionen und das Wahlsystem einer Koalition der (linken und rechten) Mitte entgegen. Die Debatten in der PS lassen keinen Zweifel daran, daß gegen eine Fortführung der Öffnung bis zu einer förmlichen Koalition nach Art der „troisième force“³³⁾ ein starker

³⁰⁾ Im Unterschied zu den Präsidentenwahlen von 1974 und 1981, als für die Wähler Mitterrands sein Programm und seine Parteizugehörigkeit am wichtigsten waren, war 1988 für 54 Prozent seiner Wähler seine Persönlichkeit entscheidend, während sich nur 8 Prozent am Programm und 24 Prozent an der Partei orientierten. Vgl. *Le Figaro/Etudes politiques* (Anm. 10), S. 30; J. Jaffré (Anm. 29), S. 173.

³¹⁾ Vgl. J. Jaffré (Anm. 29), S. 172.

³²⁾ In diesem Sinne Pascal Perrineau, in: *Le Figaro/Etudes politiques* (Anm. 21), S. 47.

³³⁾ Diese Koalition der IV. Republik von 1947 bis 1951 reichte von den Liberal-Konservativen bis zu den Sozialisten, schloß nur die Kommunisten auf der Linken und die Gaullisten (RPF) auf der Rechten, die beide das Regime grundsätzlich ablehnten, aus.

Widerstand besteht und daß die Partei in eine Zerreißprobe geriete. Es wird unterstrichen, daß die politische Reflexion und Aktion auf einer normalen und gesunden Konfrontation zwischen fortschrittlichen und konservativen Kräften beruhen müßten, während eine breite Koalition zwischen den Gemäßigten der beiden Grundströmungen oft nur eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners zustande brächte und zum Immobilismus zu führen drohte³⁴). Außerdem bringe eine derartige Regierung die Gefahr mit sich, daß die Extreme in einer bequemen Opposition gegen eine Politik der Kompromisse erstarken würden.

Nach dem enttäuschenden Ergebnis bei der Europawahl wurde die Kritik aus der Sozialistischen Partei an der als zu pragmatisch empfundenen Politik der Regierung besonders vernehmbar. Pierre Mauroy, der Erste Sekretär, mahnte, die PS müsse eine Partei der Veränderung bleiben; sie dürfe nicht zu einer bloßen demokratischen Partei nach amerikanischem Beispiel „verkommen“³⁵). Vielmehr gelte es, die sozialistische Identität wieder stärker zu betonen. In der Tat kann die Regierung Mitterrand/Rocard mitunter den Eindruck erwecken, die Menschenrechte und die „republikanischen Werte“ seien an die Stelle des sozialistischen Kampfes gegen die gesellschaftlichen Ungleichheiten getreten³⁶).

Die Zentristen sind mit ihrer eigenen Liste mit nur 8,4 Prozent bei der Europawahl deutlich hinter ihren eigenen Erwartungen zurückgeblieben. Sie können sich daher kaum ermuntert fühlen, die Öffnung — die sie wohl grundsätzlich wollen, aber nur sehr reserviert angehen — energischer voranzutreiben.

³⁴) So z. B. Henri Emmanuelli, die „Nummer Zwei“ der PS, nach *Le Monde* vom 2./3. Juli 1989. Ähnlich der RPR-Generalsekretär Alain Juppé (*Le Monde* vom 17. Februar 1989): „Le consensus . . . est castrateur . . . la dialectique est créatrice.“

³⁵) *Le Monde* vom 2./3. Juli 1989.

³⁶) Vgl. Furet und Julliard, in: F. Furet u. a. (Anm. 24), insbes. S. 63 f., 96.

Eine Rückkehr zur alten Bipolarisierung wird es aber schon deshalb nicht geben, weil die Linksunion als *Regierungsbündnis* kaum wiederzubeleben sein wird und sie auch nur unter besonders günstigen Umständen als mehrheitsfähig erscheint. Unter diesen Rahmenbedingungen läuft die Strategie der PS darauf hinaus, allein zumindest so stark zu werden, daß eine absolute Mehrheit der Rechtsparteien möglichst verhindert wird, so daß sie selbst das Gravitationszentrum für die reformerischen Kräfte auch der rechten Mitte werden kann. Dabei muß ihr das schwierige Unterfangen gelingen, für das Wahlbündnis mit der PCF links genug zu sein, sich aber dabei so weit zur Mitte hin zu orientieren, daß sie in der Regierung auch die Unterstützung der Zentristen findet, wenn diese erforderlich ist.

Angesichts der Hindernisse, die die Institutionen der V. Republik einer Koalition der Mitte entgegenstellen, angesichts des Widerstandes, auf die sie in den Parteiapparaten stößt, vor allem angesichts der ungewissen und risikoreichen Perspektiven (Anwachsen der Extreme, Instabilität der Regierung), die mit ihr verbunden sind, erscheint das Alternieren zwischen der Rechten und der Linken in Regierung und Opposition als die funktionale Organisation des politischen Konflikts (zumindest in beiden Lagern die gemäßigten Kräfte dominieren). Der Pendelausschlag dieser „adversary politics“ kann somit in vernünftigen Grenzen gehalten werden, denn es handelt sich — anders als noch 1981 — um einen „weichen Machtwechsel“. Die Effizienz und die Integrationsfähigkeit des Parteiensystems sind mit einer abgeschwächten Bipolarisierung höher einzuschätzen als bei einer Regierung der Parteien der Mitte. Der von manchen Beobachtern³⁷) befürchtete Rückfall in die Instabilität und den Immobilismus der IV. Republik steht nicht bevor.

³⁷) Vor allem Maurice Duverger prangert in zahlreichen Zeitungsartikeln und in neuen Büchern (sein letztes: *La nostalgie de l'impuissance*, Paris 1988) diese Gefahr an.

Kulturpolitik als Modernisierungsstrategie

Der französische Weg

Im Herbst 1989 legt das Land Baden-Württemberg ein umfassendes Kulturkonzept vor. Mit der ihm eigenen Dynamik verkündet und praktiziert Lothar Späth, was auch anderen Orten nicht nur in der Luft liegt: Ohne Kultur kann High-tech nicht tragfähig sein; die High-culture spektakulärer Prestigeprogramme reicht aber nicht aus, um die Herausforderungen des postindustriellen Zeitalters zu bewältigen. Der kulturelle Aufbruch in die Kommunikationsgesellschaft muß breit angelegt sein. Es geht dabei um nichts geringeres als um die Stiftung neuen Sinns und neuer Motivationen gerade auch in den abgelegenen und benachteiligten Winkeln des Landes.

„Kulturpolitik wird in gewisser Weise zum Äquivalent der Technologiepolitik, und dem Aufbau wissenschaftlich-technischer Infrastrukturen müssen adäquate kulturelle Infrastrukturen folgen – wobei es in beiden Fällen nur um das Bereithalten von Angeboten gehen kann, niemals um Determinierungen. Es gibt keinen Anschluß- und Benutzungszwang, weder technologisch noch kulturell. Aber es muß genügend Optionen zur Selbstverwirklichung geben, ob sie nun auf ökonomischem, auf sozialem oder auf kulturellem Gebiet gesucht werden“, so umschreibt Matthias Kleinert das Programm der baden-württembergischen Landesregierung¹⁾.

Hier geht es der Intention nach um mehr als um bloße Serviceleistungen: „Ein solch weitgefächter, integrierender Kulturbegriff ist notwendig unscharf. Indem er Kunst und Technik, Geistes- und Naturwissenschaften, Muße und Arbeit umfaßt, verliert er an definitiver Klarheit, wird ein Stück weit subjektivistisch, ja gerät in die Gefahr der Beliebigkeit. Das ist ein nicht zu unterschätzender Nachteil, gerade im Hinblick auf die Kulturpolitik. Deren Grenzen und Kriterien müssen zwangsläufig verschwommener sein als zu jenen Zeiten, da nur das Gute, Wahre und Schöne als förderungswürdig galt . . . Dieser Kulturbegriff bewahrt aber die Chance, aus den Segmentierungen des modernen Lebens ein Stück Ganzheitlichkeit zurückzugewinnen.“²⁾ Die Kritiker wenden dagegen ein, dies sei eine letztlich doch technokratische Instrumentalisierung von Kultur im Dienste der Wirtschaft und der herrschenden Verhältnisse, ein Mißbrauch also³⁾.

Die neue Kulturwelle – in Frankreich hat sie in beiden Richtungen Tradition. Es lohnt sich deshalb, das französische Beispiel daraufhin zu überprüfen, was dort (unter ganz anderen Bedingungen als in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland) staatliche Kulturpolitik leisten konnte und was nicht. Es kann ermutigen, aber auch nachdenklich stimmen.

I. Kultur als staatliche Repräsentation

Die Festlichkeiten zur Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution boten erneut ein spektakuläres Beispiel. Die Glaspyramide des erweiterten Louvre-Museums, die „Volks“-Oper an der Bastille, der die Perspektive der Champs-Élysées und des Triumphbogens vollendende „Arche de la Défense“ (welcher mit einer Gipfelkonferenz der reichsten Industriestaaten eingeweiht wurde), die Multimediaschauen zum hundertjährigen Bestehen des Eiffelturms, zum Gedenken an die Erklärung

der Menschenrechte und zur Apotheose der Mar-seillaise – unter dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand wie unter seinen Vorgängern vermag es der französische Staat, sich in seiner Hauptstadt Paris in Szene zu setzen. Vergleichbares in nationaler Selbstdarstellung bieten nur die Krönungsriten englischer Könige oder die Amtseinsetzungen amerikanischer Präsidenten.

Anders als die Imponierspektakel faschistischer und kommunistischer Diktaturen versteht sich dieses Schauspiel – wie auch schon die Gedenkfeiern vor hundert Jahren – als republikanisch, als eine der Freiheit verpflichtete Selbstdarstellung des souveränen Volkes in seiner Verpflichtung auf Menschenrechte und Demokratie. Grundmuster dieser Form des hochstilisierten, zugleich die Nation und die Menschheitsideale in Szene setzenden

¹⁾ M. Kleinert, Kultur und Technologie – zur Kulturkonzeption des Landes Baden-Württemberg, in: R. Henn (Hrsg.), Technologie, Wachstum und Beschäftigung. Festschrift für Lothar Späth, Berlin-Heidelberg 1987, S. 62 f.

²⁾ Ebd., S. 64.

³⁾ So beispielsweise H. Hoffmann, Kultur für morgen. Ein Beitrag zur Lösung der Zukunftsprobleme, Frankfurt 1985.

republikanischen Festes war die „Fête de la Convention“ von 1790, bei der König und Bürgertum noch einig den neu errungenen (und höchst prekären) Gleichklang von Einheit, Freiheit und Brüderlichkeit zelebrierten. Hochstilisiert auch die revolutionären Akte als Sprengung der herrschenden Autorität. Noch die Studentenunruhen des Mai 1968 folgten dem durch Literatur und Schule tradierten Ritual: Eine Barrikade auf einer Straße des Quartier Latin erschütterte zwar nicht die Funktionsfähigkeit des modernen Staates, aber seine symbolische Autorität. Nur durch eine publikumswirksame, im Fernsehen übertragene Gegeninszenierung konnte de Gaulle seine Macht wieder stabilisieren.

Nationale Identität als künstlerische Inszenierung hat in Frankreich eine lange Tradition. Ludwig XIV. hatte die Mobilisierung aller kulturellen Ressourcen zur Selbstdarstellung der Monarchie auf die Spitze getrieben. „L'État c'est moi“, das war nicht so sehr der Spruch eines monomanen Tyrannen, sondern die totale Einbringung der eigenen Person als „Sonnenkönig“ in das große hochstilisierte Ballett des Hofes als neue Form der Machtdarstellung und Machtausübung des absolutistischen Staates, der damals modernsten Ausprägung des Nationalstaates in Europa. Macht ist Stil; Stil prägt Macht. Nach diesem Prinzip war Versailles nicht nur der Kern zentralistischer Herrschaftsausübung, sondern auch ein gewaltiges Atelier, wo für Literatur und Musik, für Dekoration, Tanz, Gartenbau und Feuerwerk unter unmittelbarer Anteilnahme des Königs jener besondere Stil der Zentralperspektive, jene Form der Autoritätsausübung und des hierarchischen Denkens entwickelt wurden, die bis heute weiterwirken. Nicht nur die Verwaltungsstrukturen haben, wie Tocqueville gezeigt hat, alle Revolutionen überlebt, sondern auch die prägekräftigsten Symbole. Das Verhältnis zwischen Macht und künstlerischer Qualität – und allen Werten, die diese bedingen – ist dabei durchaus dialektisch. Symbolkräftig kann auf die Dauer nur bleiben, was auch künstlerische Qualität hat. Künstlerische Qualität kann nur haben, was nicht bloß willkürliche Herrschaftsgeste ist. Zwischen Inszenierung und Identität bestehen tiefere Zusammenhänge, die sich totalitärem und technokratischem Zugriff entziehen.

Alle groß angelegten Versuche zur Erneuerung des französischen Staates waren immer auch große Inszenierungen. Napoleon hat es versucht und durchaus stilbildend gewirkt. Die III. Republik wollte mit Eiffelturm und Weltausstellung Paris in Konkurrenz zu London als Zentrum der Modernität etablieren. Nun aber stand kein Monarch oder Kaiser, kein „höchstes Wesen“ revolutionärer Ideologie mehr im Mittelpunkt. Das Volk als Souverän und seine wechselnden, wenig dekorativen Repräsentanten wurden zum Zuschauer und nur noch

vorübergehend und am Rande auch zu Akteuren des selbstinszenierten Spektakels. Die Symbolkraft des bürgerlichen Staates war ebenso gering wie seine Mobilisierungsfähigkeit. Frankreich war müde geworden.

Hiergegen war de Gaulle bereits angetreten, als seine militärische und politische Rolle noch in weiter Ferne lag. Der persönlich anspruchslose und durchaus bescheidene General verstand sich von vorneherein als Repräsentant jener „gewissen Idee von Frankreich“, mit der seine Memorien begannen. In dieser Eigenschaft sprach er von sich selbst in der dritten Person, stilisierte Sprache und Auftreten, um das Vakuum zu füllen, als das er die Selbstabdankung der Nation empfand. Konsequenterweise war der Versuch einer Wiederherstellung staatlicher Autorität und nationaler Größe durch Schaffung der V. Republik – mit ihm als deren ersten Präsidenten – mit einer Intensivierung der Kulturpolitik verbunden. De Gaulle schuf 1958 nicht nur eine neue, inzwischen von allen seinen Widersachern akzeptierte und in mehrfachem Machtwechsel bewährte Verfassung, sondern auch ein eigenes Ministerium für Kultur. Als ersten Minister ernannte er den bekannten Schriftsteller und Kulturanthropologen André Malraux.

Die von Malraux veranlaßte große Wäsche der schwarz gewordenen Pariser Fassaden war nicht nur eine Großtat der Denkmalpflege, sie war ein symbolischer Akt. Alle symbolträchtigen „Stätten der Erinnerung“⁴⁾ erstrahlten nach und nach in neuer Frische: Notre Dame, das Königsschloß Louvre, die Bauten des 18. Jahrhunderts, die Monumente Napoleons I. und schließlich auch der Bürgerprotz aus den Zeiten Napoleons III. und der III. Republik. Geschichte wurde glanzvoll herausgehoben, um de Gaulles Anspruch auf nationale Sendung und Größe den Rahmen zu geben. Im Sinne eines traditionell-repräsentativen Kulturbegriffes – zu dem in Frankreich immer auch das intellektuell-kritische Element gehörte⁵⁾ – förderte Malraux Museen, Oper, Musik und insbesondere das Theater.

Auch de Gaulles Nachfolger Georges Pompidou nutzte gezielt kulturelle Symbole als Sinnbilder seiner Politik und als Projektion für die angestrebte Weiterentwicklung nationaler Identität. Pompidous zentrales Ziel war die industrielle Modernisierung Frankreichs nach amerikanischem Vorbild und damit die vom Futurologen Hermann Kahn für

4) Zum besonderen französischen Kult historischer Gedenkstätten und der sich an sie heftenden, oft ideologisch umstrittenen Legendenbildungen siehe P. Nora (Hrsg.), *Les lieux de la mémoire*. Paris 1984.

5) Als Sartre 1968 wegen unerlaubter politischer Agitation inhaftiert werden sollte, erklärte de Gaulle: „Voltaire verhaftet man nicht.“ Zur Rolle der Intellektuellen siehe J. Altwegg, *Die Republik des Geistes*. Frankreichs Intellektuelle zwischen Revolution und Reaktion. München 1986.

den Beginn der achtziger Jahre vorausgesagte Überraschung des Rivalen Bundesrepublik Deutschland. Pompidou pflegte das eigene Image als Literat und Liebhaber avantgardistischer Kunst — er ließ sogar Räume des ehrwürdigen Elysée-Palastes avantgardistisch ausgestalten.

Das eigentliche Monument des „Pompidolismus“ aber ist das erst nach seinem Tod vollendete „Centre Pompidou“, jener in Umkehrung traditioneller Architekturprinzipien Treppen und grell bemalte Rohrleitungen nach außen kehrende, Technizität provokant darbietende Riesenbau im Viertel der alten Markthallen — Symbol des großen Sprungs nach vorne, den das alte Frankreich vom Agrar- zum Industrieland vollziehen sollte. Einen kulturpolitischen Sprung in ein neues Zeitalter bedeutete das „Centre Pompidou“ auch in anderer Hinsicht: Angelegt wie ein großes Warenhaus mit Bibliothek, Mediathek, Museum für zeitgenössische Kunst und vielfältigen Ausstellungs- und Begegnungsräumen sollte es den modernen Kunstbetrieb nicht mehr nur den Eliten, sondern auch den Massen zugänglich machen. Der überwältigende und seit mehr als einem Jahrzehnt anhaltende Besucher- und Benutzerstrom zeigt, daß es hier tatsächlich gelungen ist, die Schwellenangst breiter Kreise vor den Stätten der Kultur zu überwinden.

In der Nachfolge Pompidous ist nun jeder Präsident bemüht, sich und seinem Konzept von Kultur durch Museen und im Haushalt des Kulturministeriums gesondert ausgewiesene „große Projekte“ ein Denkmal zu setzen. Von Giscard d'Estaing zu François Mitterrand ergibt sich hierbei eine Kontinuität,

die auch durch die zweijährige Periode der „cohabitation“ (1986—1988) zwischen Mitterrand und dem Gaullisten Chirac nicht unterbrochen wurde. Nach und nach umfaßt sie immer mehr Aspekte nationaler Geschichte und Kultur, von der Umwandlung des historischen Orsay-Bahnhofs in ein Museum für die Kunst des 19. Jahrhunderts (das sowohl die einst revolutionäre Kunst der Impressionisten als auch die akademische Repräsentationskunst als gemeinsames Kulturerbe vereint) über das von einer Glaspypamide gekrönte Projekt der Louvre-Erweiterung bis zum in ein Technologie-museum umgewandelten Schlachthof von La Villette.

Gemeinsam ist all diesen Projekten das Bestreben, in spektakulärer Form nationale Tradition und technologische Modernität in Szene zu setzen. Die gerade in der Ära Mitterrand besonders hervorstechend gestalteten Pariser Großbauten — so auch das Institut du Monde Arabe — verkörpern jenen Modernitätsmythos, der „als identitätsstiftendes Projekt sowohl der sozialen Modernisierung wie der nationalen Selbstvergewisserung“⁶⁾ dienen soll. Die Internationalität der beauftragten Architekten mag die französische Zunft verärgern; sie ist jedoch ein zusätzliches Symbol für Selbstbewußtsein und Weltoffenheit, mit denen sich die Grande Nation heute präsentiert. Der Voluntarismus kulturbezogener großer Projekte ist auch heute noch die Form, in der sich der französische Staatsgedanke selbst darstellt. Die Kühnheit der Architektur ist nicht nur ästhetisches Spiel, sondern Projektion von Traditionen in die Zukunft.

II. Die Selbstdarstellung kulturpolitischer Dynamik

Die französischen Sozialisten haben von alters her eine andere kulturelle Tradition als der nationale Voluntarismus der Gaullisten oder der bürgerliche Liberalismus à la Giscard. Seit Victor Hugo und Léon Blum ist sie romantisch-humanistisch, gefühlvoll dem Kleinen zugewandt und universalistisch zugleich. François Mitterrands Selbststilisierung als Wanderer und Homme de Lettres, Selbstpräsentation in Präsidentschaftswahlkampf von 1981 als „ruhige Kraft“, seine Auftritte im Kreise von Intellektuellen und Künstlern beziehen sich symbolisch auf dieses Erbe: Der französische Sozialismus verstand sich schon immer als kulturelles Projekt, das die Traditionen der Aufklärung und den nationalen Universalismus der Französischen Revolution mit Volksbildung und Internationalität zu verbinden

suchte⁷⁾. Entsprechend wurde der Wahlsieg von 1981 als Zeitenwende zelebriert: Der einsame Gang François Mitterrands mit der Rose in der Hand zu den Gräbern des Panthéon in Anwesenheit führender Persönlichkeiten der Sozialistischen Internationale und prominenter Vertreter der Dritten Welt war mehr als nur ein fernsehwirksames Schauspiel. Vor den Augen der Welt sollte er Geschichtsverbundenheit und internationale Solidarität verkörpern — die Kontinuität zu den Revolutionsfeiern von 1989 liegt auf der Hand.

Maßgeblich für die erste wie für die zweite Inszenierung war der Theatermanager und Rechtsprofessor Jack Lang, den Mitterrand alsbald zum Kulturminister ernannte. Er blieb durch alle Regierungsumbildungen bis 1986 in diesem Amt und ist in der 1988 von Michel Rocard gebildeten Regierung

⁶⁾ M. Christadler, Die Technik und das Heilige. Die intellektuelle Szene Frankreichs am Ende der achtziger Jahre, in: L. Albertin u. a. (Hrsg.), Frankreich-Jahrbuch 1988. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur, Opladen 1988, S. 127.

⁷⁾ Zum kulturellen Hintergrund des französischen Sozialismus siehe G. Ziebur, Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik 1872—1934, Berlin 1963.

erneut „Minister für Kultur, Kommunikation, Großbauten und die Zweihundertjahresfeiern“. Jack Lang war als Organisator des internationalen Studententheaterfestivals von Nancy schon in den sechziger Jahren bekannt geworden. Manche Elemente der Kulturrevolution von Mai 1968 waren hier bereits angeklungen. In den siebziger Jahren setzte er seine Karriere am Pariser Théâtre National Populaire fort und wurde bald zu einem der engsten Gefolgsleute Mitterrands in der Sozialistischen Partei. Bei seinen Gegnern gilt Jack Lang als einer der Prototypen jener links-libertinistischen Schickeria bürgerlicher Herkunft, deren Snobismen Pierre Bourdieu in seiner kultursoziologischen Analyse der „feinen Unterschiede“ durchleuchtet⁸⁾.

Jack Lang verstand es, mit rastloser Aktivität und ungezählten spektakulären Auftritten – zu denen auch seine vielbeschriebenen rosa Jackets und sonstigen Outfits gehören – staatliche Kulturpolitik als permanentes Fest der Kreativität zu inszenieren. Die Öffentlichkeit wurde dabei, soweit möglich, in das Schauspiel einbezogen. So beim Fest der Musik am Abend des 21. Juni 1982, als in ganz Frankreich jedermann aufgefordert war, sich geräuschvoll zu manifestieren. Diese Auftritte fanden auch auf internationaler Bühne statt, so beispielsweise – mit weltweitem Aufsehen – Langs Angriff gegen die Dominanz der amerikanischen Film- und Fernsehindustrie auf der UNESCO-Konferenz in Mexiko im Juli 1982. Lang zelebrierte aktivistische Kulturpolitik als ständiges Happening. Jedenfalls war er Anfang 1986 allen Meinungsumfragen zufolge der bei weitem beliebteste Minister der bald abgewählten Regierung Fabius. Er hatte es verstanden, zumindest dem Anschein nach kulturelle Dynamik unters Volk zu bringen. Auch sein ähnlich telegener liberaler Nachfolger François Léotard konnte und wollte sich den Erwartungen dieses Stils und seiner Dynamik nicht entziehen.

1. Kultur als Haushaltspriorität

Auch die größten Selbstdarstellungskünste hätten es indessen nicht vermocht, eine derartige Dynamik zu schaffen, ohne den erklärten Willen François Mitterrands, 1981 Kultur und 1988 Bildung zum Aushängeschild und zu einer der Prioritäten seiner Präsidentschaft zu machen. Wie im Wahlkampf versprochen, wurde das Budget des Kulturministeriums verdoppelt und erreichte 1983 fast ein Prozent des gesamten Staatshaushalts. Dieser Zuwachs wurde auch durch die im Jahre 1983 beginnende Sparpolitik nicht unterbrochen. Nach einem Rückgang in den Jahren 1987 und 1988 (der Regierungszeit Chiracs) erreicht es 1989 ein Gesamtvolumen

von 9 959 Mrd. Francs, allerdings nur noch 0,86 Prozent des Staatshaushalts. Es weist mit einer Steigerung von 12,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr neben Bildung und Forschung eine der stärksten Zuwachsraten auf⁹⁾. Die Priorität für Kultur besteht in Mitterrands zweiter Amtszeit fort.

Der Budgetanteil des Kulturministeriums im Staatshaushalt macht aber keineswegs die gesamten französischen Kulturausgaben aus. Maßnahmen der Kulturförderung finden sich auch in anderen Haushalten, insbesondere beim Erziehungsministerium. Hinzu kommen die erheblichen Kulturausgaben von Gemeinden, vor allem der großen Städte und Gebietskörperschaften (Regionen und Departements), deren Gesamtvolumen ständig zugenommen hat und schwer zu schätzen ist. Diese betragen bereits 1984 54 Prozent der gesamten öffentlichen Kulturhaushalte¹⁰⁾. Heute werden vermutlich mehr als zwei Drittel der Kulturausgaben nicht mehr unmittelbar von Pariser Ministerien getätigt. Das französische System vielfacher Mischfinanzierungen und Subventionen ist jedoch alles andere als transparent.

Zur stärkeren Finanzierung der Kultur dient schließlich die 1985 geschaffene – für Frankreich neue – steuerliche Begünstigung der Stiftungen und des Mäzenatentums. Das Sponsorenwesen nimmt rasch zu, allerdings besteht wie auch in anderen Ländern die Gefahr, daß auf diesem Wege nur gefördert wird, was ohnehin erfolgreich ist, und daß die oft illusorische Aussicht auf Finanzierung durch die Wirtschaft als Alibi für die Zurücknahme staatlicher Verantwortung dient.

2. Dezentralisierung und Aktivierung

In einem administrativ und geistig von jahrhundertaltem Zentralismus geprägten Land wie Frankreich war das Postulat der Dezentralisierung nicht erst vom Mitterrandschen Sozialismus erhoben und auch in praxi versucht worden¹¹⁾. „Paris und die französische Wüste“, so lautete bereits Anfang der siebziger Jahre der alarmierende Titel einer Bestandsaufnahme zur Raumordnung Frankreichs¹²⁾. Gerade im kulturellen Bereich war die Paris-Orientierung besonders ausgeprägt, „nach Paris aufzusteigen“, das war der Traum jedes Künstlers und Wissenschaftlers. Nur in einigen starken Provinzstädten wie Bordeaux, Lille, Lyon, Straßburg und Toulouse konnte sich ein eigenstän-

⁹⁾ Zur Haushaltsstruktur siehe Ministère de la Culture, Lettre d'information n° 259 vom 10. April 1989.

¹⁰⁾ Vgl. Ministère de la Culture, Développement culturel, N. 67, 1985, S. 3.

¹¹⁾ Vgl. P. Grémion, Ansätze politischer und administrativer Dezentralisierung in der V. Republik, in: R. Lasserre/W. Neumann/R. Picht (Hrsg.), Deutschland/Frankreich. Bausteine zum Systemvergleich, Bd. I, Gerlingen 1980, S. 99–165.

¹²⁾ J.-F. Gravier, Paris et le désert français, Paris 1972².

⁸⁾ P. Bourdieu, La distinction, Paris 1979. Ein allerdings bössartig unsachliches Portrait Langs bietet das Pamphlet von P. de Plunkett, La culture en veston rose, Paris 1982.

diger, allerdings meist recht konventioneller Kulturbetrieb halten.

Auf seine Weise versuchte bereits André Malraux, kulturelle Initiative in die Provinz zu tragen. Er errichtete insgesamt zwanzig jener als „Kathedralen des XX. Jahrhunderts“ bezeichneten, architektonisch meist modernistischen „Kulturhäuser“ (heute sind noch zwölf in Betrieb), in denen auch fern von Paris traditionelle und moderne Kulturproduktionen gezeigt werden sollten. Nach dem Muster des stark von Brechtschem Einfluß geprägten Pariser Théâtre National Populaire der fünfziger und frühen sechziger Jahre waren viele ihrer Leiter bestrebt, das Theater zur Volksaufklärung und Agitation zu benutzen — mit dem Effekt, daß das Publikum der Kulturhäuser letztendlich doch wieder vor allem jenes gebildete Bürgertum war, das sich an Paris und an traditionelleren kulturellen Werten orientierte.

Gelungenes Musterbeispiel jener Allianz zwischen gaullistischer Kulturpolitik und sozialistisch geprägter Modernität war die Entwicklung der Stadt Grenoble zu einem Zentrum für Forschung (insbesondere im Nuklearbereich) und Kultur. Hierdurch wurde Grenoble zum Anziehungspunkt für jene wissenschaftliche und technische Intelligenz (der auch der damalige sozialistische Bürgermeister Dubedout entstammte), in deren Umkreis das Malrauxsche Konzept der Kulturhäuser gedeihen konnte. Auch das symbolträchtige Théâtre National Populaire war aus Paris in die dynamische Region Rhône-Alpes nach Villeurbanne bei Lyon verlegt worden, wo es unter seinem Regisseur Roger Planchon erhebliche überregionale Ausstrahlung entfaltete.

Dezentralisierungsversuche waren also nichts Neues; sie waren vor allem dort erfolgreich, wo sie auf lokaler Tradition und wissenschaftlich-technischer Innovation aufbauen konnten. Trotz aller programmatischer Bekundungen folgte die Kultur einer vom alten Zentralismus erst zögernd sich lösenden wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.

Dies sollte nun anders werden. 1983 wurde das große Gesetzgebungsprogramm verabschiedet, das Gemeinden und Gebietskörperschaften mehr Autonomie und auch mehr Verfügung über eigene Haushaltsmittel gewährte. Die 22 Regionen erhielten direkt gewählte Parlamente, eigene Mittel und Zuständigkeiten gerade auf den Gebieten Bildung und Kultur¹³). Wiederum sind es die starken Regionen, Departements und Gemeinden, die diese neuen Möglichkeiten voll zu nutzen verstehen. Auf den Wegen der Mischfinanzierung entstehen jetzt nicht mehr einseitige Kooperationsbeziehungen

¹³) Vgl. L. Albertin, Frankreichs Regionalisierung — Abschied vom Zentralismus?, in: ders. (Anm. 6), S. 135 ff.

zwischen Paris und der Provinz; lokale Initiativen wie beispielsweise die Errichtung eines Museums für zeitgenössische Kunst in Saint-Etienne können erhebliche Mittel des zentralen Staatshaushaltes mobilisieren. Zur regionalen Kunstförderung wurden die paritätisch von Staat und Region finanzierten Fonds Régionaux d'Art Contemporain (FRAC) gebildet.

Die Verlagerung von Entscheidungs- und Finanzierungs Kompetenzen auf eine Vielfalt unterer Ebenen muß noch keineswegs jene Dynamisierung der Kulturpolitik bewirken, die Mitterrand und Lang mit solchem Elan verkündeten. Im Gegenteil, je näher die Gestaltung kultureller Vorgänge den gesellschaftlichen Legitimationszwängen lokaler Politiker in der Provinz rückt, desto größer ist die Gefahr, das nur geschehen kann, was vor Ort gefällt oder opportun erscheint. Hinzu kommen die Risiken politischer Polarisierung zwischen rechts und links, für die sich kulturpolitische Fragen in besonderem Maße eignen. Wenn sich einmal ein globaler kulturpolitischer Gegensatz zwischen „konservativer“ und „fortschrittlicher“ Kulturauffassung hergestellt hat, ist es um die Kultur selbst schlecht bestellt. In der Tat entwickelten sich zwischen 1983 und 1986 in einem Klima zunehmender parteipolitischer Konfrontation insbesondere dort Spannungen, wo die damalige bürgerliche Opposition die Mehrheit in bisher linken Gemeinden, Departements und Regionalräten errang. An einigen Orten führte dies sogar zur Schließung von Kulturhäusern (so in Brest, Nantes, Saint-Etienne, Châlons-sur-Saône, Poissy¹⁴).

Insgesamt aber hatte sich trotz rhetorischer Auseinandersetzungen im Spannungsfeld zwischen Bewahrung und Erneuerung ein weitgehender kulturpolitischer Konsens entwickelt, der eine erhebliche und für die Usancen französischer Politik erstaunliche Kontinuität der Kulturpolitik seit 1981 (Jack Lang 1981–1986; François Léotard 1986–1988; Jack Lang ab 1988) ermöglichte. Paris hat jedoch trotz aller administrativen Dezentralisierungsmaßnahmen nicht alle Instrumente einer voluntaristischen Kulturpolitik aus der Hand gegeben. Die projektbezogenen „Conventions de développement culturel“ (mehrjährige kulturelle Entwicklungspläne, die zwischen Kulturministerium und Gebietskörperschaften vereinbart und gemeinsam finanziert werden) erweisen sich als wirksames Mittel kultureller Modernisierungsstrategien.

Wirklich greifen können diese aber erst, wenn sich Kulturpolitik auch in der Provinz nicht auf das Restaurieren des Alten und das Vorführen bewährter Produktionen beschränkt, sondern die örtlichen Kreativitätsreserven zu mobilisieren versteht, die

¹⁴) Vgl. J. Renard (Anm. 10), S. 177.

Bevölkerung also wenigstens teilweise vom Publikum zum Akteur wird.

Die von lokalen Instanzen und Paris gemeinsam verfolgten Projekte stützen sich auf die Initiativen von Vereinigungen (associations) aller Art, die im Gefolge des Mai 1968 in den siebziger und frühen achtziger Jahren in großer Zahl entstanden – und sich oft bald wieder auflösten. Dieses häufig der Sozialistischen Partei nahestehende „Mouvement associatif“, das mit dem traditionsreichen, aber behäbigen deutschen Vereinswesen nur teilweise zu vergleichen ist, bildet gegenüber der „Kultur von oben“ einen Nährboden gesellschaftlicher Animation und Innovation.

Zugleich wurde das Feld förderungswürdiger Kulturaktivitäten erheblich erweitert: Die finanzielle Unterstützung von Filmtheatern gehört nun ebenso dazu wie die Errichtung eines Comic-Museums in Angoulême, der weite Bereich der Industrie- und Arbeiterkultur, Chanson und Rock. Durch spektakuläre Auftritte bekundet Lang seine Verbundenheit mit Jugend- und Minoritätenkulturen. Die kulturellen Manifestationen der in Frankreich zahlrei-

chen, insbesondere maghrebischen und afrikanischen „Ausländer“ werden gezielt gefördert. Auch hier zeigen sich die Querverbindungen zwischen Kulturpolitik und der gegen die Fremdenfeindlichkeit gerichteten Bewegung „SOS-Racisme“.

Insgesamt bedeutet dieses Konzept kultureller Demokratisierung nicht nur die Öffnung des Zugangs zu traditioneller Kultur für breitere Bevölkerungskreise, sondern auch die Aufnahme bisher marginaler Initiativen und deren spezifischer Kulturformen in den Bereich förderungswürdiger Projekte. Eine in vieler Hinsicht multikulturelle Gesellschaft braucht eine multidimensionale Kulturförderung.

Entsprechend werden bevorzugt Starthilfen für die Schaffung neuer Theatergruppen und für Schulungsprogramme aller Art gegeben, die geeignet scheinen, Kreativität und Professionalität zu heben. Die in Frankreich lange wenig entwickelte musikalische und künstlerische Schulung breiter Bevölkerungskreise soll im Bildungswesen, in Institutionen der Fortbildung und des Freizeitbereichs ausgebaut werden. Kulturelle Mobilisierung als nationale Aufgabe, so lautet zumindest die Parole.

III. Allgemeinbildung für die Kommunikationsgesellschaft

Wie dringlich diese Mobilisierung nicht nur in Frankreich ist, zeigen übereinstimmend alle Expertenaussagen zu den Anforderungen, die sich aufgrund der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung an die Qualifikation für den Arbeitsmarkt, aber auch an die Herausbildung gesellschaftlicher Identität und an die Eigenständigkeit des Individuums stellen. Die Informatikspezialisten Lussato und Messadié warnen dringlich vor der drohenden „Dekulturierung des Westens“ und fordern die Aufwertung ästhetischer Erziehung als Ergänzung zur technologischen Schulung¹⁵).

In einem Gutachten für das französische Erziehungsministerium weist der Soziologe Jacques Lesourne auf die zunehmende Abkoppelung zwischen Erstausbildung und späterer, ständigen Veränderungen unterworfenen Berufstätigkeit hin und zieht daraus die gleiche Konsequenz wie die deutschen Arbeitsmarktspezialisten: Aufwertung der Allgemeinbildung, Stärkung der Persönlichkeit, umfassende Entwicklung der intellektuellen, technischen und künstlerischen Fähigkeiten statt einengender spezialistischer Schulung¹⁶).

¹⁵ Vgl. B. Lussato/G. Messadié, Boullion de culture, Paris 1986.

¹⁶ J. Lesourne, Education & Société. Les défis de l'an 2 000, Paris 1988. Entsprechend aus deutscher Sicht M. Brater, Allgemeinbildung und berufliche Qualifikation, in: S. Müller-Rolli (Hrsg.), Das Bildungswesen der Zukunft, Stuttgart 1987, S. 119–137.

In einem von François Mitterrand erbetenen, unter der Leitung des Bildungssoziologen Pierre Bourdieu erstellten Gutachten des angesehenen Collège de France zum Bildungswesen der Zukunft aus dem Jahre 1985 heißt es: „Bei aller Bedeutung von Theorie, die richtig verstanden weder Formalismus noch Verbalismus bedeutet, . . . muß das Bildungswesen in allen Bereichen versuchen, auch Produkte erstellen zu lassen und den Lernenden Gelegenheit zu geben, selber Entdeckungen zu machen . . . In diesem Geist kommt auch den künstlerischen Fächern ein hervorragender Platz zu, und zwar im Sinne einer vertieften praktischen Beschäftigung mit einem Kunstgebiet (etwa Musik, Malerei, Film), das frei gewählt (anstatt wie heute indirekt vorgeschrieben) ist. Hier wie auf allen anderen Gebieten müßte das bloße Reden dem praktischen Tun (ein Instrument spielen, gar Komponieren, Zeichnen oder Malen, praktische Umweltgestaltung usw.) untergeordnet werden. Enthierarchisierung würde hier bedeuten, daß insbesondere auf den unteren Schulstufen neben der Kunst im engeren Sinne gleichberechtigt die für den Alltag höchst nützlichen kunstgewerblichen Gebiete wie graphische, Buch- oder Reklamegestaltung, industrielles Design, Tonfilm-, Video- oder Fernsehproduktion oder Photographie Unterrichtsgegenstände sind.“¹⁷)

¹⁷ Collège de France, Vorschläge für das Bildungswesen der Zukunft, in: S. Müller-Rolli (Anm. 16), S. 260f.

Wer das bisher fast ausschließlich lernorientierte französische Schulwesen kennt, weiß, daß dies geradezu revolutionäre Vorschläge sind. Wie schwer sie umzusetzen, welche Hindernisse zu überwinden sind, bis das erklärte Ziel aller französischen Erziehungsminister seit 1984 erreicht ist, im Sinne höherer Allgemeinbildung 80 Prozent der Schüler eines Jahrgangs bis zum Baccalauréat zu führen (das dann allerdings stark differen-

ziert sein soll und nicht mit allgemeiner Hochschulreife nach dem Muster des deutschen Abiturs zu verwechseln ist)¹⁸⁾, zeigen die immer wieder steckenbleibenden Ansätze zu tieferegreifenden Bildungsreformen. Die Reformresistenz, um nicht zu sagen die Trägheit des Bildungswesens gegenüber den Anforderungen der Modernität ist ein Problem, das nicht nur Frankreich zu schaffen macht.

IV. Kultur als Wirtschaftsfaktor

„Die Champagne-Ardenne wird sich ihre Zukunft durch Kultur schaffen“, erklärte der Sozialexperte Bernard Stasi, als er die Präsidentschaft dieser Region übernahm¹⁹⁾. Hinter einem solchen vielerorts vertretenem Konzept steht nicht nur die auch in Frankreich gültige Spekulation, daß erfolgreiche Festspiele und attraktive Museen wirtschaftlich insgesamt mehr einbringen können als die in sie investierten öffentlichen Subventionen.

In Frankreich ist man sich der Tatsache bewußt, daß kulturelle Produktionen aller Art einen nennenswerten Wirtschaftsfaktor darstellen. Dies gilt für ganze Branchen wie Film- und Fernsehproduktionen, für Mode, Kochkunst, Tourismus und Parfümerie, aber auch für Design und attraktives Image, die ganzen Industriezweigen Absatz- und Exportchancen erschließen können. Die Langsche Kulturpolitik schafft deshalb in enger Zusammenarbeit mit einzelnen Regionen für all diese Bereiche neue Ausbildungs- und Entwicklungszentren, Akademien und Preise.

Da kulturell geprägte Luxusgüter einen erheblichen Anteil der französischen Exporte ausmachen und Exportförderung eines der Hauptanliegen aller französischen Regierungen sein muß, ist die auswärtige Kulturpolitik in erheblichem Ausmaß der Imagepflege gewidmet. Das Bild Frankreichs als Industrienation und modernistische Kreativitätsschmiede muß gegenüber dem weitverbreiteten Stereotyp der liebenswert altmodischen „vieille France“ vielfach noch durchgesetzt werden. Französische Kulturinstitute in der ganzen Welt sind bestrebt, Frankreichs wissenschaftlich-technologische Leistungen als kulturelle Leistungen zu präsentieren, die enge Verbindung zwischen künstlerischer und wirtschaftlicher Modernität zu dokumentieren: Die in den Generalkonsulaten gezeigten Multimediashows zur Zweihundertjahrfeier der

Französischen Revolution waren ein sprechendes Beispiel dieser Art von Imagepflege.

Das entscheidende Feld für die Verflechtung von Wirtschaft und Kultur ist die sich rasch entwickelnde Welt der alten und neuen Medien, in Frankreich PAF (paysage audiovisuel français) genannt. Hier geht es nicht nur um die Verteidigung der traditionsreichen, aber in ihrem Bestand bedrohten französischen Filmindustrie — die Langschen Kampagnen gegen die Überfremdung der europäischen Kultur durch amerikanische und japanische Filmproduktionen sind auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Der Ausbau der Kommunikationsgesellschaft stellt vielmehr — von der Verkabelung über den in Frankreich mit gewaltigen öffentlichen Investitionen erfolgreich durchgesetzten Minitel-service, der Vielfalt lokaler Radiostationen, den Zeitschriftenmarkt bis zu der entsprechend raschen Zunahme von Gestaltungsaufgaben aller Art — ein Wirtschaftspotential dar, das nicht mehr nur im Rahmen des nationalen Marktes, sondern europäischer und weltweiter Verflechtung zu sehen ist. Um sich hier rechtzeitig und angemessen placieren zu können, müssen Kapital und Kooperationsbeziehungen in einem Ausmaß mobilisiert werden, das über die bisherigen Größenordnungen nationaler Medienpolitik und nationaler Produktionsmöglichkeiten weit hinausgeht.

Die sozialistischen Regierungen wie auch die Regierung Chirac betrieben deshalb auf persönliche Initiative François Mitterrands die Aufhebung des traditionellen Staatsmonopols für Telekommunikation, die Privatisierung von Rundfunk und Fernsehanstalten und die Mobilisierung französischen und europäischen Kapitals für den Medienmarkt. Betrachtet man aber die Programmwirklichkeit des französischen und europäischen Fernsehalltags, bleibt das Ergebnis weit hinter den proklamierten Zielen zurück. Privatwirtschaftlicher Wettbewerb bedeutet zunächst jedenfalls offenbar vor allem Banalisierung und Standardisierung. Es ist offen, inwieweit sich die geplanten, bisher nur in Ansätzen bestehenden nationalen, deutsch-französischen und europäischen Kulturkanäle auch tatsächlich durchsetzen können. Besteht doch die Gefahr, daß sie als

¹⁸⁾ Zusammenfassend zum neuesten 1989 von Erziehungsminister Lionel Jospin eingebrachten Reformprojekt siehe B. Girod de l'Ain, Le projet de loi sur l'éducation, in: Le Monde vom 29. Juni 1989, S. 17, und vom 30. Juni 1989, S. 2.

¹⁹⁾ Zitiert in: J. Renard (Anm. 10), S. 181.

öffentlich finanzierte Kulturreservate nur als Alibi für eine noch weitergehende Kommerzialisierung des Massenfernsehens dienen können.

Klaus Wenger, einer der besten Kenner der Materie, beurteilt die Entwicklung deshalb auch skeptisch: „Die französische Medienlandschaft hat seit 1984 eine geradezu revolutionäre Umwälzung der rechtlichen Voraussetzungen, der ökonomischen und institutionellen Strukturen erlebt — radikaler, tiefgreifender und rascher als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern. Diese strukturelle Umgestaltung hat dem audiovisuellen Sektor zusätzlich finanzielle Quellen in Milliardenhöhe erschlossen. Die im Vergleich zur Bundesrepublik weitaus engere Kapitalverflechtung mit anderen Wirtschaftssektoren bedeutet eine dauerhafte und solide Finanzgrundlage und läßt eine zunehmend nach wirt-

schaftspolitischen Gesichtspunkten gesteuerte Unternehmens- und Programmpolitik — auch der Anstalten des Service public — erwarten. Das wirtschaftspolitische Ziel ist damit weitgehend erreicht, das kulturpolitische liegt noch in weiter Ferne. Die erhoffte Ausweitung des nationalen und europäischen Produktionspotentials und gar eine Vitalisierung der kreativen Ressourcen lassen auf sich warten. Gewiß, international operierenden Medienunternehmen wurden neue Marktchancen eröffnet, die damit angestrebte Stärkung der kulturellen Identität und Ausdruckskraft Frankreichs wie Europas aber liegt — noch — im ungewissen. Erst wenn die medienpolitischen Rauchschwaden verzogen sind, wird sich zeigen, ob im Medienlabor Frankreich eine für die kulturelle Vielfalt Europas explosive oder kreative Mixtur angerührt wurde.“²⁰⁾

V. „Der Zeit Zeit lassen“

So lautet die Maxime, mit der die neue Regierung Rocard 1988 angetreten ist, um „anders zu regieren“²¹⁾. In der Tat zeigt die Entwicklung in der Medien- und Bildungspolitik ebenso wie in vielen Bereichen der Industriepolitik²²⁾ die Problematik der Ungleichzeitigkeit zwischen den raschen, oft durch Politik voluntaristisch beschleunigten Veränderungen durch neue Technologien, internationale Verflechtung, wirtschaftliche Konkurrenz und neu geschaffene Strukturen einerseits und der tatsächlichen Innovationsfähigkeit und -bereitschaft der Gesellschaft und ihrer Institutionen andererseits.

Hieraus entstehen Disparitäten und Spannungen, die auf die Dauer den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Erfolg der seit Anfang der sechziger Jahre mit großer Konsequenz betriebenen französischen Modernisierungspolitik gefährden müssen. Diese ist zur Erhaltung und Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit Frankreichs in Europa und auf den internationalen Märkten unerlässlich; zugleich muß aber darauf geachtet werden, daß die unausweichlichen Veränderungen der internationalen, europäischen und innerfranzösischen Landschaft auch gesellschaftlich nachvollzogen werden können. Dies gilt um so mehr, als moderne Technologien und modernes Management gerade dadurch gekennzeichnet sind, daß sie sich eben

nicht mehr in industriellen Großstrukturen beherrschen lassen, sondern auf die Eigeninitiative von einzelnen und Kleingruppen angewiesen sind. Motivierung, Qualifizierung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts müssen deshalb zentrale Anliegen französischer Politik für die neunziger Jahre werden.

Es ist deshalb konsequent, daß sich die nun Präsident Mitterrand und die Regierung Rocard (stärker, als dies in der Aufbruchsstimmung des Jahres 1981 der Fall war) den Alltagsproblemen — so beispielsweise den Wohnverhältnissen und der Lebensqualität in den rasch wachsenden Vor- und Satellitenstädten — zuwenden. Nach dem politischen Voluntarismus der großen Projekte und kühnen technokratischen Planungen steht heute die „société civile“, die reale Gesellschaft auf der Tagesordnung. Modernisierung heißt hier nicht unbedingt die weitere Beschleunigung des von oben dekretierten Innovationstempos, sondern die Schaffung und Einübung von Konsultations- und Partizipationsformen aller Art.

Außerdem ist das auch in Frankreich rasch wachsende Umweltbewußtsein nur ein Symptom dafür, daß nach einer lange anhaltenden modernistischen Aufbruchseuphorie die „Schwierigkeiten mit der Moderne“²³⁾ bewußt werden.

Die Antwort auf diese Schwierigkeiten kann aber nicht Abwendung von der Moderne bedeuten, sondern die geistige Durchleuchtung und konkrete Ge-

²⁰⁾ K. Wenger, Neue Medien — neue Programme? Eine erste Bestandsaufnahme der französischen Medienpolitik seit 1982, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Frankreich-Jahrbuch 1989. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur, Opladen 1989 (im Erscheinen).

²¹⁾ Siehe dazu beispielsweise das Rundschreiben Michel Rocard an alle Mitglieder der neuen Regierung, in: Le Monde vom 27. Mai 1988, S. 8.

²²⁾ Vgl. W. Neumann/H. Uterwedde, Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich, Opladen 1986.

²³⁾ C. Leggewie, Schwierigkeiten mit der Moderne — aus französischer und deutscher Sicht, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Über die Freundschaft hinaus . . . Deutsch-französische Beziehungen ohne Illusionen, Stuttgart 1988, S. 150—174.

staltung einer Fülle neuartiger Herausforderungen. Dies ist eine im wahren Sinne des Wortes kulturelle Aufgabe.

Nach dem expansiven Aktionismus der letzten Jahrzehnte, der viele neue Strukturen und Möglichkeiten geschaffen hat, müßte nun auf allen Ebenen eine Phase intensiven Gestaltens folgen. Wie weit dies gelingen kann, läßt sich von Politik und Verwaltung nur über die Schaffung besserer

Rahmenbedingungen beeinflussen. Die geforderte Kreativität muß aus der Gesellschaft selbst erwachsen. Das Bewußtsein hierfür ist geweckt – nun hängt es von den einzelnen Künstlern, Architekten, Lehrern, Wissenschaftlern, Technikern, Administratoren und politischen Instanzen aller Ebenen ab, ob Neugestaltung in einem mehr als nur spektakulären Sinne gelingt, ob aus Kulturpolitik eine für die Zukunft tragfähige Kultur erwachsen kann.

VI. Vergleichende Schlußbemerkung

Die Herausforderungen des technologischen und wirtschaftlichen Wandels stellen sich in allen hochentwickelten Industrieländern in ähnlicher Weise dar; sie bedingen entsprechend höhere Anforderungen an Qualifikation, Lernfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Individuen und an den Zusammenhalt und die Reaktions- und Innovationsfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen – von Betrieb und Gemeinde bis zu ganzen Regionen und Nationen im internationalen Wettbewerb. Die kulturpolitische Diskussion und auch die konkreten technologie-, bildungs- und medienpolitischen Maßnahmen sowie Formen und Inhalte der Kunstförderung und der Versuche zu ästhetischer Aktivierung breiter Bevölkerungskreise stimmen deshalb in weiten Bereichen überein.

In Europa stoßen die Herausforderungen der Modernität auf jahrhundertalte staatliche und gesellschaftliche Strukturen und Traditionen, die national und teilweise auch regional höchst unterschiedlich sind. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bestehenden tiefgehenden historischen Unterschiede gerade im kulturpolitischen Bereich besonders zum Ausdruck kommen.

Der deutsche Föderalismus und die alten Traditionen kultureller Eigeninitiative in Gemeinden und Vereinigungen aller Art vom Gesangsverein bis zur Volkshochschule bilden sicherlich einen Dezentralisierungsvorsprung – aber auch ein Element der Unbeweglichkeit, sobald es um überregionale oder gar europäische und internationale Zusammenarbeit geht (wie die ständigen Schwierigkeiten zeigen, europäische Bildungs-, Medien- oder Kulturpolitik mit der Kulturhoheit der Länder in Einklang zu bringen). Hier hat es Frankreich leichter, internationale Strategien zu verfolgen, die dem neuen Stellenwert kulturpolitischer Fragen angemessen sind.

Eingespielter Föderalismus und der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik Deutschland (der aber

gerade in den innovativen und besonders kulturabhängigen Kommunikationsbranchen keineswegs gesichert ist) führen allzuoft zu selbstzufriedener Behäbigkeit, die sich – so intensiv sich auch einzelne Bundesländer wie Baden-Württemberg, Berlin oder Nordrhein-Westfalen darum bemühen – nur schwer aufrütteln läßt. Allzu leicht bleiben kulturelle Initiativen in regionaler Repräsentation stecken.

Am eklatantesten ist der Unterschied in dem für die Bewußtseinslage einer Nation wichtigen Bereich identitätsbildender staatlicher Selbstdarstellung. Nach den Verirrungen des Wilhelminismus, den Entsetzlichkeiten des Nationalsozialismus und der tiefen Verunsicherung durch Teilung und die Ungeklärtheiten der deutschen Frage hat es das „schwierige Vaterland“ hier besonders schwer. Da Identitätsfindung und ihre Darstellung nie nur politisch, sondern immer auch kulturell sein müssen, ist die Frage, ob es eine Kultur der Bundesrepublik Deutschland geben kann und wie sich diese darzustellen versteht, von einer Bedeutung, die weit über die gängigen Debatten zum Geschichtsmuseum oder zur Gestaltung der Vierzigjahrfeiern hinausgeht. Geistig und ästhetisch ist es die alte Frage „Was ist des Deutschen Vaterland?“. Eine Nation, die sich aufgrund ihrer Geschichte überhaupt nur als Kulturnation verstehen kann, ist hier besonders gefordert.

Es ist deshalb bedenkenswert, wie sich die seit de Gaulle mit großer Intensität und Kontinuität betriebene Konsolidierung und Mobilisierung des französischen Staats- und Kulturverständnisses unter François Mitterrand bevorzugt auf die universalen Werte der Französischen Revolution und auf europäische Gemeinsamkeiten beruft, die vor allem kultureller Art sind. Es mag wohl sein, daß auch die Lösung der deutschen Identitätsprobleme nur in einer kulturellen Besinnung auf Europa zu finden ist.

Französische Außenpolitik im Spannungsfeld von Mondialismus und Europäischer Integration

Die jüngste Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten am 18. Mai 1989 hat sich im Zeichen einer symbolträchtigen zeremoniellen Innovation vollzogen. Der Empfangssaal im Elysée-Palast war erstmals mit dem Duo von Trikolore und Europa-Flagge geschmückt, und nicht zufällig beherrschten inhaltlich zwei große Themenkomplexe die von François Mitterrand in dieser Konferenz präsentierten Visionen zur Außenpolitik Frankreichs: der Aufbau Europas und der Rang Frankreichs in der internationalen Machthierarchie. Drei Jahre zuvor hatte François Mitterrand in seinen „Betrachtungen zur Außenpolitik Frankreichs“¹⁾ ähnlich duale Gedanken zur Orientierung französischer Außenpolitik vorgelegt. Auch hier standen nationale Unabhängigkeit und europäische Mission Frankreichs im Zentrum der Reflexion.

Die Frage nach der Kompatibilität beider Ziele im Rahmen der französischen Außenpolitik liegt auf der Hand. Dies um so mehr als Frankreich sich heute als führende Macht definiert im Streben nach raschen Fortschritten der europäischen Integration hin zur politischen Union. Wie aber ist das Drängen nach beschleunigter Vollendung des europäischen Binnenmarktes, nach Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (die, so die Pläne der Delors-Kommission, in naher Zukunft zur Errichtung einer Europäischen Zentralbank führen soll), vereinbar mit den Idealen nationaler Unabhängigkeit, wie sie die Gedankenwelt des französischen Präsidenten prägen? Nach den bekannten Kalkulationen, die der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, vor dem Europa-Parlament dargelegt hat, müßten sich im Verlauf der nächsten zehn Jahre

80 Prozent der wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungskompetenzen der Nationalstaaten auf Gemeinschaftsebene verlagern.

Die Ambivalenz französischer Außenpolitik ist nicht nur ein semantisches Problem. Nationale Superfestivals wie die jüngsten Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der französischen Revolution geben zu denken und regen zu Fragen an — nicht nur nach dem Entwicklungsstand einer europäisch-politischen Kultur. Wie umfassend ist eigentlich das Europa-Engagement Frankreichs? Wie tiefgreifend ist der Wandel, den heute Frankreich als „Motor der Integration“ trägt? Die folgenden Ausführungen sind ein Versuch, Antwort auf diese Fragen zu finden (Fragen, die gewiß mit ähnlicher Dringlichkeit auch an die Bundesrepublik zu richten wären). Zwei Untersuchungsebenen bieten sich an: Die eine bezieht sich auf das aktuelle Feld der Europa-Politik Frankreichs. Welche Interessen tragen dieses prononcierte Europa-Engagement, und welche Reichweite ist diesem zuzuschreiben? Die andere Untersuchungsebene richtet sich auf das Kontrast-spektrum der klassischen Bastionen nationaler Unabhängigkeit und der mondialen Mission Frankreichs: die Sicherheitspolitik und das Engagement in der Dritten Welt. Es geht um das Aufzeigen von Veränderungstendenzen, die als das Resultat eines wachsenden Europa-Engagements — will es glaubhaft sein — zwangsläufig auch hier zu Buche schlagen müßten. Die abschließenden auswertenden Überlegungen knüpfen an die aktuelle Debatte um die Harmonisierung von nationalen und europäischen Interessen Frankreichs an.

I. Europäische Dimensionen der französischen Außenpolitik

Das Verhältnis zwischen nationaler und mondialer sowie europäischer Mission Frankreichs hat im Laufe der Entfaltung der Außenpolitik der V. Republik unterschiedliche Akzente gewonnen. Für de Gaulle hatte die nationale und mondiale Komponente eindeutig Vorrang vor der europäischen.

Europäische Kooperation war aus seiner Perspektive eine fundamentale und notwendige Rahmenbedingung französischer Außenpolitik; aber die Einfügung Frankreichs in ein supranationales Arrangement war für ihn wirklichkeitsfremd und inakzeptabel. „Gibt es denn ein Frankreich, ein Deutschland, ein Italien, ein Holland, ein Belgien, ein Luxemburg, das bereit wäre, in einer bedeutsamen nationalen oder internationalen Frage etwas zu akzeptieren, was ihm schon deswegen schlecht erschiene, weil es ihm von anderen befohlen wurde?“ fragte

¹⁾ F. Mitterrand, *Réflexions sur la politique extérieure de la France*, Paris 1986, S. 7—135. In der Einleitung heißt es auf S. 7: „La politique extérieure de la France s'ordonne autour de quelques idées simples: l'indépendance nationale, l'équilibre des blocs militaires dans le monde, la construction de l'Europe . . .“

de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 15. Mai 1962²⁾, um seine Präferenz für den von der Fouchet-Kommission vorgelegten Plan für ein kooperatives Europa der Staaten zu begründen. Und drei Jahre später geißelte er mit noch heftigeren Worten das „wirklichkeitsfremde Projekt“, Europa unter das Regiment eines „technokratische(n) vaterlandslose(n) und niemand verantwortlichen Areopag“ zu stellen³⁾.

1. Entwicklungen nach de Gaulle

Pompidou und Giscard d'Estaing haben als Präsidenten die negativen Akzente der gaullistischen Europa-Politik nicht wiederholt. Beide haben der Entwicklung der EG wichtige neue Impulse verliehen. Pompidou hatte in Den Haag (1969) den Weg für den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft freigegeben und das (rasch gescheiterte) Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion initiiert; Giscard d'Estaing konzipierte mit Helmut Schmidt das Europäische Währungssystem. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß beide Präsidenten einem pragmatischen kooperativen Europa den Vorzug gaben und letztlich supranationale europäische Experimente, die den unabhängigen nationalen Handlungsspielraum französischer Außenpolitik gravierend hätten einschränken können, ablehnten. Projektionen über Frankreichs Stellung in der internationalen Machthierarchie waren ihnen ebenso geläufig wie Bekenntnisse zur europäischen Solidarität. Eine Ambivalenz der Rhetorik, die übrigens F. Mitterrand unbefangen von seinen Vorgängern übernommen hat, wie seine Erklärung über Frankreichs internationale Spitzenstellung andeutet; sie greift in manchen Passagen fast wörtlich auf zehn Jahre zuvor von Giscard d'Estaing verwendete Formulierungen zurück, allerdings bereichert um de Gaulles berühmte Kategorie des „Ranges“: „Frankreich muß seinen Platz in der Welt behaupten. Es nimmt unter den Nationen der Welt einen hohen Rang ein. Es ist heute und war immer eines der vier oder fünf ersten Länder weltweit, was wirtschaftliche Entwicklung . . . angeht. Es steht sicher an vierter Stelle, was seine Exportfähigkeit angeht. Es ist die dritte Militärmacht . . .“⁴⁾

Unter den großen, in der Europa-Politik engagierten Franzosen hat nur Jean Monnet der Europa-

Mission Frankreichs eindeutig Vorrang verliehen und dem Kurs der Integration in die „Vereinigten Staaten von Europa“ — zumindest in seinem frühen Denken — klare Priorität zugeschrieben⁵⁾. Bekanntlich hat de Gaulle Jean Monnet als „großen Amerikaner“ deklassiert; auf Initiative Präsident Mitterrands aber ist Jean Monnets Asche im November 1988 in das Panthéon in Paris überführt worden, und das Jahr 1988 — in dem Jean Monnet 100 Jahre alt geworden wäre — wurde zum „Europäischen Jahr Jean Monnets“ erklärt. Damit stellt sich die Frage, inwieweit die gegenwärtige Wiederentdeckung des Vaters des Schumanplans und der Supranationalität als mehr als ein lediglich symbolischer Akt zu bewerten ist. Hat unter der Präsidentschaft François Mitterrands die französische Europa-Politik qualitativ neue Akzente gewonnen?

Beobachter der französischen Außenpolitik der achtziger Jahre zeigen sich zumeist geneigt, die Europa-Politik Frankreichs unter Mitterrand vornehmlich unter dem Vorzeichen der Kontinuität gegenüber der prägenden Tradition der Vorgänger zu betrachten; Mitterrand wird zwar ein pragmatisches Interesse an europäischen Reformen (z. B. im Bereich von Sozial-, Regional-, Agrar-, Technologie- und Forschungspolitik) zugeschrieben, aber kein Interesse an grundlegenden Veränderungen des Systems der Gemeinschaft⁶⁾. Doch wo wäre, dieser Perspektive folgend, der jüngste französische Einsatz für den Europäischen Binnenmarkt anzusiedeln?

Bekanntlich hat sich die Reformpolitik, die die Sozialisten aus ihrer Oppositionszeit in die Regierungsverantwortung zu transferieren suchten, bescheidener ausgenommen als mancher erwartet hatte. Von der Sicherheitspolitik bis hin zur Entwicklungspolitik hat sich im außenpolitischen Bereich sehr rasch ein starkes Element der Kontinuität durchgesetzt; innenpolitisch haben hingegen die unverminderten Strukturschwächen der französischen Wirtschaft und ein dramatisch wachsendes Handelsbilanzdefizit den linkskeynesianischen Reformansätzen der Sozialisten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mitterrands Einschwenken auf den konservativ-liberalen wirtschaftspolitischen Kurs der europäischen Nachbarländer vollzog sich im Schatten dieser Erfahrung.

der Welt geworden und für unsere Sicherheit allein verantwortlich. Unsere Energiepolitik garantiert uns Unabhängigkeit und die Sicherstellung unserer Energieversorgung. Im Westen wie im Osten wird Frankreich als eine unabhängige und verantwortungsbewußte Macht anerkannt. Aufgrund unserer Festigkeit, aber auch unserer Fähigkeit zum Dialog, haben wir entscheidend dazu beigetragen, den Frieden aufrechtzuerhalten.“ (zitiert nach A. Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik — 1944 bis heute, München 1989, S. 318).

²⁾ Ch. de Gaulle, *Memoiren der Hoffnung*. Die Wiedergeburt 1958–62, München 1971, S. 442.

³⁾ Pressekonferenz vom 9. September 1965, abgedruckt in: Europa-Archiv, 20 (1965), S. 490.

⁴⁾ F. Mitterrand, Pressekonferenz vom 18. Mai 1989, abgedruckt in: Presse- und Informationsamt der Französischen Botschaft, *Frankreich-Info* vom 7. Juni 1989, S. 6. Zur Übernahme des Begriffs „Rang“ vgl. das Kapitel „Der Rang“ in: Ch. de Gaulle, *Memoiren*. Das Heil (1944–1946), Düsseldorf 1961, S. 338 ff. Siehe auch die entsprechenden Ausführungen von G. d'Estaing in einer Pressekonferenz 1979: „Frankreich hat sich in der Welt Gehör und Respekt verschafft. Wir sind mittlerweile zur drittstärksten Militärmacht

⁵⁾ Vgl. J. Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, München 1978.

⁶⁾ Vgl. A. Grosser (Anm. 4); W. Woyke, *Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand*, Opladen 1981.

Die dritte Abwertung des Franc seit Regierungsübernahme der Sozialisten (1981) im Verbund des Europäischen Währungssystems im März 1983 markierte die endgültige Wende der Reformexperimente sozialistischer Konjunkturpolitik und ihre Anpassung an den restriktiven Austeritätskurs der Nachbarländer. Eine Wende, die jedoch nicht ohne Konsequenzen für das europapolitische Engagement Mitterrands bleiben konnte und somit nicht ohne weiteres in die Kontinuitätsthese zur französischen Außenpolitik einzufügen ist.

2. Die Wiederbelebung des Europa-Gedankens in den achtziger Jahren

Sowohl in seinen „Betrachtungen“ über die französische Außenpolitik von 1986 als auch im Rahmen der jüngsten Pressekonferenz vom 18. Mai 1989 hat es François Mitterrand nicht versäumt, den bedeutenden Anteil seiner Administration an der Wiederbelebung der von Agrarüberschüssen, Haushaltsquerelen, Währungs- und Erweiterungsturbulenzen krisenhaft gezeichneten EG hervorzuheben. Und in der Tat, die entscheidenden Initiativen zur Reform der Europäischen Gemeinschaft in den Jahren 1984/85, die schließlich in der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) und dem Binnenmarkt-Projekt der Kommission Substanz gewannen, waren mit getragen von starken französischen Bemühungen unter der Doppelregie von Jacques Delors und François Mitterrand.

Mitterrand, der sich 1984, dem Jahr der Europawahl, auf dem Tiefstand seiner Popularität in Frankreich befand, hat auf dem Gipfel von Fontainebleau im Juni 1984 entscheidende Initiativen zur Weiterentwicklung der EG ergriffen. Die wichtigen Anstöße zur Lösung der Beitragsquerelen mit Großbritannien, der Agrarmisere und der Probleme der Süderweiterung kamen damals von französischer Seite. Und ein Jahr später, auf dem Mailänder Gipfeltreffen, war wiederum Frankreich entscheidend beteiligt am Drängen auf Einsetzung einer Regierungskonferenz zur Änderung der Römischen Verträge — eine Initiative, die schließlich über das Luxemburger Gipfeltreffen (Dezember 1985) in die Reformen der Einheitlichen Europäischen Akte führte: Frankreichs wichtiger Beitrag zur Wiederbelebung (Relance) der EG in den achtziger Jahren ist unbestreitbar ⁷⁾.

Die französischen Interessen, die diese Erneuerung der achtziger Jahre getragen haben, sind vielschichtig. Sie beruhen nicht nur auf einem innen- und

wirtschaftspolitischen Kalkül: Werben um die politische Mitte Frankreichs, Verbesserung des angeschlagenen präsidialen Profils, Modernisierung der Wirtschaft über das Projekt Binnenmarkt. Wer die Ergebnisse der vom Commissariat Général du Plan in Auftrag gegebenen Studie über „eine Europa-Strategie Frankreichs in den 80er Jahren“⁸⁾ überfliegt, stößt neben der Betonung der ökonomischen und sozialen, technologischen und monetären Herausforderungen (deren Bewältigung mit Hilfe neuer europäischer Initiativen für Frankreich als zwingend gesehen werden) insbesondere auf die Sorge vor den „deutschen Ungewißheiten“ (incertitudes allemandes), die den europäischen Reformwillen auf französischer Seite beflügelt haben: „deutsche Ungewißheiten“ im Hinblick auf die drohende Gefahr des „Abdriftens“ der Bundesrepublik aus der Europäischen Gemeinschaft aufgrund wachsender neutralistischer und pazifistischer Tendenzen oder gar als Ergebnis einer Verlagerung ökonomischer Interessen auf die weltweite Ebene⁹⁾. Nicht zufällig hat Frankreich seine Bemühungen um die Aktivierung der sicherheitspolitischen Kooperation mit der Bundesregierung auf der Basis des Elysée-Vertrages von 1963 parallel zur Renaissance des Europa-Gedankens verstärkt. Die Bildung des deutsch-französischen Sicherheitsrates von 1983 ist ein zentraler institutioneller Ausgangspunkt in diesem Versuch.

Alles deutet darauf hin, daß Frankreich — anders als beispielsweise Großbritannien, das seine Interessen am Europäischen Binnenmarkt-Projekt immer aus der Perspektive eines international erweiterten Deregulierungsprogramms definierte¹⁰⁾ — das Reformpaket von Einheitlicher Europäischer Akte und Binnenmarkt im Sinne langfristiger integrationspolitischer Kalkulationen forciert hat; das Bemühen um eine Verknüpfung von Markt- und Politikintegration ist fundamental eingeschrieben in die Delors-Strategie zur Vollendung des Binnenmarktes ebenso wie das Bemühen um den Stufenplan zur Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wiederentdeckung von Jean Monnet¹¹⁾ im heutigen Frankreich ist somit mehr als ein zufälliger symbolischer Akt. Monnets funktionaler Integrationsansatz hat nicht nur den Schumanplan und die von der Messina-Konferenz (1955) und vom

⁸⁾ Secrétariat d'Etat auprès du Premier Ministre/Commissariat Général du Plan, Quelle stratégie Européenne pour la France dans les années 80? Rapport du groupe de travail sur l'Europe, April 1983.

⁹⁾ Vgl. ebd., S. 25.

¹⁰⁾ Vgl. M. Kreile, Politische Dimensionen des europäischen Binnenmarktes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24—25/89, S. 25 ff.; A. Volle, Der Wandel Großbritanniens vom zögernden Außenseiter zum widerspenstigen Partner in der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 3/89, S. 30—43.

¹¹⁾ Vgl. das Vorwort Jacques Delors zur Biographie Jean Monnets von P. Fontaine, Jean Monnet, l'Inspireur, Paris 1988.

⁷⁾ Vgl. Mitterrands eigene Einschätzung seiner europapolitischen Initiativen, in: F. Mitterrand (Anm. 1), S. 75 ff.; zum Luxemburger Reformpaket vgl. R. Hrbek/T. Läufer, Das Luxemburger Reformpaket: Eine neue Etappe im Integrationsprozeß, in: Europa-Archiv, 41 (1986) 6.

Spaak-Ausschuß ausgehende Wiederbelebung in Richtung auf die Römischen Verträge inspiriert. Auch die EG-Renaissance der achtziger Jahre ist vom Geist Jean Monnets entscheidend geprägt.

Über Sinnhaftigkeit und Erfolgchancen der nochmaligen Auflage der technokratisch-ökonomistischen Monnet-Strategie im Rahmen der Neubelebung der heutigen EG wird noch zu diskutieren sein (siehe unten, Abschnitt IV); Monnet selbst hat gegen Ende seines Lebens Zweifel an der ökonomistischen Ausrichtung seiner funktionalen Strategie geäußert: „Wenn ich noch einmal anfangen könnte,

würde ich bei der Kultur beginnen.“¹²⁾ Frankreich hat jedoch auf der Basis des Binnenmarktprojektes ein europäisches Engagement akzeptiert, das nicht ohne gravierende Rückwirkungen auf etablierte gaullistische Positionen nationaler Unabhängigkeit und mondialer Mission Frankreichs zu vertreten ist, wenn es seriös sein soll. Insbesondere die Sicherheitspolitik als Bastion nationaler und globaler Projektionen Frankreichs müßte von diesem Wandel in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie bietet sich als privilegiertes Medium der Kontrolle an, wenn es darum geht, die Reichweite des gegenwärtigen Europa-Engagements Frankreichs zu beurteilen.

II. Der französische Sicherheitskomplex

François Mitterrand hat die Verbindung zwischen europäischer Solidarität und französischer Sicherheitspolitik im Rahmen seiner jüngsten Pressekonferenz (18. Mai 1989) deutlich hervorgehoben, indem er zwischen einem europäischen Sofortprogramm in Einzelbereichen – Wirtschafts- und Währungsunion, soziales und kulturelles Europa, Umwelt, Europa der Bürger – und dem darauf aufbauenden Weg zu „neuen politischen Realitäten“ differenzierte, ein Weg, der „Konsequenzen – davon kann man natürlicherweise ausgehen – einer gemeinsamen Verteidigung“¹³⁾ notwendig impliziert. Gefragt, ob Frankreich nicht einen Beitrag zur Abrüstung leisten könne (z. B. durch Verzicht auf umstrittene Rüstungsprogramme wie die Atomversuche im Pazifik, Hades-Flugkörper, Neutronenbombe und schließlich die neue Generation strategischer U-Boote), verweist Mitterrand auf die prinzipiell autonome Abschreckungsstrategie Frankreichs¹⁴⁾, für deren Glaubwürdigkeit diese Programme unverzichtbar seien.

In den „Betrachtungen über die Außenpolitik Frankreichs“ steht das Bekenntnis zur Einheit Europas ähnlich unvermittelt neben beschwörenden Worten zur nationalen Unabhängigkeit. Die französischen Streitkräfte werden als „drittstärkste Militärmacht der Welt“ gefeiert, die in ihrer Rolle als Garant der nationalen Unabhängigkeit Frankreich die Möglichkeiten verschaffen müssen, „jederzeit und an jedem Ort des Planeten vorgegebene Ziele zu erreichen“¹⁵⁾. „Mein Land ist unabhängig. Seine Abschreckungsstreitmacht untersteht ausschließlich dem Befehl des Präsidenten der Republik“, erklärte Mitterrand im September 1983 vor der

Vollversammlung der Vereinten Nationen¹⁶⁾. Mit fast denselben Worten hatte er wenige Monate zuvor das Prinzip der nationalen Unabhängigkeit – „principe essentiel de notre souveraineté“ – vor dem Bundestag verteidigt, einem Gremium, das er im selben Atemzug auf neue europäische Initiativen einzustimmen suchte¹⁷⁾. Im sicherheitspolitischen Bereich hat der französische Präsident den Gaullismus unter Verweis auf das ererbte *fait accompli* der Atomstreitmacht (*Force de frappe*) offensichtlich unbefangen übernommen. Europäische Solidaritätsbekenntnisse, insbesondere im Bereich der Verteidigung, lassen sich aber mit dieser bislang unwiderrufenen Grundposition nicht glaubhaft vereinbaren.

Dennoch, auch die französische Sicherheitspolitik ist in den achtziger Jahren in Bewegung geraten und hat die europäische – und deutsche – Ebene nicht völlig übergangen. Doch wie tiefgreifend ist diese Metamorphose verlaufen?

Technologischer und geostrategischer Wandel ebenso wie ökonomische Zwänge haben schon in den siebziger Jahren dazu beigetragen, die drei Kernbereiche der gaullistischen Nuklearstrategie – Beschränkung der Verteidigung auf das unberührbare Sanktuarium des nationalen Territoriums, Abschreckung ohne Fixierung auf einen spezifischen Gegner (d. h. Rundumverteidigung nach dem Konzept von Ailleret), Eingrenzung der Verteidigungsoptionen auf die massive Vergeltung – aufzuweichen. Das Ideal der nationalen Unberührbarkeit und Handlungsfreiheit, das die *Force de frappe* verkörpern und sichern sollte, wurde von der wachsenden Einsicht in die Grenzen französischer Zweitschlagskapazität (trotz Ausbaus der nu-

¹²⁾ „Si c'était à refaire, je commencerais par la culture“, zitiert nach A. Minc, *La Grande Illusion*, Paris 1989, S. 214.

¹³⁾ Vgl. Frankreich-Info (Anm. 4), S. 18.

¹⁴⁾ Vgl. ebd., S. 25.

¹⁵⁾ F. Mitterrand (Anm. 1), S. 27.

¹⁶⁾ Ebd., S. 222.

¹⁷⁾ Vgl. ebd., S. 195.

klaren strategischen Arsenalen) zunehmend in Frage gestellt¹⁸⁾.

Bereits unter Giscard d'Estaing erweiterte sich der Operationshorizont der französischen Streitkräfte auf Zonen von „vitalem Interesse“, ohne daß allerdings damit bindende Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik akzeptiert wurden. Die Einführung taktischer Nuklearwaffen schuf, dem Vorbild der amerikanischen Strategie folgend, neue flexible Reformen und Optionen der Verteidigung und Vorwarnung. Schließlich konnte man auch nicht umhin, eine Feindbildfixierung nach Osten einzuleiten. Der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968 hatte den hierfür notwendigen Anlaß geliefert.

Am Ende dieser Entwicklung steht nicht nur eine erweiterte und auch kostspieligere Palette strategischer und „prästrategischer“, d. h. taktischer Atomwaffen unter französischer Kontrolle, sondern auch die jetzt auch von den Sozialisten geteilte Einsicht, daß ohne massive amerikanische Nukleargarantie für Europa und ohne ein konventionell abgesichertes deutsches Vorfeld die Force de frappe als Mini-Abschreckungsmacht keine Glaubwürdigkeit erlangen kann. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis, die zusätzlich durch die wachsenden ökonomischen Kosten der nuklearen Modernisierungs- und Diversifizierungsprogramme gefördert wurde, hat Frankreich unter Mitterrand den ambivalenten Weg in eine atlantisch-europäische Orientierung der Sicherheitspolitik eingeschlagen – ein Weg, der aber die Grundprinzipien der autonomen Abschreckungsstrategie und den globalen Anspruch französischer Sicherheitspolitik bislang nicht in Frage gestellt hat. Die Kernelemente der sicherheitspolitischen Programmatik sind unter Mitterrand: Rückendeckung für die amerikanische Nachrüstung in Westeuropa, symbolische kleine Schritte zur bilateralen Kooperation auf konventioneller Ebene mit der Bundesrepublik – deutsch-französischer Sicherheitsrat, gemeinsame Brigade, schnelle Eingreiftruppe (FAR), gemeinsame Manöver etc. –, Ablehnung einer dritten Null-Lösung im Bereich nuklearer Gefechtsfeldwaffen und die Weigerung, die eigenen atomaren Systeme in mögliche Abrüstungsvereinbarungen einzubringen. Damit ist Frankreich in erster Linie auf die Konservierung des Status quo in Europa orientiert, der amerikanischen nukleare Schutzschirm wird offensichtlich höher eingeschätzt als die eigene Feuerkraft¹⁹⁾.

¹⁸⁾ Vgl. L. Ruehl, *La politique militaire de la V. République*. Paris 1976.

„Wir leben zur Stunde von Jalta. Diese Realität diktiert uns die Hierarchie unserer Pflichten und unserer Interessen“²⁰⁾, schreibt François Mitterrand 1986 im Schatten von Perestroika. Jalta, das ist das System der antagonistischen Supermächte, die sich Europa aufgeteilt haben, ohne Frankreich darüber zu befragen – eine Welt, die aber zugleich die ideale Konstellation bietet, in der sich ein auf die Symbolik der Force de frappe gestütztes Frankreich eine Nische der nationalen Unabhängigkeit und der Mondialität erhalten kann.

Politik der Kooperation gestaltet sich aus dieser Perspektive in erster Linie strukturkonservativ; einerseits bestimmt vom Primat der Einbindung der Bundesrepublik, deren Abschirmung gegen neutralistische und pazifistische Tendenzen im Kontext des atlantischen Bündnisses; andererseits getragen vom Primat des Nationalen gegenüber dem europäischen Handlungsrahmen. Daß der lang etablierte nukleare Sicherheitskonsens Frankreichs heute angesichts der Schwierigkeit, veraltete Bedrohungsvisionen glaubhaft zu vermitteln, und dank wachsender ökonomischer Lasten an Kohäsion eingebüßt hat, soll hier nicht ignoriert werden. Grundsätzlich aber hat sich – vor allem auf der Regierungsebene – der tiefverwurzelte „Maginot-Komplex“²¹⁾, aus dem die Force de frappe hervorgegangen ist, nicht aufgelöst. Der Dualismus von nationaler Unabhängigkeit und europäischer Solidarität im sicherheitspolitischen Denken Mitterrands reflektiert das spannungsreiche Verhältnis historischer Erfahrung (von Waterloo bis zur Maginot-Linie) und struktureller Zwänge der Gegenwart – ein Spannungsverhältnis, das bislang nur symbolisch durch ein Bekenntnis zur europäischen Solidarität auflösbar erscheint.

Nationale Unabhängigkeit und mondiale Mission Frankreichs haben in der Force de frappe ihre stärkste Instrumentalität und Symbolik gefunden. Aber nicht nur der sicherheitspolitische Bereich französischer Außenpolitik bleibt vom Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip nationaler Unabhängigkeit und wachsenden europäischen Solidaritätsansprüchen gezeichnet. Frankreichs Sonderbeziehungen zur Dritten Welt bieten eine weitere wichtige Plattform dieser Ambivalenz.

¹⁹⁾ Vgl. M. Kreile, *Frankreichs Sicherheitspolitik unter Mitterrand*, in: *Außenpolitik*, 35 (1984) 1; J. Schild, *Zwischen Nuklearnationalismus und französisch-deutschem Sonderbündnis. Aussichten nach dem Regierungswechsel in Paris*, in: *Blätter für Internationale Politik*, 10 (1989).

²⁰⁾ F. Mitterrand (Anm. 1), S. 12.

²¹⁾ Vgl. A. Mine (Anm. 12), S. 55–76.

III. Frankreichs Mission in der Dritten Welt

Wer von der Dritten Welt im französischen Kontext spricht, muß zunächst differenzieren: zwischen globalen Ansprüchen, afrikanischer Realität und schließlich direkten territorialen Herrschaftsansprüchen, die Frankreich noch heute gegenüber seinen überseeischen Départements und Territorien erhebt, den Départements und Territoires d'Outre-Mer (DOM-TOM). Auf der deklaratorischen Ebene vertritt Frankreich traditionell universale Ambitionen mit der Tendenz, weltweit als Anwalt aller Unterdrückten zu fungieren.

Auf der realen politischen und ökonomischen sowie militärischen Ebene dagegen sind es die ehemaligen Kolonien in Schwarz-Afrika (Französisch Äquatorial- [AEF] und Französisch West-Afrika [AOF]), die zusammen mit den DOM-TOM fast exklusiv Frankreichs Engagement in der Dritten Welt absorbieren. Hier konzentriert sich auch der überwiegende Anteil französischer Entwicklungshilfe. Allein 80 Prozent der Mittel für technische Zusammenarbeit (TZ) werden von den ehemaligen Kolonien südlich der Sahara und im Maghreb absorbiert²²⁾.

„Die über Jahrzehnte kaum veränderten Ziele der französischen Kooperationspolitik (Solidarität mit den ehemaligen Kolonialgebieten bzw. Bekenntnis zum ‚afrikanischen Erbe‘, Verbreitung französischer Sprache und Kultur, Sicherung militärischer und wirtschaftlicher Interessen) haben das Profil französischer Kooperationspolitik nachhaltig geprägt: Der hohe TZ-Anteil ist zugleich Instrument der Kulturpolitik und der Stabilisierung des Einflusses Frankreichs in seiner ‚chasse gardée‘ in Afrika.“²³⁾

1. Die afrikanische Interessensphäre

Frankreich hat den Dekolonisierungsprozeß in Afrika nicht verhindern können. Alle Versuche, auch über transkontinentale Verfassungskonstruktionen wie die Union Française von 1946 oder die Communauté und Communauté Renouée von 1958 und 1960 das Unabhängigkeitsstreben der afrikanischen Besitzungen integral oder auch assoziativ abzufangen, waren vergebens. Zwischen 1956 und 1962 löste sich das afrikanische Kolonialreich auf (nur die Komoren und Djibouti folgten erst 1975 bzw. 1976). Aber Frankreich hat es verstanden, diese Verluste zu kompensieren mit dem Aufbau einer klassischen Interessensphäre im Afrika südlich der Sahara — einer Einflußzone, die heute noch expansive Tendenzen aufzeigt, wie die Einbeziehung der ehemaligen belgischen Kolonial-

(Zaire) und Mandatsgebiete (Ruanda und Burundi) sowie die wachsenden Teilnehmerzahlen bei den jährlichen franko-afrikanischen Gipfeltreffen andeuten.

Die Force de frappe ist das spatiale, Schwarz-Afrika das terrestrische, die DOM-TOM bilden das maritime Standbein des französischen Mondialismus. „Die afrikanische Dimension der Macht Frankreichs war seit Ende des Zweiten Weltkriegs und insbesondere seit der Entkolonisierung entscheidend dafür, wie die französischen Präsidenten den Standort ihres Landes in der Welt definiert haben.“²⁴⁾

Die Politik der dritten Kraft, die in Europa zu formieren Frankreich bislang versagt blieb, hat in der afrikanischen Einflußsphäre ihre kompensatorische Erfüllung gefunden, auch wenn die ökonomischen, militärischen und logistischen Kapazitäten — der militärische Einsatz im Rahmen des Shaba-Konflikts (Zaire) 1978 ließ sich z. B. nur mit amerikanischer Transporthilfe realisieren — für diese Mission mehr als begrenzt geblieben sind. „Ohne Afrika wird es im 21. Jahrhundert keine Geschichte Frankreichs geben“, schrieb Mitterrand²⁵⁾ 1957, damals in der Funktion als Minister für Überseeangelegenheiten. 25 Jahre später, als Präsident der französischen Republik auf dem franko-afrikanischen Gipfeltreffen von Kinshasa sprechend, modifizierte er diese Worte, aber der Inhalt deutet in eine ähnliche Richtung: „Die Zukunft Afrikas ist von vorrangiger Bedeutung für die Sicherheit Frankreichs.“²⁶⁾

Es gibt zahlreiche Bekenntnisse französischer Präsidenten zur franko-afrikanischen Schicksalsgemeinschaft, und Afrikapolitik ist ein besonderes Profilierungsfeld französischer Führung von de Gaulle bis Mitterrand geblieben. Im Hintergrund des französischen Afrikakomplexes stehen vielfältige Erfahrungen und Interessen. Nicht nur die koloniale Mission, auch die Erschütterungen zweier Weltkriege haben Frankreich mit Afrika aufs engste verbunden: Zunächst — im Ersten Weltkrieg — war Afrika funktional für Frankreich als großes Reservoir von Rohstoffen und vor allem von Menschen (275 000 Afrikaner kämpften zwischen 1914 und 1918 auf französischer, 372 000 auf britischer Seite)²⁷⁾; später — im Zweiten Weltkrieg — gewann die Bedeutung des Schwarzen Kontinents als

²²⁾ Vgl. B. Claus, Frankreichs Entwicklungspolitik, Berlin 1986, S. I.

²³⁾ Ebd., S. III.

²⁴⁾ J. Chipman, Mitterrands Afrika-Politik: Wiederbelebung der Dritten Kraft, in: Europa-Archiv, 39 (1984), S. 335.

²⁵⁾ F. Mitterrand, Présence Française et Abandon, Paris 1957, S. 237.

²⁶⁾ F. Mitterrand auf einer Pressekonferenz in Brazzaville am 11. Oktober 1982, zit. nach: P. Chaigneau, La politique militaire de la France en Afrique, Paris 1984, S. 9.

²⁷⁾ Ebd., S. 12f.

strategische Rückzugsbasis Übergewicht (nur noch 80 000 Afrikaner kämpften im Zweiten Weltkrieg auf französischer Seite). Die Schlacht um das französische Kernland ging verloren, aber Afrika blieb strategische Reserve und Rückzugsbasis der Résistance. Brazzaville avancierte zur Hauptstadt des „freien Frankreich“, de Gaulle konnte von hier am 27. Oktober 1940 seinen „Conseil de Défense de l'Empire“ kreieren. Leclerc, mit seinen Reserven aus dem Tschad anrückend, wurde zum Helden der Befreiung Frankreichs.

„Ohne sein Empire wäre Frankreich heute nur ein befreites Land. Dank seines Empire ist Frankreich eine Siegermacht“, erklärte Gaston Monerville am 25. Mai 1945 vor der Assemblée Consultative²⁸). Frankreich konnte zwar in Jalta übergangen werden, die „Teilung der Welt“ aber galt nicht für Afrika. Hier blieb Frankreich Sieger und Herr und übernahm die mondiale Rolle einer „Dritten Kraft“.

Das französische Selbstverständnis in Afrika — das bestätigt die oben zitierte Perspektive Mitterrands zum Sicherheitsinteresse Frankreichs in Schwarz-Afrika — bleibt fundamental geprägt von der geostrategischen Optik des Zweiten Weltkrieges; eine Vision, nach der Afrika, begünstigt und nach Norden abgesichert durch den doppelten „Panzergraben“ von Mittelmeer und Sahara, in erster Linie als Rückzugsbasis und strategisches Reservat für den Gegenschlag im Ringen um die Vorherrschaft auf dem euro-asiatischen Kontinent ins Spiel kommt²⁹). Allerdings heute mit dem Unterschied, daß inzwischen die Sowjetunion die Rolle des potentiellen Aggressors und damit des Katalysators französischer Mission auch im afrikanischen Kontext übernommen hat.

So hat sich im Ringen um die globalstrategische Reserve Afrikas die französische Entwicklungspolitik der post-kolonialen Ära aufs engste verzahnt mit dem Aufbau eines von den Kapverden bis hin zu den Komoren, von Dakar (Senegal) über Port Bouet (Elfenbeinküste) und Libreville (Gabun) bis hin nach Djibouti reichenden Netzwerks von militärischen Stützpunkten, Kooperationsverträgen, Ausrüstungs- und Ausbildungsprogrammen (Militärberater), die Frankreich, flankiert von seiner schnellen Eingreiftruppe FAR (Force d'action rapide) zum unbestrittenen „Gendarm Afrikas“ haben werden lassen³⁰).

Über Nutzen und Effizienz der zahlreichen militärischen Interventionen — über 22 im Verlauf der

vergangenen 25 Jahre —, denen schließlich auch der von Giscard d'Estaing mitgekrönte Kaiser Bokassa (Zentralafrika) zum Opfer fiel, ist viel geschrieben worden. Daß eine eigenständige Entwicklung im frankophonen Afrika unter den Bedingungen der Dauerpräsenz des französischen Gendarmes (und seiner Rüstungslieferungen) sowie der engen monetären Einbindung über die Communauté Financière d'Afrique (CFA) problematisch ist, liegt auf der Hand. Andererseits wird betont, daß Frankreich als Gegenmacht der Sowjetunion und Kubas sowie als Ordnungsfaktor im turbulenten Afrika nützliche Dienste leistet. Ökonomischen Nutzen kann Frankreich in nur noch sehr begrenztem Maße aus seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien ziehen. Obgleich Frankreich strategisch wichtige Rohstoffe aus dem frankophonen Afrika bezieht (vor allem Uran aus Niger und Gabun, Erdöl aus Gabun und Kongo-Brazzaville), beschränkt sich der Außenhandel mit diesen Ländern auf einen sehr bescheidenen, in der Tendenz sinkenden Umfang; dies gilt auch für Schwarz-Afrika als Abnehmer französischer Rüstungsexporte³¹).

Grundsätzlich aber bleibt die Ambivalenz einer Mission, die sich prinzipiell in einem strikt nationalen Handlungsrahmen vollzieht, obgleich Afrika schon frühzeitig in die Römischen Verträge eingeschrieben wurde (vgl. Präambel und Artikel 131—136) und gegenwärtig über die Lomé-Konvention im Zentrum der europäischen multilateralen Entwicklungshilfe steht. Es gibt heute viele französische Europa-Initiativen; sie reichen von der Technologiegemeinschaft bis zur Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Initiative Frankreichs zur Entwicklung einer gemeinsam konzipierten europäischen Strategie für Afrika, die den globalen Realitäten der Post-Jalta-Epoche Rechnung tragen könnte, ist ebenso schwer denkbar wie die „Europäisierung“ der Force de frappe.

2. Das „Konfetti des Empire“³²)

Frankreichs Schicksal als globaler Akteur steht und fällt mit Afrika und der Force de frappe; nicht unerheblich ist allerdings der Beitrag, den die überseei-

nalisation; Beschränkung auf 4 Schwerpunkt-Basen: Dakar (Senegal), Port Bouet (Elfenbeinküste), Libreville (Gabun), Djibouti. Reduzierung des Personals auf technische und logistische Fachkräfte und Militärberater. Dafür rasche Intervention von „außen“ über die schnelle Eingreiftruppe (Korsika, Toulon).

³¹) B. Claus (Anm. 22), S. 13f., hat den Anteil der Exporte in die ehemaligen afrikanischen Kolonien an den Gesamtexporten Frankreichs auf 3,73 % (1982) berechnet, von den französischen Rüstungsexporten absorbiert Schwarz-Afrika 3 % (1982); vgl. Statistik des Auslandes, Länderbericht Frankreich, Wiesbaden 1987, S. 89.

³²) Vgl. J. C. Guillebaud, Les confettis de l'Empire, Paris 1976.

²⁸) Zit. nach Commission Française Justice et Paix (Hrsg.), L'avenir de l'outre-mer Française, Dossier No. 1, Mai 1988, S. 6.

²⁹) Vgl. P. Chaigneau (Anm. 26), S. 14.

³⁰) Über die direkte Präsenz französischer Truppen in Afrika gibt es nur sehr ungenaue und schwankende Angaben (zwischen 7 000 und 15 000). Der Trend geht auch hier zur Ratio-

schen Gebiete (DOM-TOM) zur Sicherung der Infrastruktur dieses Mondialismus leisten. Sie bilden die zweite Dimension der Dritten Welt, mit der das französische Kernland aufs engste verbunden ist³³).

Als eigenständige Größe, ob in wirtschaftlicher oder demographischer Hinsicht, spielen die meisten dieser zahlreichen, über den Indischen Ozean (Réunion, Mayotte, die Karibik (Martinique, Guadeloupe, Französisch Guayana), den Atlantik (St. Pierre-et-Miquelon vor der Küste Kanadas) und den Südpazifik (Französisch Polynesien, Neukaledonien, Wallis und Futuna) verstreuten Besitzungen eine geringe Rolle; nur Neukaledonien mit seinen beachtlichen Nickelvorkommen durchbricht das Maß der Marginalität. Die DOM-TOM stellen mit rund 1,7 Millionen Einwohnern nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung Frankreichs, absorbieren aber nach den Statistiken der OECD jährlich etwa 25 bis 30 Prozent der französischen Entwicklungshilfe an die Dritte Welt. Klammert man die Landmasse der unbewohnten „Terres australes et antarctiques“ (439 603 qkm) aus, so bedecken die DOM-TOM eine Fläche von rund 120 000 qkm (das französische Kernland ist 547 026 qkm groß).

Ein Konfetti insularer Relikte aus kolonialer Epoche zu besitzen, ist nicht nur ein französisches Privileg. Insbesondere Großbritannien — wie der Falkland-Krieg zeigte —, aber auch die Niederlande, Portugal, Spanien, die USA, Australien und Neuseeland verfügen über insulare Restbestände kolonialer Provenienz, manche von ihnen, wie etwa Pitcairn unter britischer Schirmherrschaft im östlichen Pazifik mit seinen 72 Einwohnern, sind zu klein, um vom Dekolonisierungsprozeß erfaßt zu werden. Die Besonderheiten der französischen Verbindung mit den DOM-TOM liegen auf anderer Ebene:

— Die meisten dieser Besitzungen sind mit Frankreich bereits über einen langen Zeitraum sehr eng verbunden. Sie gehören in die Kategorie der alten Kolonien, die, wie Réunion oder die karibischen Zuckerinseln, noch aus der Zeit des ersten Empire stammen. Nur die pazifischen Inseln sind Erwerbungen des 19. Jahrhunderts, also dem zweiten Empire zuzuordnen³⁴).

— Frankreich hat diese über drei Ozeane verstreuten Besitzungen gemäß seiner kolonialen Tradition (unmittelbare Herrschaftsausübung, Assimilation)

³³ Frankreich unterscheidet bei seinen überseeischen Besitzungen je nach Grad ihrer administrativen Einbindung zwischen DOM (Réunion, Guadeloupe, Martinique), TOM (Französisch Polynesien, Neukaledonien, Wallis et Futuna) und Collectivité territoriale (Saint-Pierre-et-Miquelon, Mayotte); vgl. Jean-Luc Mathieu, *Les DOM-TOM*, Paris 1988.

³⁴ Vgl. X. Yacono, *Histoire de la Colonisation Française*, Paris 1982.

noch heute aufs engste administrativ, aber auch ökonomisch, militärisch und audio-visuell in die Metropole eingebunden. Die DOM-TOM sind parlamentarisch in Paris vertreten, die Übersee-Départements verfügen sogar über Repräsentanten im Straßburger Europa-Parlament.

— Schließlich nehmen die DOM-TOM eine eminent wichtige strategische Bedeutung für Frankreich ein. Zum ersten bilden sie die Infrastruktur der Force de frappe: Französisch Polynesien bietet das maritime Testgelände der französischen Atomwaffen (Tuamotu Atoll), Kourou (Französisch Guayana) fungiert als französisches — und zunehmend europäisches — Raumfahrtzentrum, in dem die Trägersysteme der Force de frappe erprobt werden. Zum zweiten bilden die maritimen Stützpunkte gleichsam unversenkbar Flugzeugträger, über die sich Frankreich als weltweit operierende Militärmacht definiert: „Frankreich ist noch immer eine Großmacht, dank Kourou ist es eine Weltraummacht (puissance spatiale) und dank Mururoa eine Nuklearmacht. Es verfügt zudem mittels seiner überseeischen Gebiete über die drittgrößte maritime Zone der Welt.“³⁵)

Letzterer Aspekt der maritimen Bedeutung der DOM-TOM hat im vergangenen Jahrzehnt zunehmende Beachtung gefunden. Durch die Erweiterung der Meereswirtschaftszonen auf 200 Seemeilen ist Frankreich in der Tat zu einer maritimen Großmacht avanciert, mit einer Verfügungsgewalt über ozeanische Flächen, die an Umfang (11 Mio. km²) dem zweiten Empire gleichkommen. Zwar haben die Pläne zur Ausbeutung dieser Ressourcen noch kein konkretes Stadium erreicht, der Glaube an die zukünftigen wirtschaftlichen Möglichkeiten ist dagegen ungebrochen und verstärkt den Willen zum bedingungslosen Festhalten an diesen überseeischen Besitzungen. François Doumenge, der gegenwärtige Präsident der prestigeträchtigen „Organisation de Recherche sur les Territoires d'Outre-Mer“ (O.R.S.T.O.M.) hat das folgendermaßen begründet: „Dank des neuen Seerechts besitzt Frankreich die drittgrößte Meereswirtschaftszone (EEZ) der Welt, vor den USA und der UdSSR. Wenn wir diese aufgeben, würde Frankreich damit sein Entrée in das nächste Jahrtausend verspielen.“³⁶)

Vieles deutet darauf hin, daß Frankreich nicht geneigt ist, seine Schicksalsgemeinschaft mit den überseeischen Besitzungen (ähnlich wie mit Afrika) zukünftig zu modifizieren bzw. zu lockern. Zu sehr sind sie Bestandteil und Grundlage eines noch akzeptierten globalen Selbstverständnisses und einer globalen Mission geworden, die allerdings

³⁵ M. Gantier in der Neukaledonien-Debatte der Assemblée Nationale am 10. April 1987, zit. nach Commission Française Justice et Paix (Anm. 28), S. 6.

³⁶ Ebd.

wenig Konvergenz zeigt mit den gleichzeitig verfolgten Ansprüchen und Erwartungen auf europäischer Ebene. Gewiß, ökonomische Zwänge führen Frankreich auch im Bereich der DOM-TOM zur Öffnung gegenüber Europa. Die Subventionierung dieser zahlreichen abgelegenen und weitverstreuten Inseln, deren eigenständige ökonomische Entwicklung aufgrund ihrer Funktionalisierung im Kontext der französischen Globalstrategie und zentralistischer administrativer Eingriffe zerstört wurde und die alle mit hoher Arbeitslosigkeit — sie liegt in der Regel auf doppeltem Niveau des Kernlandes, auf Réunion liegt sie sogar bei 32 Prozent — belastet sind, ist kostspielig. Die DOM-TOM bilden eine eigene Kategorie der Dritten Welt; sie sind hochsubventionierte Entwicklungsgesellschaften, die auf einem artifiziellen Niveau der Wohlfahrt gehalten werden, das in der Regel bei etwa 1 000 US \$ pro Kopf im Jahr liegt³⁷⁾.

Eine europäische Lastenumverteilung hat diese Kosten bislang nur begrenzt dämpfen können. Die Übersee-Territorien sind in das Lomé-Abkommen einbezogen; die Übersee-Départements profitieren von den Strukturfonds der EG wie jede andere strukturschwache Region der Gemeinschaft. Aber neue Initiativen zur Vertiefung des finanziellen Engagements der Gemeinschaft sind in Vorbereitung. Die Kommission hat inzwischen den Entwurf eines besonderen „Programm(es) zur Lösung der spezifischen auf die Ablegenheit und Insellage der französischen überseeischen Départements zurückzuführenden Probleme“ (POSEIDOM) vorgelegt³⁸⁾.

Frankreichs Privileg, über enge Beziehungen zur Dritten Welt zu verfügen, ist somit eine ambivalente Segnung. Die mondiale maritime Infrastruktur, die die DOM-TOM bieten, zwingt zum globalen militärischen Engagement über die Force de frappe hinaus. Um als Weltmacht glaubwürdig und operationabel zu sein, muß Frankreich seine weitgestreute Interessensphäre auch konventionell verteidigen können. Europa wird aus dieser Perspektive zu einem Szenario neben anderen.

Nicht unerhebliche Teile der französischen Streitkräfte müssen die vielfältigen überseeischen Verpflichtungen zwischen Neukaledonien im Südpazifik (18 000 km von Paris) und Réunion, im Indischen Ozean (9 300 km von Paris) gelegen, absichern. Die Anfang der achtziger Jahre gebildete schnelle Eingreiftruppe FAR von derzeit 47 000 Mann ist nicht nur für den Überraschungseinsatz an der Elbe, sondern auch in Übersee ausgebildet; das gilt insbesondere für die in Südfrankreich und auf Korsika stationierten Einheiten. Das DOM-TOM-Szenario, zusammen mit der afrikanischen Interessensphäre, zwingt zur breiten Streuung und hochgradigen Diversifizierung von Streitkräften — eine Anforderung, die für eine Mittelmacht wie Frankreich, die zugleich ein wachsendes Arsenal von strategischen und prästrategischen Waffensystemen unterhält, nicht unproblematisch ist.

Aufgrund ihrer Einbindung in ein globalstrategisches Konzept werden die DOM-TOM zu unverzichtbaren Bausteinen der „unteilbaren Nation“; sie besitzen eine Funktionalität, die unvereinbar ist mit langanstehenden Dekolonisierungsforderungen, wie sie z. B. gegenwärtig auf Neukaledonien artikuliert werden. Insbesondere konservative Kreise in Frankreich reagieren sensibel auf die Separationsbestrebungen der Kanaken. Der Domino-Theorie folgend, wird eine kontinuierliche Auflösung der überseeischen Dependenz, die auch vor Korsika nicht halt machen würde, als Schreckensvision an die Wand gemalt³⁹⁾. Frankreichs notorische Schwierigkeiten, mit dem Phänomen der Dekolonisierung umzugehen⁴⁰⁾ — die Loslösung von Indochina und Algerien vollzog sich in einem zehnjährigen Krieg —, birgt in sich ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotential für die Zukunft, das die europäische Handlungsebene nicht unberührt lassen kann. Sowohl im Südpazifik als auch im Indischen Ozean hat Frankreich, wie schon seit längerem in Afrika, die expansive Mission einer regionalen Ordnungs- und Interventionsmacht übernommen; Verpflichtungen, die nicht ohne weiteres mit einer vertieften europäischen Integration zu vereinbaren sind.

³⁷⁾ Vgl. F. Doumenge, *Les îles et les micro-Etats insulaires*, in: *Les Isles où l'on parle français*, Hérodote, (1985) 37–38, S. 297–327. Genauere Zahlenangaben in: Drucksache 11/2020 des Deutschen Bundestages, 1985.

³⁸⁾ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Entwurf (88) 730-C2-262/88.

³⁹⁾ Vgl. Y. Lacoste, Editorial, in: *Les Isles où l'on parle français* (Anm. 37).

⁴⁰⁾ Im Hinblick auf die Dekolonisierungsprobleme der Übersee-Territorien vgl. F. v. Krosigk, *Die Auflösung kolonialer Herrschaft im Südpazifik*, in: ders./G. Rath/W. Leid-

IV. Die große Illusion?

Die Fluchtlinien des französischen Mondialismus ließen sich weiterzeichnen, die „Frankophonie“⁴¹⁾ als wichtigste institutionelle Plattform der mondialen kulturellen Mission Frankreichs sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden. Kultur und Sprache haben eine lange Tradition der Instrumentalisierung im Ringen Frankreichs um Einflußsphären, und Schwarz-Afrika ist besonders gezeichnet vom Ehrgeiz französischer Assimilationsversuche, während Kanada die Frankophonie nutzbar macht, um Identität und Eigenständigkeit gegenüber dem mächtigen Nachbarn im Süden zu akzentuieren.

Daß mondiale Mission und nationale Unabhängigkeit im heutigen Frankreich mehr als nur ein rhetorisches, für Wahlkampfveranstaltungen und Pressekonferenzen genutztes Instrumentarium darstellen, haben die vorausgegangenen Betrachtungen verdeutlicht. Es gibt nicht nur psychologische Probleme im Umgang mit der Maginot-Erfahrung, sondern auch strukturelle Zwänge, die an Europa vorbeiführen: vermittelt über einen lang etablierten sicherheitspolitischen Konsens und eingeschrieben in das Netzwerk eines spatialen (Force de frappe), maritimen (DOM-TOM), terrestrischen (Afrika) und kulturellen (Frankophonie) Mondialismus.

Allerdings haben Enthüllungen der jüngsten Vergangenheit nicht unerheblich dazu beigetragen, einige Mythen zu zerschlagen, die das französische Projekt der Unabhängigkeit und Mondialität getragen haben. Das Prinzip der „indépendance“ im nuklearen Bereich war offensichtlich für Frankreich nur realisierbar im Rahmen einer engeren und sorgsam verdeckten nuklearen Kooperation mit den USA. Wie Ullmann⁴²⁾ aufzeigt, haben die USA seit 15 Jahren erhebliche technische Hilfe geleistet, um die Modernisierung und Diversifizierung der Force de frappe in für Frankreich tragbaren Kosten zu ermöglichen. Frankreichs erstaunliche Bereitschaft zur Kooperation mit den Vereinigten Staaten — am Persischen Golf, in Djibouti durch die Beibehaltung französischer Truppen nach amerikanischen Vorstellungen sowie im Rahmen der Unterstützung des Nato-Doppelbeschlusses — erscheint damit in einem neuen Licht. Man kann von einer großen Illusion der eigenständigen Sicherheit und Unabhängigkeit sprechen, aber auch von Problemen der europäischen Solidarität und des Vertrauens: „Frankreichs Verbündete haben allen Grund, sich die Frage nach der Festigkeit und Dauerhaftigkeit militärischer Verbindungen zu einer Regierung zu stellen, die nicht das Selbstvertrauen besitzt, deren

ganzen Umfang ihrer eigenen Öffentlichkeit mitzuteilen.“⁴³⁾

Gewichtiger aber erscheint das Problem der „Illusionen“ auf einer zweiten, spezifisch europäischen Ebene, die Alain Minc⁴⁴⁾ in seiner Streitschrift „La Grande Illusion“ angesprochen hat; mit ihr erfolgt die abschließende Frage nach der möglichen Versöhnung der dualen Komposition französischer Außenpolitik im Spannungsfeld von mondialer Mission und europäischer Solidarität. Bietet nicht das Projekt „Vollendung des Europäischen Binnenmarktes“ eine auf die Zukunft projizierte Vermittlung zwischen beiden Polen? Liefert doch der Glaube an den Binnenmarkt und die Dynamik seiner politischen Nebeneffekte eine attraktive (Zauber-)Formel, nicht nur für die Einbindung der „deutschen Ungewißheiten“, sondern zugleich auch für die Befriedung nationaler Ambitionen — die Modernisierung der französischen Industrie — bei gleichzeitiger Fixierung auf eine unverbindliche Zukunftsvision: die europäische Union. Birgt nicht der von Monnet geprägte funktionale Integrationsansatz, der im Binnenmarktprojekt gegenwärtig seine Renaissance feiert, eine — wenn auch ungewollte — Strategie der Selbsttäuschung?

„La Grande Illusion“ erscheint in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Die deutsche Herausforderung“, womit natürlich gewichtige Akzente dieses Buches verschoben werden. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Phänomen zeigt Minc erhebliche Schwächen bzw. Befangenheit in spezifisch französischen Klischees über den östlichen Nachbarn. „Drang nach Osten“, „Anstieg des Neutralismus“, „Rückkehr des Mitteleuropakonzeptes“ — das Gespenst von Rapallo schwebt über allem, was nicht nur bedeutet, daß die gegenwärtigen deutschen Kapazitäten überschätzt werden, sondern daß Minc über eine äußerst statische — vermutlich von D. Calleo⁴⁵⁾ inspirierte — Vision internationaler Beziehungen verfügt, eine Sicht, die die strukturellen Veränderungen der Post-Jalta-Ära und insbesondere den Wandel in Osteuropa nicht zur Kenntnis nehmen kann. Mit einem Osthandel, der in der Regel fünf Prozent des gesamtdeutschen Außenhandels nicht überschreitet, relativiert sich zwangsläufig der deutsche „Drang nach Osten“. Die deutsche Einbindung in die westliche Welt, ökonomisch wie sicherheitspolitisch und kulturell, ist — wie im Falle Frank-

41) Vgl. X. Denian, *La Francophonie*, Paris 1983.

42) R. H. Ullmann, *USA und Frankreich — die verdeckte nukleare Beziehung*, in: *Europa-Archiv*, 44 (1989).

43) Ebd., S. 350.

44) A. Minc (Anm. 12).

45) D. Calleo, *The German Problem Reconsidered. Germany and the World Order, 1870 to the Present*, Cambridge 1980.

reichs — ein fait accompli. Bleibt die Frage, wie diese Einbindung politisch überbaut wird.

Alain Minc bietet ansonsten gute Argumente, um die Wiederbelebung des Europa-Gedankens in den achtziger Jahren — damit ist in erster Linie die gegenwärtige Binnenmarktstrategie, die Frankreich wesentlich mitgetragen hat, gemeint — als illusionär zu betrachten:

— Illusion im Hinblick auf die Methode: das „märkistische Paradox“ — ein ökonomistisch technokratischer Glaube an die Macht des Marktes im Dienst politischer Zielsetzungen.

— Illusion auch im Hinblick auf die zu erwartenden Ergebnisse: Minc's Stichwort ist hier das „Trauma der Konkurrenz“, der „Darwinsche Alptraum“, das brutale Erwachen in einem von Umwälzungen zerrissenen und polarisierten Europa, in dem die Deutschen dominieren werden, weil sie am besten auf erweiterte Konkurrenzbedingungen vorbereitet sind.

— Illusion schließlich im Hinblick auf die erwarteten politischen Nebeneffekte des Binnenmarkts; damit kommt die von Minc aufgezeigte Unterschätzung existenter Hemmnisse, insbesondere das Fehlen einer europäischen „civil society“ und einer eigenständigen europäischen Kultur ins Spiel.

Wer „La Grande Illusion“ gelesen hat, muß der gegenwärtigen Europa-Euphorie mit Skepsis begegnen. Minc aber schließt seine Ausführungen gegen den Binnenmarkt und das technokratische Konzept der Delors-Kommission mit einer recht unvermittelten Beschwörung einer deutsch-französischen Union — *la solidarité, la plus complète avec la République fédérale*⁴⁶⁾ —, von der eigentlich niemand recht begreifen kann, wie sie zustande kommen sollte, nach allem was zuvor an Defiziten der Gemeinsamkeit dargelegt wurde.

Damit schließt sich der Kreis: Die anfangs aufgezeigte Dualität französischer Außenpolitik zwischen europäischer Solidarität und Mondialismus

⁴⁶⁾ A. Minc (Anm. 12), S. 247.

ist eine Realität, deren Überbrückung bislang bestenfalls symbolisch gelingen kann. Ebenso ambivalent wie real sind übrigens auch die privilegierten Ost- und Deutschlandbeziehungen der Bundesrepublik und deren globale wirtschaftliche Interessen gegenüber dem vielbeschworenen Ziel der europäischen Union angelegt⁴⁷⁾. Auch der Binnenmarkt — so Minc's eindringliche Aussage — wird dieses Dilemma nicht beheben. Er wird dem Markt, aber keinen ehrgeizigen Integrationsidealen dienen, dabei neue Verwerfungen und Konfliktlinien schaffen, die alten aber nicht auflösen.

Man mag diesen Zustand beklagen, könnte ihn aber auch nutzen, um neu und vielleicht auch ehrlicher über dauerhafte Formen europäischer Kooperation nachzudenken, die der Realität besser angepaßt wären und von der Finalität wie von den Zwängen der Harmonisierung und technokratischen Steuerung her weniger anspruchsvoll ausgelegt sein müßten. Das hieße Abschied nehmen vom verschwommenen und schillernden Ideal einer Union, das heute hinter dem Binnenmarkt lauert; Abschied nehmen aber auch von sich zum Selbstzweck verfestigenden Harmonisierungs- und Integrationsbestrebungen. Eine solche Rückbesinnung auf das Machbare und Erstrebenswerte in Europa könnte vielleicht auch die Mobilisierung von „Gespenstern“, die gleichsam als Ersatzförderatoren⁴⁸⁾ — sei es in Form einer „deutschen“ (Minc) oder „amerikanischen Herausforderung“ (Servan-Schreiber)⁴⁹⁾ — dienstbar gemacht werden, überflüssig erscheinen lassen. Die „große Illusion“ wäre auf diese Weise ein Anstoß zur „großen Illumination“.

⁴⁷⁾ Die Diskussion um die Kompatibilität von Wiedervereinigung und Europäischer Union hat erst begonnen; vgl. das Interview von Mitterrand zu dieser Frage, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Juli 1989, S. 1f.

⁴⁸⁾ Vgl. F. v. Krosigk, A Reconsideration of Federalism in the Scope of the Present Discussion on European Integration, in: Journal of Common Market Studies, IX (1971) 3, S. 197—223.

⁴⁹⁾ Vgl. J.-J. Servan-Schreiber, Le Défi Américain, Paris 1967.

Gilbert Ziebura: Frankreich. Umriss eines neuen Wachstumsmodells?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/89, S. 3—13

Der Beitrag geht der Frage nach, inwieweit sich seit der Ägide der dritten „alternance“ von 1988 die Umriss eines im Entstehen befindlichen Wachstumsmodells präzisieren, nachdem der „Sozial-Colbertismus“ endgültig der Vergangenheit angehört. Derzeit ist die Situation unübersichtlich und voller Widersprüche. Die Feierlichkeiten zum 14. Juli 1789 haben den in der Verfassung angelegten Trend zur „monarchischen Republik“ erneut deutlich gemacht. Die Herrschaftsachse Mitterrand-Rocard-Sozialistische Partei besteht im wesentlichen aus einer Exekutive mit zwei eigenwilligen Köpfen, während die PS die Vermittlung zur Gesellschaft nicht leistet (nicht zuletzt mangels eigener Vorstellungen über das künftige Wachstumsmodell bzw. Gesellschaftsprojekt). Das Verhältnis Staat-Gesellschaft bleibt also ungeklärt. Dagegen bedeutet die Tatsache, daß sich 1988 eine wirtschaftliche Konjunktur bei hoher Geldwertstabilität durchgesetzt hat, eine gute Ausgangslage für die Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Allerdings bleiben erhebliche Schwachpunkte bestehen (Arbeitslosigkeit; Außenhandelsdefizit), deren Bekämpfung zunehmend Priorität erhält bei gleichzeitiger Weiterverfolgung der Stabilitätspolitik.

Hier scheinen Elemente eines neuen Wachstumsmodells deutlich zu werden, die im Mittelpunkt vom „Plan 1989—1992“ stehen. Es ist der Versuch, durch eine kombinierte ökonomische und soziale Modernisierung sowohl die Wettbewerbsfähigkeit (EG 1993) zu verbessern als auch die entstehenden sozialen Kosten (Ausgrenzung) durch gezielte Maßnahmen zu senken; es handelt sich mithin um ein Modell, das die beiden Hauptsäulen, Anpassung an die neue Umwelt und nationale Solidarität, gleichgewichtig miteinander verbindet. Aktiver Verfechter und Vordenker dieses Modells ist eine Gruppe modernistischer Sozialdemokraten, die einen Weg zwischen Liberalismus und Etatismus suchen, indem sie Elemente aus beiden Grundrichtungen zu einer Synthese vereinigen wollen.

Adolf Kimmel: Das französische Parteiensystem. Von der Bipolarisierung zum Konsens?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/89, S. 14—25

Das bisher so stabile politische System der V. Republik scheint in den achtziger Jahren in eine Krise geraten zu sein. Nach über zwei Jahrzehnten bürgerlicher Mehrheiten kam es zwischen 1981 und 1988 zu drei Machtwechseln (1981, 1986, 1988). Dabei mußten neue Formen der Verfassungspraxis ausprobiert werden (cohabitation. Regierung ohne parlamentarische Mehrheit). Die Ursachen dieser institutionellen Experimente sind in den Veränderungen des Parteiensystems zu suchen, die ihrerseits durch gesellschaftliche, kulturelle und politische Entwicklungen bedingt sind. Im rechten Block verloren die Gaullisten die Hegemonie. Die rechtsextreme Nationale Front erzielte ab 1983/84 einen überraschenden Durchbruch. Beide Faktoren haben die Konflikte innerhalb der Rechten verschärft und damit entscheidend zu ihren Wahlniederlagen beigetragen. Innerhalb des linken Blocks ging die Hegemonie von der Kommunistischen Partei, die sich in einer tiefen Krise befindet, auf die erfolgreiche Sozialistische Partei über. Damit wurde der Machtwechsel wesentlich erleichtert.

Der allmähliche Wandel der französischen Gesellschaft führt zu einer Abschwächung ihrer antagonistischen Züge und zu einer Verstärkung der homogenisierenden Tendenzen. Der ehemals tiefe ideologische Graben zwischen der Rechten und der Linken wurde insbesondere durch die Entwicklung der PS zu einer reformerisch-pragmatischen Regierungspartei und die Marginalisierung der PCF beträchtlich eingeebnet.

Obwohl somit die gesellschaftlichen und ideologischen Voraussetzungen gegeben sind und eine starke Sympathie in der Öffentlichkeit dafür besteht, kann eine Koalition der Mitte nicht zustande kommen, da die Institutionen der V. Republik und das Mehrheitswahlsystem ihre Bildung verhindern. Ob dieses prekäre Spannungsverhältnis zwischen modernisierenden gesellschaftlich-kulturellen Tendenzen und dem die alte Blockbildung aufrechterhaltenden politischen System dauerhaft ist und ob damit auch weiterhin Stabilität möglich sein wird, kann derzeit noch nicht gesagt werden.

Robert Picht: Kulturpolitik als Modernisierungsstrategie. Der französische Weg

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/89, S. 26—34

Nach Industrie- und Technologiepolitik ist Kulturpolitik heute überall dort in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, wo es darum geht, die Herausforderungen der Kommunikationsgesellschaft anzunehmen. Kulturelle Aktivierung der Gesellschaft soll angesichts immer schärferer internationaler und regionaler Konkurrenz sowohl die berufliche Qualifikation verbessern als auch attraktivere Lebensverhältnisse schaffen. Kultur wird immer mehr als unverzichtbarer Teil der Lebensqualität verstanden. Medien, Design, Kunst und Unterhaltung sind zu einem gewichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Politik nutzt Kultur zur Selbstdarstellung und zum Versuch der Identitätsstiftung.

Frankreich hat schon seit de Gaulle konsequent Kulturpolitik in diesem Sinne eingesetzt, um den nationalen Zusammenhalt zu stärken und den Sprung in die Moderne zu beschleunigen. François Mitterrand hat Kulturpolitik seit Übernahme des Präsidentenamtes im Jahre 1981 in den Mittelpunkt seiner Modernisierungsstrategien gestellt. Dies betrifft sowohl die Formen staatlicher Repräsentation, wie sie zuletzt bei den Zweihundertjahresfeiern zur Französischen Revolution gezeigt wurden, als auch die vielfältigen Förderungsmaßnahmen, die durch die Verdoppelung des staatlichen Kulturhaushalts möglich wurden. Kulturelle Dynamik wird durch Kulturminister Jack Lang spektakulär in Szene gesetzt.

Auch die Bildungspolitik stellt sich auf die neuen Anforderungen eines Arbeitsmarktes ein, der durch die zunehmende Entkoppelung von Ausgangsqualifikation und tatsächlicher Berufstätigkeit gekennzeichnet ist. Lernfähigkeit und Allgemeinbildung erhalten neuen Stellenwert.

Medienpolitik und insbesondere die Privatisierung des Fernsehens werden ausdrücklich in Hinblick auf wirtschaftliche Perspektiven in europäischem Maßstab betrieben. Hier zeigt sich allerdings besonders deutlich, daß kultureller und wirtschaftlicher Anspruch nicht unbedingt in Einklang kommen.

Friedrich von Krosigk: Französische Außenpolitik im Spannungsfeld von Mondialismus und Europäischer Integration

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/89, S. 35—45

Frankreich hat sich in den achtziger Jahren mit an die Spitze der Bemühungen um eine Wiederbelebung der Europäischen Gemeinschaft gestellt. Das Projekt der Vollendung des Binnenmarktes hat sich mit ehrgeizigen weiterführenden Zielsetzungen der europäischen Union verbunden. Aber wie tief sind die Spuren dieses neuen europäischen Engagements in Frankreichs Außenpolitik eingeschrieben? Welche Veränderung hat es in jenen Bereichen französischer Außenpolitik nach sich gezogen, die als die traditionelle Domäne nationaler Unabhängigkeit und mondialer Mission Frankreichs gelten: die Sicherheitspolitik und die Sonderbeziehungen zur „Dritten Welt“ (d. h. Afrika und die französischen Überseegebiete)? Die Ergebnisse dieser Untersuchung deuten auf den Fortbestand eines ungebrochenen fundamentalen Dualismus in der französischen Außenpolitik, den auch das Projekt des Binnenmarktes nicht überdecken kann: Die durch Alain Minc ausgelöste Diskussion um die „große Illusion“ der gegenwärtigen Binnenmarkteuphorie bietet wichtige Anregungen für eine kritische Rückbesinnung auf Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Integration.